

ICH WURDE VERBOTEN

Wie sich die Situation russischer LGBTQ-Personen und -Organisationen nach dem vollständigen Angriff Russlands auf die Ukraine verändert hat.



Ich wurde verboten

Wie sich die Situation russischer LGBTQ-Personen und -Organisationen nach dem vollständigen Angriff Russlands auf die Ukraine verändert hat

Ergebnisse der Studie

Das Ziel der durchgeführten Studie ist eine systematische Analyse der Veränderungen in der Situation von LGBTQ-Personen und Organisationen in Russland, die nach dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 stattgefunden haben. Die Autor_innen untersuchen den Einfluss staatlicher Propaganda, die rechtlichen und psychologischen Folgen homophober und transphober Gesetze sowie die Praxis der Anwendung neuer gesetzlicher Normen. Die Untersuchung konzentriert sich auf drei besonders vulnerable Gruppen: LGBTI-Familien mit Kindern, Transpersonen und LGBTQ-Personen aus dem Nordkaukasus. Es werden Fragen zur Migration von LGBTQ-Personen angesprochen, die gezwungen sind, aufgrund der staatlichen homo-, bi- und transphoben Kampagne aus Russland zu fliehen, die zu einer Beeinträchtigung der Rechte von LGBTQ-Personen vor dem Hintergrund des Krieges führt.

Die Analyse und die Schlussfolgerungen der Studie beruhen auf Interviews mit Expert_innen und einer Umfrage unter LGBTQ-Personen in ganz Russland und in der Emigration. Der Abschlussbericht enthält Empfehlungen für Regierungen von Ländern, die für LGBTQ-Personen sicher sind.

Die Autor_innen des Berichts möchten sich bei den Befragten bedanken, die ihre Zeit und Mühe in das Ausfüllen der Online-Umfrage investiert und ihre Erfahrungen, Emotionen und persönlichen Geschichten geteilt haben, sowie bei den Expert_innen, Vertreter_innen von LGBTQ-Initiativen in Russland und im Ausland und allen, die diese Studie unterstützt haben.

Die Studie wurde von der Organisation EQUAL PostOst e.V. mit finanzieller Unterstützung durch Civil Society Forum e.V. durchgeführt.



3 EINLEITUNG

4 ZIELE UND AUFGABEN

4 STUDIENMETHODEN

- 4 Schreibtischstudie über Diskriminierung, Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung
 - 5 Interviews mit Expert_innen
 - 5 Online-Umfrage
 - 5 Bewertung des psychologischen Wohlbefindens von LGBTQ-Personen
-

6 STUDIEN ZUR DISKRIMINIERUNG

- 7 Die Situation der LGBTQ-Gemeinschaft vor der konservativen Wende
 - 8 Die Situation der Transgender-Personen
 - 9 Die Situation der LGBTQ-Personen im Nordkaukasus
 - 10 Situation der LGBTQ-Familien mit Kindern
-

12 ANALYSE DER GESETZGEBUNG UND IHRER DURCHFÜHRUNG

- 14 Regionale Gesetze über "Gay-Propaganda"
- 14 Das erste föderale Gesetz „über das Verbot von Gay-Propaganda gegenüber Minderjährigen“
 - 17 LGBTQ-Zensur
 - 17 LGBTQ-Hass-Verbrechen
 - 19 Wegnahme von Kindern aus LGBTQ-Familien
 - 22 Kampagne zur Tötung und Verfolgung von LGBTQ-Personen im Nordkaukasus
 - 23 Selbstmorde bei Jugendlichen
 - 24 Auswirkungen der Gesetze zum "Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen" auf die Entscheidungsbehörden
 - 25 Verschlussheit der LGBTQ-Personen, Nichtakzeptanz ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität
 - 26 Konversionstherapie
- 27 Das neue föderale Gesetz "zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen"
 - 30 Gewalttaten gegen LGBTQ-Personen
 - 31 Einführung einer totalen LGBTQ-Zensur in Buchverlagen und im Buchhandel, bei der Demonstration von Serien, Filmen und Fernsehprogrammen
 - 34 Einführung einer totalen LGBTQ-Zensur im Internet
 - 36 Schließung der LGBTQ Zentren und LGBTQ Organisationen
 - 38 Anhaltende Gewalt gegen LGBTQ-Personen im Nordkaukasus
 - 39 Senkung der Standards des psychiatrischen Berufes in der angewandten Praxis
 - 39 Übergreifende Diskriminierung der LGBTQ-Personen
- 43 Gesetz zum „Verbot der Transition“
- 46 Anerkennung der "Internationalen LGBT-Bewegung" als extremistische Organisation, Verbot der Tätigkeit in Russland

48 UMFRAERGEERGEBNISSE: DISKRIMINIERUNG, BEDÜRFNISSE UND VERÄNDERUNGEN NACH DEM BEGINN DER KRIEGSINVASION UND DEM NEUEN GESETZ "ÜBER PROPAGANDA"

- 49 Diskriminierung, Probleme und Bedürfnisse von LGBTQ-Personen die in Russland leben
- 50 Soziodemographisches Bild
- 52 Bedürfnisse
- 53 Diskriminierung, Belästigung und Risikovermeidung
- 59 Krieg, Propaganda und Veränderungen im vergangenen Jahr in Russland
- 59 Groß angelegter Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine
- 64 Das neue Gesetz zum "zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen"
- 65 Zukunft und Auswanderungspläne
- 67 Veränderungen, die zu einer Erhöhung des Lebenskomforts führen könnten
- 67 Leben der LGBTQ-Personen, die nach dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ausgewandert sind
- 68 Zeit der Ausreise und Geographie
- 70 Staaten, in welche die Umfragebeteiligten seit dem 24. Februar 2022 ausgewandert sind (mit den meisten Umfragebeteiligten auf dem ersten Platz und den wenigsten Umfragebeteiligten auf dem letzten Platz):
- 71 Soziodemographisches Bild
- 73 Gründe für die Ausreise, Ressourcen und Wahl des Landes
- 75 Emotionaler Zustand
- 77 Aufenthalt in einem neuen Land, Diskriminierungserfahrung und Sicherheit
- 78 Pläne und mögliche Rückkehr

79 PSYCHOLOGISCHER ZUSTAND DER LGBTQ-PERSONEN IN RUSSLAND

- 80 Merkmale des psychischen Zustands von LGBTQ-Personen
- 80 Intensität depressiver Zustände
- 82 Suizidale Tendenzen
- 83 Unruhe und Angstzustände
- 85 Dissoziative Vorgänge
- 86 Verschärfung früher diagnostizierter psychischer Erkrankungen
- 87 Zerfall sozialer Bindungen, Polarisierung
- 88 Reflexion von Diskriminierung
- 89 Coping-Strategien von LGBTQ-Personen in Krisenkontexten
- 89 Inanspruchnahme professioneller psychologischer und/oder psychiatrischer Hilfe
- 90 Ausreise oder Ausreiseplanung
- 93 Unterstützung von anderen Menschen
- 94 Suchtverhalten
- 95 Verleugnung
- 95 Meinungen von Expert_innen: die Möglichkeit, LGBTQ-Personen in Russland und in der Emigration psychologische Unterstützung zu bieten

97 SCHLUSSFOLGERUNGEN

98 EMPFEHLUNGEN

99 ANHANG 1. LISTE DER BERICHTS.

101 ANHANG 2. ARTIKEL 6.21 DES GESETZES DER RUSSISCHEN FÖDERATION ÜBER DIE VERWALTUNGSSTRAFTATEN.

103 ANHANG 3. ARTIKEL 6.21.2 DES GESETZES DER RUSSISCHEN FÖDERATION ÜBER DIE VERWALTUNGSSTRAFTATEN.

EINLEITUNG

Am 24. Februar 2022 hat der groß angelegte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine begonnen. Diese Ereignisse hatten Auswirkungen nicht nur auf das Leben der friedlichen Ukrainer_innen, sondern auch auf das Leben bestimmter sozialer Gruppen in Russland. Seit diesem Datum haben die russischen Behörden unter der Führung von Wladimir Putin die Verfolgung von LGBTQ-Personen verschärft, und eine neue Phase der Repressionen gegen die LGBTQ-Gemeinschaft ist zu einer der Hauptrichtungen der Innenpolitik geworden.

Die Unterstützungsprogramme, die der LGBTQ-Gemeinschaft aus Russland in sicheren Ländern zur Verfügung stehen, sind nicht mit dem Ausmaß der Repressionen gegen die Gemeinschaft innerhalb des Landes vergleichbar. Das Narrativ vom Hass auf LGBTQ-Personen als die Hauptvertreter_innen westlicher Werte und als "Feind der Gesellschaft" ist die wichtigste Veränderung in der Rhetorik von Propaganda und vom Regimes seit Februar 2022. Das offiziell vom Staat gewählte Narrativ zielt darauf ab, die Aufmerksamkeit der russischen Gesellschaft von den Fehlern im Krieg abzulenken, und führt zur Verfolgung von Mitgliedern der russischen Gesellschaft in erster Linie aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe und nicht aufgrund ihrer Handlungen und Ansichten.

Das Putin-Regime investiert viele Ressourcen in die Kultivierung des Hasses auf die LGBTQ-Gemeinschaft. Dieser Einfluss auf die öffentliche Meinung trägt zu einer weiteren Ausbreitung der Repressionen bei. LGBTQ-Personen sind mit Hassverbrechen und Hassreden konfrontiert, ihnen wird die medizinische Versorgung verweigert, sie werden von Arbeitsplätzen entlassen und von Bildungseinrichtungen verwiesen, sie leiden unter häuslicher Diskriminierung und polizeilicher Willkür – repressive Maßnahmen werden nicht nur vom Staat selbst durch homo- und transphobe Gesetze, sondern auch von der russischen Gesellschaft angewendet.

Obwohl die Fokussierung der Behörden auf eine bestimmte Gruppe und die Aufstachelung zum Hass auf diese Gruppe aufgrund ihrer Zugehörigkeit keine einmalige Situation in Russland ist, nimmt die Einschränkung der Rechte und Freiheiten von LGBTQ-Personen in Gesetzen und in der Praxis außergewöhnliche Ausmaße an.

Dieser Wandel wurde von Mariana Katsarova, der UN-Sonderberichterstatterin für die Situation im Bereich der Menschenrechte in der Russischen Föderation, hervorgehoben. In ihrem Bericht¹, der dem UN-Menschenrechtsrat im September 2023 vorgelegt wurde, hat sie folgende Thesen formuliert:

- Ab 2022 sind Anti-LGBTQ-Gesetze zu einem Eckpfeiler der Politik des Putin-Regimes geworden.
- Das Gesetz zum "Verbot der Homosexuellen-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen" und das Gesetz zum "Verbot der Transition" sollten aufgehoben werden.
- Das Verbot der Verbreitung von Informationen über Fragen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität, die Verweigerung (rechtliche und medizinische) des Rechts von Transgender-Personen auf eine Transition sowie das Verbot, zu heiraten, Kinder zu adoptieren, das Sorgerecht oder die Vormundschaft für sie zu übernehmen, widersprechen den Menschenrechtsverpflichtungen Russlands.

Die europäische Menschenrechtsorganisation EQUAL PostOst hat eine Studie über die Situation von LGBTQ-Personen im Jahr 2023 durchgeführt – sowohl derjenigen, die nach dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine weiterhin in Russland leben, als auch derjenigen, die gezwungen waren, aus dem Land zu fliehen. Das Ziel des Studienberichts ist es, die Veränderungen in der Situation von LGBTQ-Personen in Russland auf der Ebene der Gesetzgebung, der Durchsetzungspraktiken, des täglichen Lebens und des psychologischen Zustands der Gemeinschaft detailliert zu analysieren und Empfehlungen für die Regierungen von LGBTQ-sicheren Ländern zu entwickeln.

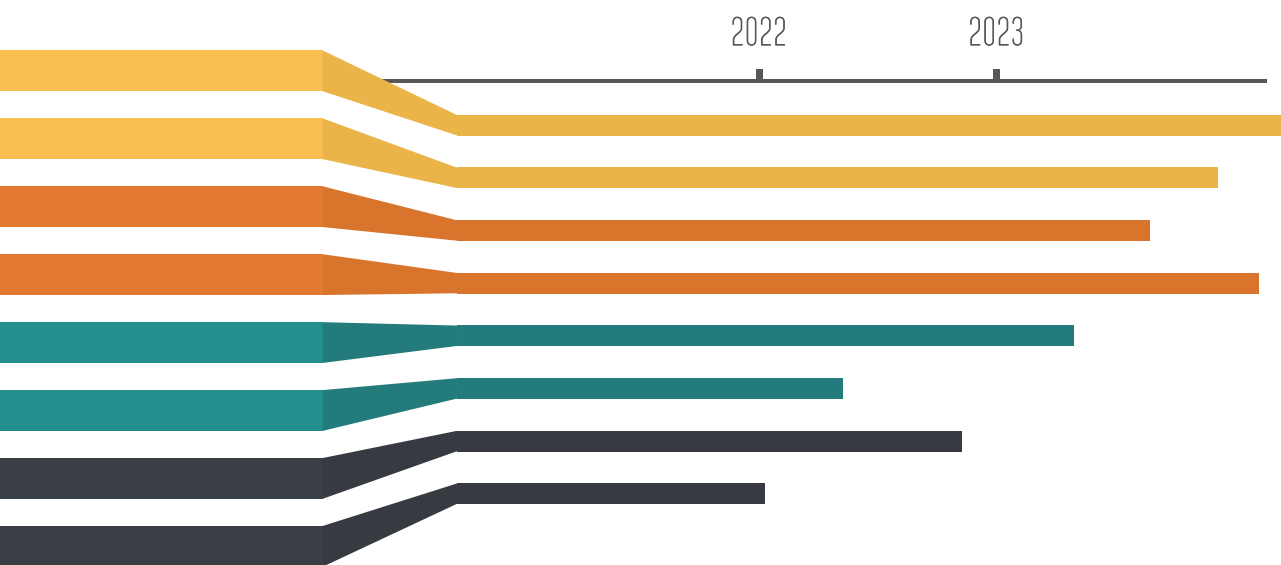
Bei der Erstellung des Berichts wurden 30 Expert_innen befragt, die sich mit der russischen LGBTQ-Agenda beschäftigen. Darunter sind Psycholog_innen, Anwalt_innen und Menschenrechtsaktivist_innen, Spezialist_innen für Migration und Evakuierung von LGBTQ-Personen (auch aus dem Nordkaukasus), Vertreter_innen lokaler Hilfsorganisationen, Aktivist_innen, die sich mit der Unterstützung von Transgender-Personen und LGBTQ-Familien mit Kindern beschäftigen. Außerdem wurde eine Online-Umfrage durchgeführt, an der sich 3591 Personen beteiligten, und zwar sowohl diejenigen, die in Russland leben, als auch diejenigen, die Russland nach Februar 2022 verlassen mussten.

ZIELE UND AUFGABEN

Das Ziel der Studie ist eine systematische Analyse und Beschreibung der Veränderungen in der Situation von LGBTQ-Personen in Russland seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 und im Zusammenhang mit der aktuellen russischen Innenpolitik, die sich auf die Ausübung der Rechte und Freiheiten von LGBTQ-Personen auswirkt, welche ihnen durch internationale Menschenrechtsabkommen garantiert werden.

Aufgaben der Studie:

- den aktuellen Stand der Rechte von LGBTQ-Personen in Russland zu bewerten;
- den Grad der Sicherheit der LGBTQ-Gemeinschaft vor dem Hintergrund verstärkter staatlicher Propaganda und politischen Drucks zu bestimmen;
- die Konsequenzen der Verabschiedung homophober und transphober Gesetze in Russland in den letzten anderthalb Jahren zu untersuchen;
- die Praxis der Durchsetzung von neuen Gesetzesnormen zu ermitteln, festzustellen, wie sich repressive Maßnahmen tatsächlich auf das tägliche Leben von LGBTQ-Personen auswirken;
- die Auswirkungen des erhöhten Drucks auf den psychologischen Zustand von LGBTQ-Personen zu analysieren;
- Empfehlungen für die Regierungen von Ländern zu erarbeiten, die sicher für LGBTQ-Personen sind.



STUDIENMETHODEN

Im Bericht werden Methoden der Datenerfassung und -analyse unter Verwendung mehrerer Forschungsansätze kombiniert:

Schreibtischstudie über Diskriminierung, Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung

Die vorliegende Studie ist in den breiteren Kontext der Analyse von Homophobie und Transphobie in Russland eingeordnet. Zu diesem Zweck bezogen sich die Autor_innen des Berichts auf bestehende Studien und andere Berichte. Homophobie und Transphobie sind Faktoren, welche die Diskriminierung von LGBTQ-Personen direkt beeinflussen. Es ist zu erwarten, dass das Ausmaß von Homophobie und Transphobie angesichts der Änderungen des Rechtsrahmens noch zunehmen wird.

Interviews mit Expert_innen

Zum besseren Verständnis der Praktiken und Folgen der Diskriminierung wurden Interviews mit Expert_innen geführt: Vertreter_innen von Non-Profit-Organisationen und der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger_innen, helfende Fachkräfte, Ärzt_innen und Psycholog_innen, die in Russland mit LGBTQ-Themen arbeiten und/oder seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zur Ausreise gezwungen wurden. Die Kontaktaufnahme mit Expert_innen ermöglichte es uns, die Kenntnis über Diskriminierung und Probleme von LGBTQ-Personen zu erweitern, die Ergebnisse bestehender Berichte und Studien zu aktualisieren und die aus der Umfrage gewonnenen Daten zu triangulieren. Auf der Grundlage dieser Daten erstellten die Autoren der Studie Empfehlungen für die Regierungen von Ländern, die für LGBTQ-Personen sicher sind

An der Studie nahmen 30 Expert_innen teil. Die Interviews wurden online und unter der Bedingung der Anonymität geführt, in den meisten Fällen wurden sie aufgenommen und später transkribiert.

Online-Umfrage

Zum Verständnis über das Ausmaß der Diskriminierung wurde eine Online-Umfrage unter LGBTQ-Personen durchgeführt. Obwohl der Ansatz nur begrenzt anwendbar ist und der Zugang zum "Feld" in Russland erschwert ist, ist dieser Teil der Studie notwendig und für die Bewertung der aktuellen Situation wichtig.

Die Informationen über die Umfrage wurden über Gruppen, Chats und Telegram-Kanäle von befreundeten Organisationen und Initiativen verbreitet, so dass die Stichprobe konventionell ist. Wegen des Mangels an Daten über die Grundgesamtheit war es nicht möglich, eine Umfrage mit einer Zufallsstichprobe durchzuführen, deshalb erheben die Ergebnisse der Umfrage nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein, aber sie vermitteln eine Vorstellung von der Situation der LGBTQ-Personen sowohl in Russland als auch in der Emigration.

Die Datenerfassung fand von Mai bis Juli 2023 statt. Insgesamt nahmen 3735 Personen an der Umfrage teil. Die Antworten von Personen, welche die Bedingungen für die Teilnahme an der Studie nicht erfüllten (Befragte unter 18 Jahren), wurden aus der Analyse entfernt. Die endgültige Stichprobe nach der Bereinigung der Daten von Fehlern betrug 3591 Fälle.

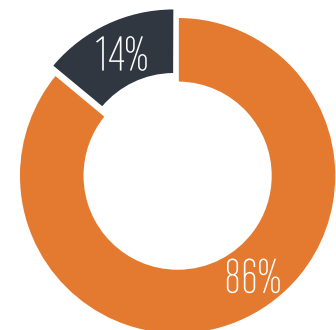
Die Befragten wurden gebeten, Fragen zu ihren Diskriminierungserfahrungen, Bedürfnissen, der psychologischen und finanziellen Situation von LGBTQ-Personen in Russland sowie offene Fragen zu den Veränderungen in ihrem Leben seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 zu beantworten. Den Befragten im Ausland wurden Fragen zu ihrem Migrationsprozess, ihren Bedürfnissen, ihrer Anpassung in einem neuen Land und ihren Plänen gestellt.

An der Umfrage nahmen

3095 Personen aus Russland teil

An der Umfrage nahmen

496 Personen teil, die sich im Ausland aufhalten



Bewertung des psychologischen Wohlbefindens von LGBTQ-Personen

Zur Bewertung des Zustandes von LGBTQ-Personen wurden:

Skala für Angst und Depression im Krankenhaus (Hospital Anxiety and Depression Scale, HADS), die für zum Erstscreening von Angstzuständen und Depressionen bestimmt ist;

offene Fragen über den emotionalen und mentalen Zustand;

Interviews mit Expert_innen, die sich mit den psychologischen und mentalen Gesundheitsbedürfnissen der LGBTQ-Personen befassen, sowohl derjenigen, die in Russland leben, als auch derjenigen, die nach dem 24. Februar 2022 ausgewandert sind, verwendet.

Die Anwendung verschiedener Forschungsmethoden und die Arbeit mit mehreren Arten von Daten ermöglicht es, über allgemeine Trends im Leben von LGBTQ-Personen in Russland zu, über Formen der Diskriminierung und Erfahrungen damit sowie über Veränderungen zu sprechen, die durch den Beginn des groß angelegten Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und die Verschärfung des Gesetzes „Zum Verbot von Gay-Propaganda“ verursacht wurden.

STUDIEN ZUR DISKRIMINIERUNG

Die Erforschung von Veränderungen in der Situation von LGBTQ-Personen in Russland ist unmöglich, ohne sich auf die Arbeit von Diskriminierungsbeobachtungsteams der Vorjahre zu stützen. In Russland wird das Monitoring von mehreren Organisationen durchgeführt. Die bekanntesten sind die Studien der Initiativgruppe „Vykhod“, des Russischen LGBT-Netzwerks und der Stiftung „Sfera“.

Die Jahresberichte von „Vykhod“ werden seit 2014 veröffentlicht und beschreiben Straftaten, Fälle der Diskriminierung und Verfolgung von LGBTQ-Personen in St. Petersburg. Die Stiftung „Sfera“ überwacht Fälle der Diskriminierung in ganz Russland zusammen mit dem russischen LGBT-Netzwerk. Der erste gemeinsame Bericht wurde im Jahr 2017 veröffentlicht. Die vollständige Liste der Berichte und Vorträge, auf die sich die Autor_innen der vorliegenden Studie stützen, wird in Anhang 1 angegeben.

In diesem Kapitel wird die Situation der verletzlichsten Gruppen innerhalb der LGBTQ-Gemeinschaft betrachtet und es werden die Trends verfolgt, die in den Berichten der Überwachungsteams über die Einhaltung der Rechte von LGBTQ-Personen in Russland gezeigt werden. Die Analyse der Situation von Transgender-Personen, LGBTQ-Personen aus dem Nordkaukasus und LGBTQ-Familien mit Kindern (leibliche, adoptierte und in Pflegefamilien), bietet nicht nur die Möglichkeit, die Erscheinungsformen der repressiven Politik des Putin-Regimes gegenüber der LGBTQ-Gemeinschaft zu untersuchen, sondern auch konkrete Beispiele für die Auswirkungen

DIE SITUATION DER LGBTQ-GEMEINSCHAFT VOR DER KONSERVATIVEN WENDE

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 wurde Russland ein unabhängiger Staat. Zu dieser Zeit galten freiwillige homosexuelle Beziehungen als Straftat². Diese Norm wurde erst 1993 abgeschafft, als Russland beschloss, dem Europarat beizutreten³. In dieser Zeit schaffte Russland Rechtsnormen ab, die offensichtlich im Widerspruch zum europäischen Ansatz bei der Anerkennung der Rechte von LGBTQ-Personen standen.

Seit den späten 1980er Jahren entstanden in Russland die ersten LGBTQ-Organisationen. Sie leisteten systematische Aufklärungsarbeit, um Vorurteile gegenüber LGBTQ-Personen abzubauen, befassten sich mit Advocacy der Entkriminalisierung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen und diskutierten über LGBTQ-Themen⁴.

In den 1990er Jahren war die Gleichberechtigung von LGBTQ-Personen kein allgemein akzeptierter Gedanke, aber die russischen Behörden verhinderten nicht den Aufbau einer Gesellschaft, die auf Gleichheit und Vielfalt der Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität beruht. Zu dieser Zeit veröffentlichten LGBTQ-Personen in Russland frei und ohne Druck der Behörden Literatur, Zeitungen und Zeitschriften und organisierten Veranstaltungen wie Konferenzen und Filmfestivals. Die russische Gesellschaft veränderte sich allmählich unter dem Einfluss der Freiheit und der Aktivitäten von LGBTQ-Organisationen.

Seit 1999 hat Russland die Internationale Klassifikation der Krankheiten (10. Revision) auf nationaler Ebene angepasst und wendet sie weiterhin an⁵. Damals strich die ICD-10 Homosexualität aus der Liste der psychischen Störungen, und die Ärzte waren nicht mehr befugt, Homosexualität zu diagnostizieren und eine Behandlung zu verschreiben. Gleichzeitig wurden in der ICD-10 keine Änderungen bezüglich Transsexualität vorgenommen. Sie wurde immer noch als psychische Krankheit angesehen, was Transgender-Menschen sicherlich pathologisierte.

In den späten 2000er Jahren entstanden in Russland nach den spätsowjetischen und frührussischen auch LGBTQ-Organisationen der dritten Welle. Sie wurden schnell professionell: sie verfügten über Personal und thematische Programme, die auf die Unterstützung und das Eintreten für die LGBTQ-Gemeinschaft ausgerichtet waren. Diese Organisationen entstanden vor allem in großen Zentren wie Moskau und St. Petersburg.

Im Land gab es Dutzende von homo- und bisexuellen Tanzclubs und eine blühende Travestiekultur. Die Künstler des Schwulenclubs „Central Station“ nahmen am Programm des „Stadttagess“ teil, das vom St. Petersburger Bürgermeisteramt zusammengestellt worden war, indem sie auf dem Newski-Prospekt Shows aufführten.

In den 2000er Jahren wuchs der LGBTQ-Aktivismus in Russland. Wissenschaftliche Informationen über Homosexualität und Transsexualität wurden frei verbreitet; Ärzt_innen, Pädagog_innen, Anwält_innen, Politiker_innen und öffentliche Personen äußerten sich frei zu LGBTQ-Themen. Mit der Entwicklung des Internets entstanden mehrere gesamtrossische Informationsportale für LGBTQ-Personen.

Die konservative Wende begann 2006, als die LGBTQ-Bewegung stärker wurde und begann, aktiv politische und bürgerliche Rechte für LGBTQ-Personen zu fordern, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und die Unzulässigkeit von Stigmatisierung und Diskriminierung zu betonen. Als Reaktion auf das Sichtbarwerden der LGBTQ-Bewegung entwickelten die russischen Behörden das „Konzept der traditionellen Werte“, das in der Gesellschaft verbreitet wurde, um die Rechte von LGBTQ-Personen einzuschränken.

2 Artikel 121 des Strafgesetzbuches der RSFSR.

3 Gesetz der Russischen Föderation vom 29.04.1993 N 4901-1 "Über Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches der RSFSR, der Strafverfahrensgesetzgebung der RSFSR und des Strafvollzugsgesetzes der RSFSR".

4 Weiterlesen: Olenichev M.V. " Queere Leute in Russland: 30 Jahre von Hoffnungen, Erfolgen und Niederlagen", <https://ecom.ngo/news-eeca/kvir-ludi-v-rossii> [Abrufdatum: 05.10.2023].

5 Verordnung des Gesundheitsministeriums der Russischen Föderation vom 27.05.1997 №170.

WIRD ANGEKLOPFT

"Seit der Einführung der Gesetze über Militärzensur, der Gesetze über Fälschungen war es klar, dass der Staat anfängt, jeden, den er finden kann, abzufertigen. Das Gefühl, dass an deine Tür geklopft wird, und es ist egal, warum und wofür an deine Tür geklopft wird, und du wirst für 3-5 Jahre weg sein, und es ist unklar wohin und es ist unklar wie, alle deine Pläne und Fantasien verwandeln sich in ein Nichts mit der Brechstange des Staates".

DIE SITUATION DER TRANSGENDER-PERSONEN

" Es wurde ihr verboten, sich auf die Bank im Empfangsbereich zu setzen, denn Bänke seien für Menschen da, nicht für Kreaturen wie sie ".

Vor der konservativen Wende in Russland befanden sich Transgender-Personen in einer relativ fortschrittlichen Lage. Das föderale Gesetz "Über Zivilstandsgesetze", das seit 1997 in Kraft war, erlaubte die Änderung der Geschlechtsmarkierung in Dokumenten nach Erhalt einer Bescheinigung über das festgestellte Muster von einer medizinischen Einrichtung. Da kein einheitliches Musterzertifikat entwickelt wurde, funktionierte das Verfahren in der Praxis nicht, so dass die Änderung der Geschlechtsmarkierung in den Dokumenten durch die Gerichte vorgenommen wurde.

Im Jahr 2018 verabschiedete das russische Gesundheitsministerium eine Verordnung über ein einheitliches Musterzertifikat, das das Verfahren zur Änderung der Geschlechtsmarkierung in Dokumenten erheblich vereinfachte: es wurde formalisiert und befolgt. Im Vergleich zu vielen westlichen Ländern war das Verfahren liberal und fortschrittlich.

Im Bericht von „Vykhod“ aus dem Jahr 2014 heißt es, dass die Rechte von Transgender-Personen in diesem Zeitraum in St. Petersburg im Vergleich zu den übrigen Städten Russlands im Allgemeinen positiv umgesetzt wurden⁶, in ihrem eigenen Bericht von 2016 wird jedoch auf die besondere Gefährdung von Transpersonen hingewiesen, insbesondere im Bereich des Arbeitsrechts⁷. Die arbeitsrechtliche Diskriminierung von Transpersonen hat noch eine weitere Folge: Die Änderung der Dokumente, Hormontherapie und notwendige chirurgische Eingriffe erfordern ein hohes Einkommen, während die Diskriminierung die Möglichkeiten zur Erlangung dieses Einkommens einschränkt, was nicht nur zu Dysphorie und einer Verschlechterung der Lebensqualität von Transpersonen führt, sondern auch die Wahrscheinlichkeit von Diskriminierungsfällen erhöht⁸.

6 Bericht über die Ergebnisse der Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und der Gender-Identität für das Jahr 2014. SPb.: Vykhod, 2015. S. 9.

7 Bericht über die Ergebnisse der Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung, Gender-Identität und Geschlechtsausdruck in St. Petersburg 2016.

SPb.: Vykhod, 2017. S. 58.

8 Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Gender-Identität in Russland 2016–2017. Russisches LGBT-Netzwerk, 2017. S. 33.

Das hohe Ausmaß der Diskriminierung dieser Gruppe wird in weiteren Berichten ersichtlich. Zum Beispiel dominieren 2017 die Fälle von Transgender-Personen die Statistik der Verfolgung durch die Behörden.⁹

Seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nahm die Diskriminierung von Transgender-Personen zu, zum einen im Bereich ihrer Rechte und spezifischen Bedürfnisse, zum anderen auf alltäglicher Ebene. Insbesondere wurden die Verfahren zur Änderung und Beschaffung von Dokumenten (einschließlich der Eröffnung von Bankkonten) komplizierter, der Zugang zu Hormontherapien und geschlechtsangleichenden Operationen wurde erschwert, die Schwierigkeiten bei der Beschäftigung nahmen zu.¹⁰

DIE SITUATION DER LGBTQ-PERSONEN IM NORDKAUKASUS

" Wenn du allein aufgrund deiner sexuellen Orientierung getötet werden kannst, ohne dass dies irgendwelche rechtlichen Konsequenzen hat, ist es wohl schwer, sich etwas Schlimmeres vorzustellen ".

Die Verfolgung von LGBTQ-Personen in der Tschetschenischen Republik wurde in den Berichten der Überwachungsteams 2017 erstmals hervorgehoben, nachdem die Zeitung „Nowaja Gaseta“ über die zunehmende Verfolgung berichtet hatte: Massenverhaftungen von homo- und bisexuellen Männern, Folter in Geheimgefängnissen und außergerichtliche Hinrichtungen in der Region.¹¹

Wie jedoch im „Bericht über die Fakten der Verfolgung von LGBT-Personen in der Nordkaukasus-Region“, der 2017 vom Russischen LGBT-Netzwerk veröffentlicht wurde, festgestellt wurde, waren einige Opfer bereits seit Ende der 2000er Jahre mit ähnlichen Situationen konfrontiert: sie wurden rechtswidrigen Verhaftungen und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Im Gegensatz zu den früheren Fällen von Verfolgung ist die 2017 eingeleitete Kampagne eher massenhaft als selektiv¹².

Die Autor_innen der Studie ziehen eine direkte Parallele zwischen Stalins Terror und der aktuellen Verfolgung von LGBTQ-Personen sowie der Politik von Stalin und Ramsan Kadyrow im Allgemeinen. In der Tschetschenischen Republik gibt es beispielsweise die gleiche kollektive Verantwortung, Unterdrückung auf der Grundlage von Blutsverwandtschaft und die Bildung eines Personenkults.¹³

Im Bericht 2017 weist „Vykhod“ darauf hin, dass die Situation in Tschetschenien die allgemeine Lage in Bezug auf die Rechte von Homosexuellen in Russland widerspiegelt: homophobe Propaganda als Teil der offiziellen staatlichen Ideologie trägt zur Zunahme der Gewalt gegen die LGBTQ-Gemeinschaft bei, macht systemische Gewalt straffrei und erleichtert die Begehung von Verbrechen, auch durch Staatsbeamte¹⁴.

9 Bericht über die Ergebnisse der Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung, Gender-Identität und Geschlechtsausdruck in St. Petersburg 2017. SPb.: Vykhod, 2018. S. 9.

10 Mehr lesen: Transleben nach 2024. Wie sich die "Sonderoperation", Sanktionen und Anti-Sanktionen auf Russlands Trans-Menschen ausgewirkt haben: Umfrageergebnisse. T-Degystvige, 2022. URL: <https://tegra.ph/Transzhizn-posle-24-go-06-21> (Abrufdatum: 23.10.2023).

11 Ehrenmord: Wie der Ehrgeiz eines prominenten LGBT-Aktivistin einen schrecklichen alten Brauch in Tschetschenien wiedererweckte. Nowaja Gaseta, 2017. URL: <https://novayagazeta.ru/articles/2017/04/01/71983-ubiystvo-chesti> (Abrufdatum: 23.10.2023).

12 Bericht über die Verfolgung von LGBT-Menschen in der Nordkaukasus-Region. Russisches LGBT-Netzwerk in Zusammenarbeit mit der Sonderkorrespondentin von "Nowaja Gaseta" Elena Milashina. St. Petersburg, 2017. S. 6-7.

13 Ebenda. S. 3.

14 Bericht über die Ergebnisse der Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung, Gender-Identität und Geschlechtsausdruck in St. Petersburg 2017. SPb.: 2018. S. 16.

Während in anderen Regionen die Diskriminierung durch juristische Strukturen eher mit der Vertuschung oder dem Ignorieren von Hassverbrechen gegen die LGBTQ-Gemeinschaft zusammenhängt, verfolgen im Föderationskreis Nordkaukasus die Strafverfolgungsbehörden selbst LGBTQ-Personen, führen Angriffe durch, foltern sie¹⁵ und tun dies auf Befehl von oben¹⁶.

Anschaulich sind die Ergebnisse der Studie von „Sfera“. Der Föderationskreis Nordkaukasus erweist sich nach den Daten von 2020 als der „geschlossenster“: der Prozentsatz der Befragten, die Informationen über ihre Identität oder Orientierung vollständig verbergen, ist am höchsten, und der Prozentsatz derjenigen, die offen zu ihren Familien stehen, ist in dieser Region am niedrigsten. Aufgrund der erhöhten Gefahr, die mit einer Umfrage für LGBTQ-Personen im Föderationskreis Nordkaukasus verbunden sein kann, ist die Region in den Statistiken von „Sfera“ weniger vertreten, so dass die Analyse der Situation nicht vollständig repräsentativ ist. Dennoch wird bereits anhand dieser Daten deutlich, dass Angehörige der LGBTQ-Gemeinschaft im Nordkaukasus häufiger psychischer, sexualisierter und physischer Gewalt ausgesetzt sind, der Anteil illegaler Inhaftierungen ist auch höher¹⁷. Ähnlich wird die Situation auch in den Berichten der anderen Jahre beschrieben.

Die detaillierteste Analyse der Situation in der Region wird in dem 2020 veröffentlichten Bericht der Unterstützungsgruppe von queeren Frauen aus Nordkaukasus dargestellt. Die Autor_innen des Berichts weisen darauf hin, dass die besondere Geschlossenheit von LGBTQ-Personen in der Region die Bildung einer Gemeinschaft behindert, das Niveau möglicher Unterstützung für ihre Vertreter_innen reduziert und starke Bindungen innerhalb der Diaspora auch diejenigen bedrohen, welche die Region verlassen – sowohl in anderen russischen Städten als auch im Ausland.

Nach der Gesamtschätzung des Autor_innen des Berichts ist die Tschetschenische Republik die gefährlichste Region in Russland für LGBTQ-Personen¹⁸. Die Situation von LGBTQ-Personen im Nordkaukasus (sowohl in Tschetschenien als auch in anderen Teilen der Region – Dagestan, Inguschetien) scheint weniger ein Widerspiegelung als vielmehr das letztendliche Ausmaß der allgemeinen staatlichen Politik Russlands gegenüber der LGBTQ-Gemeinschaft zu sein.

" Ganz Russland wird langsam zum Nordkaukasus " .

SITUATION DER LGBTQ-FAMILIEN MIT KINDERN

Von Jahr zu Jahr widmen die Forscher_innen von „Vykhod“ den LGBTQ-Familien mit Kindern immer mehr Aufmerksamkeit, was wahrscheinlich mit der zunehmenden staatlichen Aufmerksamkeit für diese Gruppe zusammenhängt.

Zum ersten Mal taucht das Thema LGBTQ-Elternschaft in den Berichten des Überwachungsteams im Jahr 2018 auf. Nach den Beobachtungen von „Vykhod“ sind LGBTQ-Eltern im Durchschnitt älter und wohlhabender, sind aber gezwungen, einen verschlosseneren Lebensstil zu führen, was wiederum zur Unsichtbarkeit des Themas sogar im Bereich der Forschung führt¹⁹.

Nach Angaben der Umfrage von 2018 erleben 37% der Eltern homophobe oder transphobe Haltungen von Verwandten, Vormundschaftsbehörden und Gesundheits- oder Bildungspersonal. Obwohl die Umfragen 2021 und 2022 ähnliche Ergebnisse zeigen, berücksichtigt der neueste Bericht keine neuen Diskriminierungsmechanismen. Insbesondere sind EQUAL PostOst Fälle von Einschüchterung von LGBTQ-Familien durch die Aktivierung von Vormundschaftsbehörden aufgrund der Antikriegshaltung der Eltern bekannt.

15 Forschung zur Diskriminierung von LGBT+ Menschen in Russland: qualitative Daten. Russisches LGBT-Netzwerk, 2021. URL: <https://lgbtnet.org/upload/iblock/09d/Diskriminatsiya.-Kachestvennyy-analiz.docx.pdf> (Abrufdatum: 23.10.2023).

16 Bericht über die Verfolgung von LGBT-Menschen in der Nordkaukasus-Region. Russisches LGBT-Netzwerk in Zusammenarbeit mit der Sonderkorrespondentin von "Novaja Gazeta" Elena Milashina. St. Petersburg, 2017. S. 15.

17 Bericht. Quantitative Überwachungsdaten zur Diskriminierung von LGBT+ Menschen. – Russisches LGBT-Netzwerk, 2020. URL: https://lgbtnet.org/upload/iblock/c29/kolichestvennoe_issledovanie_monitoring_2019_0.pdf (Abrufdatum: 23.10.2023).

18 Überlebensstrategien von homosexuellen, bisexuellen Frauen und Transgender-Personen im Nordkaukasus: Bericht. Initiative Unterstützungsgruppe von queeren Frauen aus Nordkaukasus. Moskau, 2020. S. 44.

19 Bericht über die Situation der LGBTQ-Gemeinschaft in St. Petersburg 2018. St. Petersburg: Vykhod, 2019. S. 69.

In diesem Fall ist die LGBTQ-Gemeinschaft, insbesondere LGBTQ-Familien, von zwei Seiten unter Druck gesetzt. Erstens geht es um direkte Diskriminierung und Verweigerung von Rechten allein aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder der Geschlechtsidentität der Eltern. Die Methoden des staatlichen Drucks gelten nicht nur für Pflegekinder oder Adoptivkinder, sondern auch für die leiblichen Kinder eines der Partner_innen.

Zweitens sind Homophobie und Transphobie, die fest im rechtlichen Rahmen verankert sind, ein Instrument zur Regulierung des öffentlichen Selbstbewusstseins. Inzwischen hat der russische Staat die repressiven Instrumente gut entwickelt, und die Menschen haben sich laut „Vykhod“ an die Verletzlichkeit gewöhnt und nehmen Situationen der Gewalt und Diskriminierung als Norm wahr.²⁰ Die Angst, die durch die chaotische und spontane Durchsetzung der entwickelten Rechtsnormen entsteht, wird zu einem Instrument zur Kontrolle der öffentlichen Meinung und begünstigt die Verbreitung von Propaganda.

Regelmäßige Berichte von Organisationen über die Situation von LGBTQ-Personen zeigen, dass die drei genannten Gruppen im Kontext der repressiven Politik Russlands besonders verletzlich sind, vor allem aufgrund von mehrfacher Diskriminierung. Das erhöhte Risiko für Trans-Personen, LGBTQ-Personen aus dem Nordkaukasus und LGBTQ-Familien mit Kindern führt zu einer größeren Geschlossenheit dieser Gruppen und macht es schwierig, sowohl ihre Situation zu erforschen als auch auf ihre Verletzlichkeit aufmerksam zu machen. So wird die Unterdrückung der LGBTQ-Gemeinschaft zu einem bequemen Instrument für die russische Propaganda.





ANALYSE
DER GESETZGEBUNG
UND IHRER
DURCHFÜHRUNG

VERBIETEN

"Kein Mensch verdient es, in einem Staat zu leben, der ihm direkt feindlich gegenübersteht. Es ist sehr bequem, gegen LGBTQ-Menschen unter dem Deckmantel der "traditionellen Werte" zu kämpfen, weil sie eine kleine und eine der verletzlichsten sozialen Gruppen darstellen. Aber früher oder später wird man auch zu den anderen kommen – zu Behinderten, Patienten von psychoneurologischen Internaten, religiösen Minderheiten und allen anderen. Dann will man die Abtreibung verbieten und den Frauen das Wahlrecht wegnehmen. Und die Leute werden es sich gefallen lassen, weil sie nicht anders zu reagieren wissen. Witze über „Nordkorea“ scheinen keine Witze mehr zu sein".

Seit dem 24. Februar 2022, als Russland seinen groß angelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, verschärften die russischen Behörden die Diskriminierung von LGBTQ-Personen und LGBTQ-Organisationen sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch in der Praxis der Durchsetzung von Rechtsakten. Wladimir Putin persönlich²¹ erklärte die Verfolgung von LGBTQ-Personen zu einem Eckpfeiler seiner Politik.

Seit diesem Datum haben sich das Leben und die Situation von LGBTQ-Personen in Russland erheblich verändert. In nur 1,5 Jahren wurden Gesetze, welche die Verantwortung für die Verbreitung von Informationen über nicht-heterosexuelle Orientierung und nicht-cis-gender Identität verschärfen, sowie das Gesetz zum Verbot der Transition verabschiedet. Die Zensur von LGBTQ verschärfte sich. Die wichtigsten LGBTQ-Organisationen wurden als „ausländische Agenten“ anerkannt. Zehntausende von LGBTQ-Personen verließen Russland und zogen in Länder, in denen sie sich legalisieren konnten: vor allem nach Armenien, Georgien, Kasachstan und Kirgisistan.

In diesem Kapitel wird die Dynamik der russischen Gesetzgebung zu Fragen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beleuchtet. Außerdem wird anhand von Fallbeispielen aufgezeigt, wie sich Gesetze, die LGBTQ-Personen in Russland diskriminieren, auf ihre tatsächliche Situation im Land ausgewirkt haben, und wie Russlands Krieg gegen die Ukraine die Stigmatisierung von LGBTQ-Personen verstärkt und den Beginn der aktiven Phase der staatlichen homo- und transphoben Kampagne gegen sie ermöglicht hat.

Aufgrund des beschränkten Umfangs des Berichts sind die Autor_innen nicht in der Lage, eine detaillierte Analyse der oben genannten Themen vorzulegen, aber sie geben ausreichende Informationen zur Beschreibung der wichtigsten aktuellen Trends und Tendenzen.

21

Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 09.11.2022 Nr. 809 "Über die Annahme der Grundlagen der staatlichen Politik zur Bewahrung und Stärkung der traditionellen russischen geistig-moralischen Werte". Inkrafttreten am 09.11.2022.

REGIONALE GESETZE ÜBER "GAY-PROPAGANDA"

Das öffentliche Klima gegenüber LGBTQ-Personen änderte sich allmählich unter dem Einfluss der Behörden mit dem Beginn der konservativen Wende. Im Jahr 2003 schlugen die Abgeordneten des föderalen Parlaments zum ersten Mal vor, einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen wieder zu kriminalisieren. Diese Initiative wurde im föderalen Parlament nicht unterstützt, da sie zu diesem Zeitpunkt als marginalisiert angesehen wurde.

2006 traten die ersten Anzeichen staatlicher Homophobie und Transphobie im Land auf: das Moskauer Bürgermeisteramt verweigerte den Initiator_innen die Erlaubnis, den ersten Gay-Pride in Russland zu organisieren. Diese Praxis wurde von den Moskauer Behörden 2007 – 2010 wiederholt. Gegen die Verbote wurde eine Klage von den Aktivist_innen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erhoben²².

Vor diesem Hintergrund begannen die lokalen Behörden in den russischen Regionen, Gesetze zu verabschieden, welche die Verbreitung von Informationen über Bedürfnisse und Probleme von LGBTQ-Personen einschränken.

Das erste Gesetz „zum Verbot von LGBT-Propaganda“ wurde 2006 von den Abgeordneten der Rjasan-Region verabschiedet und praktisch nie angewandt. Von 2011 bis 2013 wurden ähnliche Gesetze in 11 weiteren russischen Regionen verabschiedet. Im Jahr 2013 verfügten 14 % aller russischen Regionen über homophobe und/oder transphobe Gesetze, die jedoch in der Praxis nur selten angewandt wurden.²³

2012 wurde in St. Petersburg die lebhafteste Diskussion über das regionale Gesetz "zum Verbot von LGBT-Propaganda gegenüber Minderjährigen" geführt. In der Stadt fanden Debatten, Unterschriftensammlungen und öffentliche Aktionen statt, die Eltern von LGBTQ-Kindern traten im Parlament auf. Dennoch wurde das Gesetz verabschiedet und trat noch im selben Jahr in Kraft.

So entwickelte sich in Russland das Konzept der LGBT-Propaganda, das davon ausgeht, dass Kinder ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität ändern, wenn sie von der Existenz homosexueller oder transsexueller Menschen erfahren. Dieses Konstrukt widerspricht modernen wissenschaftlichen Vorstellungen über Homo-, Bisexualität und Transgenderismus und basiert ausschließlich auf ideologischen Präferenzen und der in Russland etablierten Kultur der Homophobie und Transphobie.

Weder in Gesetzen noch in offiziellen Reden von Beamten in Russland wird erläutert, welche Handlungen oder Aussagen als LGBT-Propaganda gelten. Dennoch wurde dieses Narrativ in die offizielle Rhetorik aufgenommen und sowohl zur Rechtfertigung staatlicher Homo- und Transphobie als auch zur Manipulation des öffentlichen Bewusstseins in Richtung Diskriminierung von LGBTQ-Personen verwendet, um Hass gegen den vom Regime auserkorenen inneren Feind zu schüren.

DAS ERSTE FÖDERALE GESETZ „ÜBER DAS VERBOT VON GAY-PROPAGANDA GEGENÜBER MINDERJÄHRIGEN“

Das Gesetz wurde vom föderalen Parlament verabschiedet und von Wladimir Putin 2013 unterzeichnet.²⁴

Formell wurde der Gesetzentwurf bereits im März 2012 von der Gesetzgebenden Versammlung der Nowosibirsk-Region initiiert²⁵, wurde jedoch durch die Abgeordneten der russischen Staatsduma – Unterstützer_innen der Politik von Putin – Elena Mizulina²⁶, Olga Batalina²⁷, Olga Epifanova²⁸, Irina Yarovaya²⁹ aktiv gefördert.

Ursprünglich war in dem Gesetzentwurf ein Verbot der „Propaganda von Homosexualität gegenüber Minderjährigen“ vorgesehen. Gleichzeitig wendete Russland, wie bereits erwähnt, seit dem 01.01.1999 die ICD-10 an, und Homosexualität galt bereits seit 13 Jahren nicht mehr als Krankheit.

22 Information Note on the Court's case-law No. 134. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/?i=002-790> (Abrufdatum: 23.10.2023).

23 Diese Situation erinnert an die „LGBT-freien Zonen“, die es in Polen gab. Nur dank der polnischen LGBTQ-Organisationen und der Intervention der Europäischen Union konnten diese „Brutstätten der Diskriminierung“ in Europa abgeschafft werden.

24 Föderales Gesetz vom 29.06.2013 N 135-Ф3 „Über die Änderung von Artikel 5 des föderalen Gesetzes „Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden“ und einige Gesetzesakte der Russischen Föderation zum Schutz von Kindern vor Informationen, welche die Verleugnung der traditionellen Familienwerte propagieren.

25 Quelle: <https://sozd.duma.gov.ru/bill/44554-6> Offizielle Website der Staatsduma der Russischen Föderation (Abrufdatum: 05.10.2023).

26 Eine der offiziellen Initiatorinnen aller homo- und transphobischen Gesetze in Russland. Seit 1995 ist sie Abgeordnete der Staatsduma und später Senatorin des Föderationsrates der Russischen Föderation. Sie wurde von 27 Ländern der EU, dem Vereinigten Königreich, den USA, Kanada, der Schweiz, Australien, der Ukraine und Neuseeland mit persönlichen Sanktionen belegt.

27 Im Jahr 2012 war sie Abgeordnete der Staatsduma und ab dem 06.10.2021 stellvertretende Ministerin für Arbeit und soziale Entwicklung der Russischen Föderation.

28 Im Jahr 2012 war sie Abgeordnete der Staatsduma, jetzt ist sie Senatorin des Föderationsrates der Russischen Föderation.

29 Seit 2007 ist sie Abgeordnete der Staatsduma, jetzt ist sie stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma der Russischen Föderation.

Vor seiner Verabschiedung wurde der Gesetzentwurf geändert: im Titel wurde der Schwerpunkt auf den „Schutz der Kinder vor Informationen, welche die Verleugnung der traditionellen Familienwerte fördern“ verlagert. Damit wurde der Begriff „traditionelle Familienwerte“ im Gesetz zum ersten Mal verwendet, der in keiner Weise definiert wurde.

Dazu wurde im Gesetzentwurf das Verbot von LGBT-Propaganda und Propaganda von Pädophilie gleichzeitig eingeführt. Die Korrelation dieser beiden Kategorien bedeutet eine zusätzliche Manipulation der öffentlichen Meinung, setzt zwei scheinbar nicht miteinander verbundene Phänomene im öffentlichen Bewusstsein gleich und dient dazu, das Verbot der „Propaganda von Homosexualität gegenüber Minderjährigen“ zu legitimieren.

Mit dem Gesetz wurden Rechtsvorschriften eingeführt, welche die Verbreitung von Informationen, die „nichttraditionelle sexuelle Beziehungen propagieren“, an Kinder verbieten, die russischen Behörden verpflichten, „Maßnahmen zum Schutz des Kindes“ vor solchen Informationen zu ergreifen, sowie die verwaltungsrechtliche Haftung für Verstöße gegen diese Verbote festlegen.³⁰

Die Rechtsvorschriften traten mit dem Datum der offiziellen Veröffentlichung des Gesetzes in Kraft – am 30.06.2013.

Wie begründeten die Behörden die Verabschiedung des Gesetzes auf föderaler Ebene?

Aus der Analyse der Begründung des Gesetzentwurfs geht hervor, dass der Gesetzentwurf als Reaktion auf die weit verbreiteten Aufklärungs- und Interessenvertretungsaktivitäten von LGBTQ-Organisationen in Russland diente. So stellten die Verfasser_innen des Gesetzentwurfs in der Begründung fest, dass „die Propaganda der Homosexualität im modernen Russland weit verbreitet ist. Diese Propaganda erfolgt sowohl über die Medien als auch durch aktive öffentliche Veranstaltungen, die Homosexualität als Verhaltensnorm fördern. Besonders gefährlich ist es für Kinder und Jugendliche, die noch nicht in der Lage sind, kritisch über die Informationsflut nachzudenken, die sie jeden Tag überschüttet. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die intellektuelle, moralische und psychische Sicherheit von Kindern zu gewährleisten, unter anderem in Form eines Verbots von Handlungen zur Popularisierung der Homosexualität“.³¹

Viele Gesetzesvorlagen der letzten 20 Jahre, welche die Gesetzgebung verschärfen und die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger_innen einschränken, wurden im Parlament unter dem Vorwand des Kinderschutzes eingebracht. Dabei wurde von den Abgeordneten niemals eine Bewertung der Auswirkungen der Gesetzesvorlagen auf die Verbesserung der Situation von Kindern durchgeführt. Unter dem Deckmantel des Kinderschutzes verabschiedeten die Abgeordneten neue repressive Gesetze, wobei ihre Ziele von der Verbesserung der Situation der Minderjährigen abwichen.³²

Die wichtigste Änderung ist das Inkrafttreten von Artikel 6.21 des Gesetzes der Russischen Föderation über die Verwaltungsstraftaten am 30.06.2013.³³ Demnach sei „Propaganda nichttraditioneller sexueller Beziehungen gegenüber Minderjährigen“ zu einer Verwaltungsrechtsverletzung geworden. Dabei wurden die Begriffe „traditionelle“ und „nicht-traditionelle“ sexuelle Beziehungen weder in der Gesetzgebung noch in der Gerichtspraxis definiert, was die Exekutivbehörden nicht daran hinderte, das Gesetz zur Einschränkung der Verbreitung von Informationen über LGBTQ-Menschen in Russland zu nutzen, und die Gerichte nicht daran hinderte, Personen, die sich eines solchen Verstoßes schuldig gemacht haben, zu einer administrativen Verantwortung zu ziehen.

Was war eine Verwaltungsübertretung?

1. Die Verbreitung von Informationen, die darauf abzielt, bei Minderjährigen:
 - „nicht-traditionelle sexuelle Ausrichtungen“,
 - „Attraktivität nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“,
 - „verzerrte Vorstellung von der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“ zu formen.
2. oder aufdrängende Informationen über nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen, die das Interesse an solchen Beziehungen wecken.

Im Wortlaut des Gesetzes wurde zunächst festgelegt, dass es eine Norm gibt – „traditionelle sexuelle Beziehungen“, und dass es andere „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ gibt, die diesen nicht gleichwertig sind. Tatsächlich wurde das Gesetz zum ersten im modernen Russland, das es ermöglichte, die Rechte von LGBTQ-Personen praktisch in jedem Tätigkeitsbereich einzuschränken.

30 Der neue Artikel 6.21 im Gesetzbuch der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten.

31 Gesetz zum Verbot der Propaganda von Homosexualität. Rossijskaja Gaseta, 2013. URL: <https://rg.ru/documents/2013/02/04/koap-homo-site-dok.html> (Abrufdatum 27.10.2023).

32 Zum Beispiel das „Dima-Jakowlew-Gesetz“ (Föderales Gesetz vom 28.12.2012 N 272-F3 „Über Maßnahmen zur Einflussnahme auf Personen, die an Verletzungen grundlegender Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechte und Freiheiten der Bürger der Russischen Föderation beteiligt sind“), das die Adoption von Kindern – russischen Bürger_innen – durch amerikanische Bürger_innen verboten hat.

33 Der vollständige Wortlaut von Artikel 6.21 des Gesetzes der Russischen Föderation über die Verwaltungsstraftaten ist im Anhang 2 enthalten.

Welche Strafen wurden vom Gesetz vorgesehen?

Verwaltungsstrafen: für Bürger_innen – von 4 bis 5 Tausend Rubel (von 93 bis 117 Euro)³⁴, für Organisationen – von 800 Tausend bis 1 Million Rubel (von 18727 bis 23409 Euro) für jeden Fall eines Verstoßes.

Wenn die Handlungen im Internet begangen wurden, erhöhten sich die Geldstrafen: für Bürger_innen – von 50.000 auf 100.000 Rubel (1170 bis 2340 Euro), für Organisationen – 1 Million Rubel (23409 Euro) oder behördliche Aussetzung der Tätigkeit für bis zu 90 Tage.

Für Ausländer_innen und Staatenlose war das Gericht neben einer Geldstrafe dazu verpflichtet, eine administrative Abschiebung³⁵ aus Russland anzuordnen. Anstelle einer Geldstrafe konnte das Gericht auch eine Verwaltungshaft von bis zu 15 Tagen verhängen.

In den ersten 9 Jahren des Bestehens des Gesetzes behandelten russische Gerichte nicht mehr als 100³⁶ Fälle von Verwaltungsrechtsverletzungen. Aber gerade mit diesem Gesetz begann die aktive Phase der staatlichen Kampagne von Homophobie und Transphobie. Es verstärkte Stereotypen und Vorurteile gegenüber LGBTQ-Personen, indem es ihnen verboten wurde, jegliche Informationen über ihre Bedürfnisse, Rechtsverletzungen und Anforderungen zur Wahrung ihrer Rechte zu verbreiten.

Wie hat das Gesetz das Leben der LGBTQ-Personen in Russland verändert?

Das Gesetz schuf das Risiko, dass Personen und Organisationen mit erheblichen Geldstrafen belangt werden, und legalisierte gewalttätige Übergriffe mit homo- und transphober Motivation. Die Diskriminierung von LGBTQ-Personen begann in alle Bereiche ihres öffentlichen Lebens vorzudringen, einschließlich des Arbeitslebens, der Bildungseinrichtungen, des Dienstleistungssektors und der Sicherheit an öffentlichen Orten. Im Land stieg die Anzahl der Hassverbrechen an, jedoch endete keines davon mit einem Urteil, das die Motivation des Hasses gegenüber LGBTQ-Personen berücksichtigte.³⁷

In der Praxis erfüllt das Gesetz zwei Hauptfunktionen.

Erstens bekräftigt es offiziell auf föderaler Ebene die staatliche Haltung gegenüber LGBTQ-Personen als Bürgern_innen zweiter Klasse (Das Gesetz verbietet es, bei Kindern "ein verzerrtes Bild der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nicht-traditioneller sexueller Beziehungen" zu formen).

Zweitens schafft es eine Situation, in der Menschen wegen der zunehmenden gesellschaftlichen Homophobie und der Drohung administrativer Konsequenzen davor Angst haben, offen über gleichgeschlechtliche Beziehungen zu sprechen.³⁸

In ihrem ersten Bericht, der am 15.09.2023 veröffentlicht wurde, betonte ³⁹Mariana Katsarova, die UN-Sonderberichterstatterin für die Situation im Bereich der Menschenrechte in der Russischen Föderation, dass „selbst angesichts der Tatsache, dass LGBTQI+Personen in der Russischen Föderation seit langem Verfolgung, Drohungen und Diskriminierung ausgesetzt sind, der Grad der offenen Feindseligkeit ihnen gegenüber zugenommen hat, seit 2013 das Gesetz zum Verbot von „Homosexuellen Propaganda“ verabschiedet wurde, das die Haftung für „Propaganda von „nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen“ festlegt. Das Gesetz wurde von Menschenrechtsexpert_innen der Vereinten Nationen als diskriminierend verurteilt, das unter anderem zur Erhöhung der Verwendung von Hassreden, Hassverbrechen und Misshandlungen, auch gegen Kinder, führen kann.“⁴⁰

Die Konsequenzen des Gesetzes ließen nicht lange auf sich warten. Die Expert_innen von EQUAL PostOst heben die folgenden zentralen (aber nicht die einzigen) Probleme hervor, die nach seiner Einführung im Leben von LGBTQ-Personen in Russland aufgetreten sind.

³⁴ Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des föderalen Gesetzes zum Verbot von "Gay-Propaganda" am 30.06.2013 betrug der offizielle Wechselkurs 1 Euro 42,7180 Rubel. Quelle: Offizielle Website der Zentralbank der Russischen Föderation https://www.cbr.ru/currency_base/daily/?UniDbQuery.Posted=True&UniDbQuery.To=30.06.2013 (Abrufdatum: 25.09.2023). Dabei betrug das durchschnittliche Gehalt pro Person in Russland 27339 Rubel 40 Kopeken im 2. Quartal 2013 oder 640 Euro am 30.06.2013. Quelle: <https://mojazarplata.ru/zarabotok/srednjaja-zarplata/2013> (Abrufdatum: 25.09.2023).

³⁵ Erzwungene und kontrollierte Bewegung einer Person über die Staatsgrenze der Russischen Föderation außerhalb der Russischen Föderation oder kontrollierte unabhängige Ausreise ausländischer Staatsbürger_innen und Staatenloser aus der Russischen Föderation.

³⁶ Keine Gesetze werden Schwule und Lesben verschwinden lassen. Meduza, 2022. URL: <https://meduza.io/feature/2022/10/19/nikakie-zakony-ne-zastavyat-geev-i-lesbijanok-ischeznut> (Abrufdatum: 25.09.2023).

³⁷ Diese Tatsache wurde von Jurist_innen und Anwalt_innen bestätigt, die in Russland zum Schutz von LGBTQ-Personen tätig sind und 2023 im Rahmen der Studie von EQUAL PostOst befragt wurden.

³⁸ Vier Jahre staatlicher Homophobie. Meduza, 2017. URL: <https://meduza.io/slides/chetyre-goda-gosudarstvennoy-gomofobii-v-rossii-uvolnyayut-unizhayut-izbivayut-pytayut-i-ubivayut-gomoseksualov-i-transgenderov> (Abrufdatum: 05.10.2023).

³⁹ A/HRC/54/54, P. 37.

⁴⁰ OPINION ON THE ISSUE OF THE PROHIBITION OF SO-CALLED "PROPAGANDA OF HOMOSEXUALITY" IN THE LIGHT OF RECENT LEGISLATION IN SOME MEMBER STATES OF THE COUNCIL OF EUROPE. URL: [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD\(2013\)022-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD(2013)022-e) (Abrufdatum: 05.10.2023).

LGBTQ-ZENSUR

Websites von LGBTQ-Organisationen wurden zensuriert, um Informationen zu identifizieren, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen unter Minderjährigen“ propagieren.⁴¹

Fast alle LGBTQ-Organisationen im Land weigerten sich, mit Jugendlichen (Personen unter 18 Jahren) zu arbeiten, da sie den Druck des Staates fürchteten. Eine der wenigen Initiativgruppen in Russland – „Deti 404“ – gründete ein Team von Psycholog_innen, das LGBTQ-Jugendliche online unterstützte und ihre Mails im Internet veröffentlichte. Die Gruppe war mehreren staatlichen Angriffen ausgesetzt und wurde schließlich in Russland auf fast allen Informationsplattformen blockiert. Die Gründerin der Gruppe wurde mehrfach vom Gericht wegen „Gay-Propaganda“ (tatsächlich wegen der Organisation von psychologischer und informativer Hilfe) zu Geldstrafen verurteilt.⁴²

Im Jahr 2017 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall „Baev und andere gegen Russland“ fest, dass die russischen Regionalgesetze „zum Verbot von LGBT-Propaganda“ und das ähnliche föderale Gesetz gegen das Recht der Kläger_innen auf freie Meinungsäußerung und das Verbot der Diskriminierung verstoßen.⁴³

In der Rechtssache vor dem Gerichtshof legten die russischen Behörden eine Rechtfertigung für das föderale Gesetz vor. Ihrer Ansicht nach sei dessen Existenz dadurch gerechtfertigt, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung homosexuelle Beziehungen nicht gutheiße und die Verabschiedung eines solchen Gesetzes unterstütze. Darüber hinaus sei die Thematisierung von LGBTQ-Themen in der russischen Gesellschaft ein Verstoß gegen die Moral und ein Hindernis für die „Vermittlung von traditionellen Familienwerten“. Außerdem bedrohe die Akzeptanz von Homosexualität, wie die russischen Behörden argumentieren, die demografische Situation im Land.

Der Europäische Gerichtshof war mit dieser Argumentation nicht einverstanden. Er kam zu dem Schluss, dass „die Behörden durch die Verabschiedung solcher Gesetze die Stigmatisierung und die Vorurteile verstärken und der Homophobie Vorschub leisten, was mit den Begriffen der Gleichheit, des Pluralismus und der Toleranz, die einer demokratischen Gesellschaft eigen sind, unvereinbar ist“.

Die Argumentation des Gerichtshofs überzeugte die russischen Behörden nicht, und sie weigerten sich, die Maßnahmen zur Aufhebung des Gesetzes zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergeben hatten.

LGBTQ-HASS-VERBRECHEN

Seit 2013 hat sich die homophobe und transphobe Rhetorik der russischen Behörden verschärft, während hassmotivierte Angriffe, die Weigerung der Strafverfolgungsbehörden, derartige Straftaten zu untersuchen, Erpressung, Outing und andere negative Folgen des Gesetzes in dem Land weit verbreitet sind.

Im Mai 2013 wurde der 23-jährige Vlad Tornovoy in Wolgograd von seinem besten Freund zusammen mit zwei Bekannten getötet⁴⁴, als er offenbarte, dass er schwul sei. Einer der Mörder, der 27-jährige Anton Smolin, erzählte: „Ich habe eine Flasche genommen und ihren Hals in seinen Anus gesteckt, und Ljocha [der beste Freund] hat die Flasche mit dem Fuß gekickt, und dann ist sie fast ganz reingegangen⁴⁵. Smolin nahm dann, wie die Ermittlungen ergaben, einen 21 kg schweren Felsbrocken und schlug ihn sechsmal auf den Kopf des Opfers. Auf die Frage, warum er dies tat, antwortete Anton Smolin wie folgt: „weil er gesagt hat, er ist Schwuchtel“.

Human Rights Watch forderte die russischen Behörden auf, die Motive für den Mord zu untersuchen. 06.12.2013 widmete Elton John Vlad Tornovoy ein Konzert in Moskau und verurteilte das Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda“.

41 Beispielsweise blockierte das Burlinsky-Bezirksgericht der Altai-Region im Jahr 2018 das Portal „Parni Plus“ für LGBTQ-Personen zu Gesundheitsthemen wegen „Verleugnung der Familienwerte“. Quelle: <https://parniplus.com/news/roskomnadzor-parni-plus/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

42 Eine detaillierte Geschichte der Verfolgung des Projekts durch die Behörden der Russischen Föderation wird in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: <https://meduza.io/feature/2015/01/26/dolzina-byt-zakryta-unichtozhena-sterta-navsegda> (Abrufdatum: 05.10.2023).

43 CASE OF BAYEV AND OTHERS v. RUSSIA: JUDGMENT. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-174422> (Abrufdatum: 05.10.2023).

44 Die Mörder von Vlad Tornovoy sind vor Gericht gestellt worden. Radio Svoboda, 2013. URL: <https://www.svoboda.org/a/25199651.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

45 Die Aufzeichnung der Episode mit den Worten von Anton Smolin wurde in den Medien gezeigt und auf YouTube veröffentlicht. Aus ethischen Gründen wird der Link zur Veröffentlichung nicht angegeben.

Der Mord geschah vor dem Hintergrund hitziger Diskussionen im föderalen Parlament über die Notwendigkeit der Verabschiedung des Gesetzes. Der Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Mörder wurden verurteilt, aber das Strafmaß ist unbekannt.

Im März 2016 wurde der Journalist Dmitry Tsilikin in St. Petersburg, Russland, ermordet⁴⁶. Kurz vor dem Mord lernte er Sergei Kosyrev, einen 21-jährigen Studenten der Hydrometeorologischen Universität, auf einer Dating-Website kennen⁴⁷. Der Mörder kam auf Einladung von Tsilikin in dessen Wohnung. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte er sich auf das Verbrechen vorbereitet: er kam mit einem Jagdmesser, einer Schreckschusspistole, Handschuhen und sauberer Kleidung zu dem Treffen. Da der Mörder von Dmitry Tsilikins Homosexualität wusste, wollte er ihn zunächst kompromittieren und dann erpressen, doch das Treffen endete mit einem Mord. Dmitry starb in seiner Wohnung an Blutverlust durch 30 Stichwunden.⁴⁸

Bei der Befragung sagte der Mörder, dass der Ermittler ihn „Tschistilschik“ (aus dem Russischen: „Reiniger“) nennen könnte⁴⁹. Der Mörder verkündete sein Leben als Anti-LGBT-Kreuzzug⁵⁰. Bei den Ermittlungen wurde das Motiv des Hasses auf LGBTQ-Personen nicht untersucht, das Gericht berücksichtigte es nicht und verurteilte den Mörder zu 8,5 Jahren Gefängnis.

Ein weiterer Fall ereignete sich im Jahr 2017. Zwei Transgender-Personen wurden in einer Bar angegriffen, weil einer von ihnen ein Regenbogenarmband am Arm trug. Die Täter schlugen die Opfer. Das Lokal verfügte über Überwachungskameras, aber die Polizei untersuchte den Hassangriff nicht. Im September 2023 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fest, dass die Strafverfolgungsbehörden es versäumt hatten, eine wirksame Untersuchung im Zusammenhang mit dem Verbot von Folter, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung durchzuführen und dass die russischen Behörden gegen das Verbot der Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zur LGBTQ-Gemeinschaft verstoßen hatten. Das Gericht verurteilte die Russische Föderation zur Zahlung einer Entschädigung von jeweils 10.000 Euro an die beiden Opfer. Da der Europarat die Russische Föderation am 16. März 2022 von seiner Mitgliedschaft ausgeschlossen hat, weigert sie sich, alle Urteile des Gerichtshofs, die nach dem 15. März 2022 in Kraft getreten sind, zu vollstrecken.

Weit verbreitete sich so eine Art von Hassverbrechen wie „Fake-Dating“. Allein in St. Petersburg wurden 22 Verbrechen dieser Art im Jahr 2018 registriert⁵¹. Diese Verbrechen wurden von extra gegründeten organisierten kriminellen Gruppen gegen homo- und bisexuelle Männer verübt. Unter dem Vorwand einer Date lockten die Kriminellen das Opfer in eine Wohnung, schlugen es und zwangen es, vor der Kamera fiktive Geständnisse über eine Affäre mit Minderjährigen aufzunehmen und seine sexuelle Orientierung zu erklären. Unter der Drohung, das Material im Internet zu veröffentlichen, erpressten die Täter Geld von den Opfern, bis zu mehreren Millionen Rubel. Die Erpressung war profitabel: die Kriminellen konnten über mehrere Jahre hinweg monatlich solche Zahlungen von den Opfern erhalten. Gleichzeitig hatten die Opfer selbst Angst vor den Strafverfolgungsbehörden und wandten sich aus Furcht vor Ouing und homophobem Verhalten nicht an sie. Die Täter nutzten dies aus und begingen weiterhin homophob motivierte Verbrechen.

Solche Verbrechen sind eine direkte Folge des Gesetzes " zum Verbot von LGBT-Propaganda gegenüber Minderjährigen", mit dem Gewalt gegen LGBTQ-Personen in Russland legalisiert wurde. Berichte über homophobe Gruppen, die körperliche Gewalt, Raub und Erpressung gegen LGBTQ-Personen verübten, erschienen regelmäßig in den russischen Nachrichten.

Zu den Tätern gehörten derzeitige und ehemalige Strafverfolgungsbeamte aus Russland und dem Ausland, wegen Gewaltverbrechen verurteilte Personen und ihre Mittäter. Die Angeklagten glaubten, dass der Staat sie wegen Verbrechen gegen LGBTQ-Personen nicht strafrechtlich verfolgen würde, weil er ein Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber Minderjährigen“ verabschiedet hatte, und gaben vor Gericht direkt ihre Motivation an. Nach Berichten von Anwält_innen, die Opfer in solchen Fällen vertraten, waren die Täter in der Regel durch das Motiv des öffentlichen Nutzens für die „Reinigung der russischen Gesellschaft“ motiviert.⁵²

Im Jahr 2017 verübte eine kriminelle Gruppe in St. Petersburg Raub, Erpressung und Gewalt gegen A. und zwang ihn, als Folge der Gewalt ein Video über die sexuelle Orientierung des Opfers am Tatort aufzunehmen. Da A. keinen Coming-out begangen hatte, wurde er infolge der Erpressung gezwungen, 1 Million Rubel (ca. 14.500 Euro) zu zahlen, damit die Kriminellen das Video nicht verbreiten. Zu diesem Zweck nahm er einen Kredit auf. Nach einer weiteren Aufforderung der Kriminellen, den neuen Betrag zu zahlen, weigerte er sich, diese zu erfüllen und wandte sich an die Strafverfolgungsbehörden. Im Laufe der Ermittlungen stellte sich heraus, dass allein in den drei Jahren des Bestehens der kriminellen Gruppe mehr als 100 Personen Opfer wurden, von denen nur 18 als Opfer anerkannt wurden. Der Fall wurde 1,5 Jahre lang vor

46 Lizenz zum Töten. Radio Svoboda, 2016. URL: <https://www.svoboda.org/a/27702827.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

47 Staatliche Homophobie in Russland kommt in Schwung. Skat, 2022. URL: https://skat.media/post/russian_state_homophobia (Abrufdatum: 05.10.2023).

48 Getötet aus Hass: Fake-Dating ist im Kommen. Radio Svoboda, 2021. URL: <https://www.severreal.org/a/31532651.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

49 Der mutmaßliche Mörder des Journalisten Tsilikin nannte sich selbst Reiniger. Fontanka.ru, 2016. URL: <https://www.fontanka.ru/2016/04/07/094/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

50 Die Ermittlungen zum Ritualmord vom Journalisten Tsilikin sind in St. Petersburg abgeschlossen. Delowoj Peterburg, 2016. URL: https://www.dp.ru/a/2016/09/28/V_Peterburge_zaversheno_ra (Abrufdatum: 05.10.2023).

51 Bericht über die Situation der LGBT-Gemeinschaft in St. Petersburg im Jahr 2018. Johnny Jibladze, Polina Kisilitsyna, Max Olenichev. URL: <http://standpoints.spb.com/upload/iblock/bd7/bd7eb9e484a35c7ff7825b82c7223569.pdf> (Abrufdatum: 05.10.2023).

52 Informationen wurden von Jurist_innen und Anwält_innen bereitgestellt, die in Russland zum Schutz von LGBT-Personen tätig sind und 2023 im Rahmen der Studie von EQUAL PostÖst befragt wurden.

Gericht verhandelt, es fanden 35 Gerichtssitzungen statt, in denen nur 31 Fälle von Erpressung, Raub und Raubüberfällen auf homo- und bisexuelle Männer verhandelt wurden. Im Ergebnis sprach das Gericht die beiden Täter schuldig und verurteilte sie zu 6,5 bzw. 4 Jahren Haft in einer Strafkolonie. Das Gericht erkannte kein Motiv des Hasses gegen LGBTQ-Personen an. Die Opfer der Verbrechen erhielten keine finanzielle Entschädigung und auch nicht das Geld, das ihnen von den Tätern abgenommen wurde.⁵³

Infolge der Erpressung beging eines der Opfer, das in einer patriarchalischen Familie aufwuchs, eine Militärschule besuchte und keine Einkommensquelle hatte, aus Angst vor einem Outing Selbstmord. Niemand wurde für die Anstiftung zum Selbstmord zur Verantwortung gezogen.

Im Jahr 2018 wurde S. von Passanten angegriffen, weil S., der in seinen Papieren als Mann gekennzeichnet war, nach Meinung der Angreifer zu weiblich aussah: Er trug Make-up und lange Haare. Die Täter schlugen S. auf der Grundlage ihrer Vorstellungen von männlich und weiblich, die durch staatliche Propaganda angeheizt wurden. In einer patriarchalischen Gesellschaft sind solche Fälle keine Seltenheit. Die Polizei weigerte sich, den Angriff zu untersuchen. Die Täter wurden nicht identifiziert und niemand wurde bestraft.⁵⁴

Die genannten Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs von Gewalt, die durch Hass gegen LGBTQ-Personen motiviert ist. Gleichzeitig führen die russischen Strafverfolgungsbehörden in der Regel keine wirksamen Ermittlungen durch, die Täter werden nicht vor Gericht gestellt, und die Opfer erhalten keine Entschädigung.

WEGNAHME VON KINDERN AUS LGBTQ-FAMILIEN

SCHWEIGEN

"Er war sich sehr bewusst, dass er schweigen musste, weil ihm ständig gesagt wurde, er dürfe nicht darüber reden, was zu Hause vor sich ging, dass er, wenn jemand mit ihm reden wollte, während seine Eltern nicht da waren, ablehnen musste, und wenn er das nicht konnte, musste er irgendetwas brabbeln, wir haben mit ihm geübt, wie er auf verschiedene Fragen antworten würde. Ich glaube nicht, dass das gut für seinen Charakter war, aber es ist für seine Sicherheit notwendig."

⁵³ Informationen wurden von Jurist_innen und Anwalt_innen bereitgestellt, die in Russland zum Schutz von LGBT-Personen tätig sind und 2023 im Rahmen der Studie von EQUAL PostOst befragt wurden.

⁵⁴ Informationen wurden von Jurist_innen und Anwalt_innen bereitgestellt, die in Russland zum Schutz von LGBT-Personen tätig sind und 2023 im Rahmen der Studie von EQUAL PostOst befragt wurden.

Die Durchsetzung des Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber Minderjährigen“ hat dazu geführt, dass staatliche Behörden die Familienrechte von LGBTQ-Personen verletzen, indem sie versuchen, ihnen die elterlichen Rechte zu entziehen, wenn die Kinder adoptiert oder unter Vormundschaft gestellt wurden. Den Autor_innen des Berichts sind jedoch keine Fälle bekannt, in denen LGBTQ-Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität die elterlichen Rechte entzogen wurden.

Einer der von EQUAL PostOst Befragten teilte eine weit verbreitete Vorstellung von Geburt und Erziehung der Kinder von LGBTQ-Personen in Russland:

WEGGENOMMEN

"Als 2013 das Gesetz gegen LGBTQ-Propaganda gegenüber Minderjährigen verabschiedet wurde, wurde mir klar, dass ich in diesem Land kein Kind zur Welt bringen konnte, aus Angst, dass es mir weggenommen werden könnte. Es hat viele Jahre gedauert, mich darauf vorzubereiten (aus persönlichen Gründen). Ich habe das Land nur wegen der Schikanen und des Drucks auf LGBTQ-Bürger_innen verlassen. Nach dem Dezember 2022 bin ich noch mehr von der Richtigkeit meiner Entscheidung überzeugt".

Ein anschauliches Beispiel für die Haltung des modernen russischen Staates gegenüber der LGBTQ-Elternschaft ist ein Fall, der sich in Jekaterinburg ereignete.

Yulia Savinovskikh hatte mehrere Jahre lang die Vormundschaft für zwei Kinder übernommen: K., der an infantiler Zerebralparese leidet, und D., der mit einer HIV-Infektion lebt. Als die Kinder in ihre Obhut gegeben wurden, konnten sie weder sprechen noch laufen und waren nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen. Durch ihre Betreuung wurden die Kinder sozialisiert und ihr Gesundheitszustand verbesserte sich erheblich.

2017 ließ sich Yulia ihre Brust operativ entfernen und begann einen Blog im Namen einer Transgender-Person zu schreiben⁵⁵. Im August 2017 entschied die Verwaltung eines Bezirks von Jekaterinburg, dass Yulia ein Transgender-Mann sei. Die Behörden hoben ihre eigene Entscheidung auf, die Kinder in einer Pflegefamilie unterzubringen, und nahmen sie aus der Familie. Zu diesem Zeitpunkt waren die Kinder 5 und 4,5 Jahre alt. Yulia legte Einspruch bei Gericht ein, aber nach einem sechsmonatigen Verfahren gab das Gericht der Vormundschaft statt. Yulia hat die Kinder nie wiedergesehen. In seinem Urteil stellte das Gericht fest:

„Die Identifizierung von Savinovskikh Y.V. als Person des männlichen Geschlechts unter Berücksichtigung ihres Standes der Ehe mit einem Mann, der Versuch, eine dem männlichen Geschlecht vorbehaltene soziale Rolle zu übernehmen, widerspricht von Natur aus den Prinzipien der Familiengesetzgebung unseres Landes, den Traditionen und der Mentalität unserer Gesellschaft“.⁵⁶

Dabei änderte Yulia ihre Passangaben nicht: in ihrem Pass, dem Hauptausweis in Russland, war das weibliche Geschlecht vermerkt. Bereits nach erfolglosen Versuchen outete sie sich als Transgender-Mann und änderte ihren Namen zu Francis.⁵⁷

Dies ist der erste bekannte Fall in der russischen Rechtspraxis, in dem einer Transgender-Person ihre Kinder von den Behörden aufgrund ihrer Transsexualität entzogen wurden. Gleichzeitig war es Transgender-Personen nach den damals geltenden Rechtsvorschriften nicht

55 Ich sehe, wie sich Russland in den Iran verwandelt. It's My City, 2021. URL: <https://itsmycity.ru/2021-07-23/kak-slozhilas-zhizn-samogo-izvestnogo-transgendera-rossii-yulii-savinovskikh-lishennoj-vekaterinburge-dete> (Abrufdatum: 05.10.2023).

56 Yulia Savinovskikh, die sich ihre Brust entfernen ließ, hat ihre adoptierten Kinder nie zurückbekommen. Das Gericht entschied, dass sie sich als Mann bezeichnet. Meduza, 2018. URL: <https://meduza.io/feature/2018/02/13/sud-snova-otkazalsya-vernut-priemnyh-detey-yulii-savinovskikh-kotoraya-udalila-sebe-grud-sudya-reshila-chto-ona-schitaet-sebya-muzhchinoy> (Abrufdatum: 05.10.2023).

57 Yulia Savinovskikh, die ihrer Kinder entzogen wurde, wurde in Spanien als Mann anerkannt. Radio Svoboda, 2019. URL: <https://www.svoboda.org/a/29978344.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

untersagt, als Vormund zu fungieren. Im Jahr 2019 reichte Francis eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Die Klage wurde im Jahr 2021 eingereicht⁵⁸, aber der Fall ist vom Gerichtshof noch nicht entschieden worden.

Am 03.07.2013 trat in Russland ein neues, vom föderalen Parlament verabschiedetes und von Wladimir Putin unterzeichnetes Gesetz in Kraft.⁵⁹ Demnach können Menschen nicht Adoptiveltern und Vormünder sein, wenn zwischen ihnen eine Homo-Ehe besteht. Dieses Recht haben auch die Personen (unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung) nicht, die Staatsbürger_innen eines Staates sind, in dem die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert ist, wenn der_die Adoptionsbewerber_in nicht in einer andersgeschlechtlichen Ehe lebt.

In der Familie von Andrei Vaganov und Yevgeny Erofeev wurden zwei Söhne großgezogen: die Jungen wurden von Andrei schon vor langer Zeit adoptiert, noch bevor das Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber Minderjährigen“ in Kraft trat – Denis im Jahr 2010 mit 3,5 Jahren und Yura im Jahr 2012 mit 5,5 Jahren.

Die Familie von Andrei Vaganov und Yevgeny Erofeev wurde 2010 gegründet. Sie heirateten erst 2016 in Dänemark. 2019 versuchten die Moskauer Behörden, die adoptierten Kinder zu entziehen. Im Juni suchten die Eltern die Klinik Roshal auf: Das Kind klagte über Bauchschmerzen. Auf die Frage des Arztes, bei wem es lebe, antwortete das Kind: bei zwei Vätern. Der Arzt meldete dies dem Ermittlungskomitee der Russischen Föderation.

Bereits im Juli wurde ein Strafverfahren wegen Fahrlässigkeit gegen Mitarbeiter_innen der Sozialschutzabteilung des Bezirks Maryino eingeleitet. Nach der Version der Ermittler_innen wussten die Mitarbeiter_innen der Sozialschutzabteilung, dass „ein Einwohner zwei adoptierte Jungen zusammen mit einem anderen Mann aufzieht“⁶⁰. Jedoch „haben sie es versäumt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Minderjährige vor Informationen zu schützen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden“. Das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation gab Erklärungen ab: „Er [Adoptierter, Andrei Vaganov] propagiert nicht-traditionelle Beziehungen, die den Kindern eine verzerrte Vorstellung von Familienwerten vermitteln und ihre gesundheitliche, moralische und geistige Entwicklung beeinträchtigen“.⁶¹

Die Situation entwickelte sich rapide. Am 19. Juni besuchten die Eltern und das Kind die Klinik Roshal. Am 21. Juni rief der Ermittler die Eltern an und forderte sie zur Befragung des Kindes auf. Dann wurde klar, dass Anna Kusnezowa, Beauftragte für Kinderrechte beim Präsidenten Putin, die Frau eines russisch-orthodoxen Geistlichen mit homophoben Ansichten, in den Fall verwickelt war. Der Fall geriet unter die persönliche Kontrolle von Alexander Bastrykin, dem Vorsitzenden des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation, der noch nie für Unterstützung von LGBTQ-Personen bekannt war.⁶²

Am 15. Juli sprach sich die Sprecherin des Föderationsrates⁶³ Valentina Matvienko gegen die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Familien aus. Am selben Tag erklärte Anna Kusnezowa, Beauftragte für Kinderrechte beim Präsidenten Putin, dass sie die Staatsanwaltschaft aufgefordert habe, die Kinder aus der Familie zu nehmen. Am nächsten Tag, dem 16. Juli, eröffnete das Untersuchungskomitee ein Strafverfahren gegen eine Reihe von nicht identifizierten Personen in der Vormundschaftsbehörde, die Fahrlässigkeit begangen hatten. Am 17. Juli erschienen Informationen zu diesem Fall in der Presse. Am 19. Juli wurde die Wohnung von Andrei und Yevgeny in Moskau durchsucht.⁶⁴

Das Ermittlungskomitee durchsuchte nicht nur die Wohnung von Evgeny und Andrei, sondern auch die Wohnungen ihrer Eltern in Moskau und im Ural. Gleich nach diesen Durchsuchungen wurden die Eltern zur Vernehmung in das Ermittlungskomitee gebracht. Die Babysitterin der Kinder wurde auch befragt. Sie bestätigte, dass Andrei und Yevgeny sich um die Kinder gekümmert und sich in ihrer Gegenwart nicht unanständig verhalten hätten.

In der Praxis solcher Fälle werden die Kinder normalerweise für den Zeitraum der Überprüfung aus der Familie genommen und können nach Abschluss aller Verfahren zurückgegeben werden. Dies kann sich über Jahre hinziehen. Während dieser Zeit können die Kinder ihre Eltern vergessen. Daher verließen die Eltern und die Kinder im Sommer 2019 Russland für die Dauer des Gerichtsverfahrens.

Inzwischen wurde allen Familienmitgliedern Asyl in den USA gewährt.⁶⁵ 2021 wurde eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, die noch anhängig ist.

58 URL: <https://hudoc.echr.coe.int/?i=001-208220> (Abrufdatum: 05.10.2023).

59 Föderales Gesetz vom 02.07.2013 N 167-ФЗ "Zur Änderung einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation über die Unterbringung von Waisen und Kindern ohne elterliche Fürsorge".

60 Untersuchungskomitee eröffnete ein Verfahren gegen Sozialschützer_innen wegen der Erziehung von Adoptivkindern durch ein gleichgeschlechtliches Paar. Meduza, 2019. URL: <https://meduza.io/news/2019/07/17/sk-zavel-delo-na-sotrudnikov-sotszaschity-iz-za-vozpitanija-usynovlennyh-detey-odnopoloy-paroy> (Abrufdatum: 05.10.2023).

61 Ebenda.

62 URL: <https://u.to/oPMxIA> (data обращения: 05.10.2023).

63 Kammer des föderalen Parlaments in Russland.

64 Es gab Leben. Und jetzt gibt es kein Leben mehr. Meduza, 2019. URL: <https://meduza.io/feature/2019/08/12/byla-zhizn-a-teper-zhizni-net> (Abrufdatum: 05.10.2023).

65 Wir haben erklärt, dass wir nicht in Russland bleiben können, weil wir Angst um unser Leben haben. Meduza, 2019.

KAMPAGNE ZUR TÖTUNG UND VERFOLGUNG VON LGBTQ-PERSONEN IM NORDKAUKASUS

2017 wurde bekannt, dass die Behörden der Tschetschenischen Republik eine Kampagne zur Bevölkerungssäuberung durchführen: Sie identifizieren LGBTQ-Personen, inhaftieren und foltern sie, in seltenen Fällen bieten sie ihren Verwandten Lösegeld an, woraufhin diese sie oft selbst töten.⁶⁶ Allein im Februar und März 2017 haben die Strafverfolgungsbehörden Medienberichten zufolge Hunderte von Männern wegen des Verdachts auf Homosexualität festgenommen.

Wie die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete⁶⁷, sei die Homophobie in der konservativen tschetschenischen Gesellschaft, in der der Islam stark ausgeprägt ist, ausgeprägt und weit verbreitet, und es gilt als Schande, eine Person mit homosexueller Orientierung in der Familie zu haben. Um „den Schandfleck wegzuwaschen“ und die Familienehre wiederherzustellen, werden „Ehrenmorde“ in der Republik begangen. Human Rights Watch kennt Fälle von „Ehrenmorden“ oder Morddrohungen gegen LGBTQ-Familienmitglieder, einschließlich Frauen und Mädchen, deren Verhalten als unmoralisch angesehen wird. Die Regierungschefs der Republik, einschließlich Ramsan Kadyrow selbst, lobten wiederholt die Praxis der „Ehrenmorde“. Nach der Meinung von Expert_innen ist einer der Gründe für diese Vorfälle das in Russland geltende Gesetz zum „Verbot von Gay-Propaganda“.

Die Kampagne dauert in Tschetschenien bis heute an, und die Opfer werden Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht. Am 16. März 2017 nahmen die Strafverfolgungsbehörden Maxim Lapunov in Grosny fest. Er wurde in ein Geheimgefängnis gebracht, geschlagen und misshandelt. Nach seiner Freilassung reichte er einen Antrag beim russischen Ermittlungskomitee ein, das die Straftat nicht untersuchte.

Wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil vom 12.09.2023 feststellte⁶⁸, wurden die der Homosexualität verdächtigten Opfer an verschiedenen Orten von Sicherheitsbeamten, die oft in Zivil gekleidet waren, festgenommen und auf Polizeistationen, in Haftanstalten oder inoffizielle Geheimgefängnisse gebracht. Dort waren sie schweren Schlägen, oft mit Plastikstangen, Schläuchen oder Seilen, sowie Beleidigungen und Demütigungen wegen ihrer Homosexualität ausgesetzt. Oft wurde ihnen Nahrung und Wasser vorenthalten, sie hatten keinen Zugang zu medizinischer und rechtlicher Hilfe, und ihre Angehörigen wurden nicht über ihre Inhaftierung informiert. Ziel war es, die Opfer zu zwingen, ihre Homosexualität zuzugeben und/oder andere LGBTQ-Personen zu nennen.

Während der nicht registrierten Haft waren die Opfer oft bis zu zwei Wochen lang täglicher Gewalt ausgesetzt oder bis sie ein Geständnis unterzeichneten, andere Personen anzeigten oder sich anderweitig bereit erklärten, mit den tschetschenischen Behörden zu kooperieren. Einige der Opfer starben infolge der Folter. Diejenigen, die die Inhaftierung und die schweren Schläge überlebten, wurden in einer Art Zeremonie freigelassen, durch die sie „für ihre Sünden beschämt“ wurden: Die sexuelle Orientierung der Opfer wurde ihren Verwandten offenbart, die aufgefordert wurden, „kranke Familienmitglieder loszuwerden“ und einen „Ehrenmord“ zu begehen.

2017 verurteilte das Europäische Parlament die Situation in den Leitlinien des Europäischen Rates zu LGBTQ-Personen, insbesondere im Hinblick auf die Verfolgung von (angeblich) homosexuellen Männern in Tschetschenien. 2018 nahm die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) die Entschließung Nr. 2230 zur „Verfolgung von LGBTQ-Personen in der Tschetschenischen Republik (Russische Föderation)“ an. Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) veröffentlichte einen Bericht mit dem Titel Bericht des Berichterstatters im Rahmen des Moskauer Mechanismus über mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit in der Tschetschenischen Republik der Russischen Föderation), in dem der von 14 OSZE-Staaten initiierte Moskauer Mechanismus zu dem Schluss kam, dass die zuvor von LGBTQ-Organisationen behaupteten Fakten bestätigt wurden, und forderte die russischen Behörden auf, die homophobe Kampagne zu beenden, die Verbrechen zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen⁶⁹. 12.09.2023 erkannte der Europäische Gerichtshof an, dass die russischen Behörden keine wirksame Untersuchung der Folterungen durchgeführt hatten.

Menschenrechtsaktivist_innen berichten regelmäßig von neuen Entführungen homosexueller und bisexueller Menschen, die in Tschetschenien geboren wurden. Gleichzeitig ist das russische Strafverfolgungssystem untätig. Im Gegenteil: wenn geflohene LGBTQ-Erwachsene darum bitten, nicht gesucht zu werden, suchen die russischen Strafverfolgungsbehörden sie als vermisste Personen im ganzen Land und übergeben sie, wenn sie gefunden werden, an Verwandte oder die Polizei in Tschetschenien.

66 Nowaja Gaseta: In Tschetschenien mehr als hundert Männer wegen Homosexualität inhaftiert, drei getötet. Meduza, 2017. URL: <https://meduza.io/news/2017/04/01/novaya-gazeta-v-chechne-bole-boa-muzhchin-zaderzhany-za-gomoseksualnost> (Abrufdatum: 05.10.2023).

67 У них длинные руки, и они найдут меня. Human Rights Watch, 2017. URL: <https://www.hrw.org/ru/report/2017/05/26/304090> (Abrufdatum: 05.10.2023).

68 CASE OF LAPUNOV v. RUSSIA: JUDGMENT. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/?i=001-226449> (Abrufdatum: 05.10.2023).

69 OSCE Rapporteur's Report under the Moscow Mechanism on alleged Human Rights Violations and Impunity in the Chechen Republic of the Russian Federation. URL: https://www.osce.org/files/Moscow%20Mechanism%20Document_ENG.pdf (Abrufdatum: 05.10.2023).

SELBSTMORDE BEI JUGENDLICHEN

Der Staat führt keine offiziellen Statistiken über Selbstmorde von Jugendlichen im Zusammenhang mit der Nichtakzeptanz ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Im November 2014 führte die Schriftstellerin Elena Klimova eine Online-Umfrage unter 378 LGBTQ-Jugendlichen in Russland und den Nachbarländern durch.⁷⁰ Auf die Frage „Haben Sie jemals an Selbstmord gedacht?“ antworteten 62 Personen (16,4 %) mit Nein und 316 (83,6 %) mit Ja. Davon waren 41 aus einem Grund im Zusammenhang mit SOGI (sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität), 60 sowohl aus SOGI- als auch aus anderen Gründen und 215 aus anderen Gründen. Ihren Angaben zufolge unternahm einer_eine von drei Jugendlichen, die (aus welchen Gründen auch immer) über Selbstmord nachgedacht hatten, einen Selbstmordversuch (110 von 316 – 34,8 %; im Zusammenhang mit SOGI: 33 von 101 – 32,6 %).

Da das Gesetz „zum Verbot der Gay-Propaganda“ den Jugendlichen verbietet, Informationen über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität zu erhalten, entwickeln sie keine wissenschaftlich angemessene Perspektive zu diesem Thema. In der Zeit der Selbstakzeptanz haben sie viele Zweifel an sich selbst und ihrer Identität, sie werden aufgrund ihres „Andersseins“ von Bekannten gemobbt und in einigen Fällen von ihren Angehörigen missverstanden. Dies kann nach Ansicht von Psycholog_innen zu Selbstmord führen.

2014 erlaubte das Verfassungsgericht der Russischen Föderation⁷¹ Lehrern, medizinischen Fachleuten und Psycholog_innen, Fragen der sexuellen Orientierung und/oder der Geschlechtsidentität auf Wunsch der Kinder auf neutrale Art und Weise zu erörtern. In russischen Schulen fehlt es jedoch an solchen Fachleuten; und Lehrer, Ärzte und Psychologen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten, erhalten keine spezielle Ausbildung. Es gibt keine Arbeit zur Unterstützung von LGBTQ-Jugendlichen in Bildungseinrichtungen.

70 Elena KLIMOVA: Die staatlichen "Ehemänner" und "Ehefrauen" haben uns nicht sehr gern. Nowaja Gaset, 2015. URL: <https://novyagazeta.ru/articles/2015/06/30/64735-elena-klimova-gosudarstvennye-171-muzhi-187-i-171-zheny-187-nas-ne-ochen-zhaluyut> (Abrufdatum: 05.10.2023).

71 Entscheidung des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation vom 23.09.2014 N 24-П.

AUSWIRKUNGEN DER GESETZE ZUM "VERBOT VON LGBT-PROPAGANDA UNTER MINDERJÄHRIGEN" AUF DIE ENTSCHEIDUNGSBEHÖRDEN

„Jedes Mal, wenn ich mein Haus verlasse, habe ich keine Garantie, dass ich in dieses Haus zurückkomme“.

Im Rahmen der vorliegenden Studie befragten die Autor_innen mehrere Jurist_innen und Anwält_innen dazu, wie sich das Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda“ auf das Rechtssystem in Russland ausgewirkt hat.

Einer der Rechtsanwält_innen wies darauf hin, dass bei der Behandlung von Fällen vor den Gerichten „die Richter_innen die Behauptung akzeptieren, dass jede Erwähnung und Diskussion der sexuellen Orientierung für Kinder nicht schädlich ist. Aber der Druck des Systems ist so groß, dass sie zu dem Urteil kommen, dass Kinder vor diesen Informationen [über nicht-heterosexuelle Orientierung und nicht-cis-gender Identität] geschützt werden sollten. Es gibt eine Menge Formeln, die Richter_innen bei ihren Entscheidungen anwenden können, aber letztlich wird die nicht-heterosexuelle Orientierung von Richter_innen als etwas angesehen, das für Kinder schädlich ist“. Auch die anderen von EQUAL PostOst befragten Anwält_innen in Russland stimmten dieser Aussage zu.

Beim Interview stellte ein Experte fest, dass „das System der Gesetzgebung Schwule und Lesben in Russland stigmatisiert, indem es von einem Verbot der „Propaganda einer nicht-traditionellen sexuellen Orientierung“ spricht. Das Gesetz enthält die eindeutige Botschaft, dass solche Informationen für Kinder gefährlich, schädlich und verboten sind. In Rechtsverhältnissen, in denen Kinder mit Informationen über Schwule und Lesben in Berührung kommen können, sollten diese in Bezug auf Kinder ausgeschlossen werden. Wenn ein_e Mitarbeiter_in einer Schule schwul oder lesbisch ist, sollten solche offenen Informationen für Kinder nicht zugänglich sein. Dies ist eine Folge der gesetzlichen Stigmatisierung von Beziehungen durch den Erlass von Gesetzen zum Verbot von Propaganda“.

Zugleich stimmten die von EQUAL PostOst befragten Expert_innen darin überein, dass das Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung nach dem Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda“ steigt, wenn sich ein Mensch offen als LGBTQ-Person identifiziert. So wies einer der Anwält_innen, die mit LGBTQ-Personen in Russland arbeiten, in einem Experteninterview darauf hin, dass „es in den Gerichten heute jedes offene Zeigen der homosexuellen Orientierung natürlich ein Schritt zur Einschränkung der elterlichen Rechte ist. Jeder_jede Richter_in versteht, dass er_sie sich unter den heutigen Bedingungen weder positiv noch neutral über offene homosexuelle Orientierung [eines Menschen] äußern kann“.

Der Experte wies darauf hin, dass sich das Gericht in einem Fall von Kindesunterbringung vor Gericht, wenn ein Elternteil über die Homosexualität des anderen Elternteils aussage, wahrscheinlich auf die Seite der Nicht-LGBTQ-Person stelle, selbst wenn diese in der Gerichtsakte keine sexuelle Orientierung oder Gender-Identität angebe.

Eine Expertin, die in Russland für Fälle zur Verteidigung von LGBTQ-Personen geht zuständig ist, erklärte, dass ein Bezirksgericht 2023 beschlossen habe, den Wohnsitz des Kindes beim Vater festzulegen, weil es der Ansicht sei, dass die bisexuelle Orientierung der Mutter der psychologischen Entwicklung des Kindes schaden könne. Dieses Urteil ist noch nicht in Kraft getreten und wird angefochten. Früher waren derartige Gerichtsentscheidungen selten, aber jetzt haben sich solche negativen Praktiken gegen LGBTQ-Personen vor dem Hintergrund der staatlichen Kampagne zur Stärkung von Homophobie und Transphobie in der russischen Gesellschaft zu entwickeln begonnen.

VERSCHLOSSENHEIT DER LGBTQ-PERSONEN, NICHTAKZEPTANZ IHRER SEXUELLEN ORIENTIERUNG UND/ODER GESCHLECHTSIDENTITÄT

Mit der Verabschiedung des Gesetzes wurden Informationen über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in Russland weniger zugänglich.

Einer der von EQUAL-PostOst-Umfrage befragten wies darauf hin, dass es nicht möglich sei, im Falle von körperlicher Gewalt in einer Bildungseinrichtung, am Arbeitsplatz, in der Familie oder an einem öffentlichen Ort staatlichen Schutz zu erhalten.

VERTRAUEN

“Im Falle von körperlicher Gewalt, homophobem Mobbing, [habe ich] kein Vertrauen, dass ich von den Behörden in der Schule/am Arbeitsplatz/von den Strafverfolgungsbehörden angemessen unterstützt werde”.

Eine andere Befragte erläuterte, dass „viele Menschen im Verborgenen leben, weil sie wissen, dass sie die Gewalt gegen sie nicht überleben werden“.

FESTGEHALTEN

„Diese werden oft als Genie-Exorzismus-Zentren bezeichnet. Es muss nicht unbedingt LGBT heißen. Die Leute kommen zu ihnen, zahlen Geld und geben ihre Kinder ab, und sie werden dort festgehalten, und dann wird die Person entweder bekehrt oder nicht bekehrt“.

Nach 2013 begann sich die Konversionstherapie in Russland wieder zu verbreiten. Während in den südlichen Regionen Russlands, wo der Islam weit verbreitet ist, LGBTQ-Personen durch das Rezitieren des Korans „behandelt“⁷² werden, um Geister aus dem menschlichen Körper zu befreien, werden sie in der Orthodoxie in speziellen Zentren „behandelt“, indem Menschen isoliert und unwissenschaftlichen Methoden unterzogen werden. In anderen Zentren werden LGBTQ-Personen mit Handschellen an Gitterstäbe gefesselt und aufgehängt.⁷³

Es gibt auch Psychiater_innen, die nicht damit einverstanden sind, dass „Homosexualismus“ in Russland keine Krankheit im Sinne des ICD-10 ist. Sie schlagen ihre eigenen Methoden zur Beeinflussung von Menschen vor, die auf ihrer inneren Homophobie oder Transphobie und der ihrer Eltern beruhen. Oft verlangen solche Psychiater_innen die Einnahme unbekannter Medikamente und die Anwendung von Hypnose. Solche Zentren sind in mehreren russischen Großstädten legal tätig.⁷⁴

Der unabhängige UN-Experte für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Genderidentität, Victor Madrigal-Borlos, betonte bereits 2020, dass Konversionstherapie Folter sei und verboten werden sollte.⁷⁵

Somit verstärkte das russische Gesetz aus dem Jahr 2013 „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber Minderjährigen“ nicht nur die Stigmatisierung und Diskriminierung von LGBTQ-Personen und verstärkte Stereotypen und Vorurteile in der Gesellschaft, sondern führte auch zu zahlreichen Fällen von Gewalt gegen sie in verschiedenen Lebensbereichen.

⁷² Gebete für Gleb. Konversionstherapie für LGBT-Personen. Radio Svoboda, 2023. URL: <https://www.svoboda.org/a/molitvy-za-gleba-konversionnaya-terapiya-dlya-lgbt-lyudey/32472333.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

⁷³ Die neue Generation ist nicht bereit, Gewalt zu dulden. CK SOS-Krisengruppe über die Arbeit unter Kriegsbedingungen. Radio Svoboda, 2022. URL: <https://www.kavkazr.com/a/novoe-pokolenie-ne-gotovo-terpetj-nasilie-krizisnaya-gruppa-sk-sos-o-rabote-v-usloviyah-voyny/32046081.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

⁷⁴ My Harrowing Journey Through Gay Conversion Therapy in Russia. GQ, 2022. URL: <https://www.gq.com/story/gay-conversion-therapy-russia> (Abrufdatum: 05.10.2023).

⁷⁵ Konversionstherapie könnte der Folter gleichkommen und sollte verboten werden, sagt ein UN-Experte. OHCHR, 2020. URL: <https://www.ohchr.org/ru/stories/2020/07/conversion-therapy-can-amount-torture-and-should-be-banned-says-un-expert> (Abrufdatum: 05.10.2023).

DAS NEUE FÖDERALE GESETZ "ZUM VERBOT VON GAY-PROPAGANDA GEGENÜBER ALLEN ALTERSGRUPPEN"

„Es fühlt sich an, als würde die Welt um mich herum weiter funktionieren, weiterleben, und ich werde in eine andere Realität versetzt, in der ich auf staatlicher Ebene verfolgt werde und mir gesagt wird, du solltest ja nicht leben oder nicht existieren“.

Neun Monate nach dem groß angelegtem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine begannen die russischen Behörden nach der Unterdrückung der Zivilgesellschaft im Land, die Diskriminierung und Stigmatisierung verletzlicher Gruppen zu verstärken. Diese Politik der Unterdrückung des Andersseins war am deutlichsten in Bezug auf LGBTQ-Personen.

Am 5. Dezember 2022, während der fortgesetzten Militärintervention, trat in Russland ein neues Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ in Kraft. Es besteht aus zwei verschiedenen Gesetzen.

Das erste Gesetz ist zur Änderung von sieben föderalen Gesetzen über Information, Massenmedien, Werbung, Verbraucherschutz, staatliche Filmförderung, grundlegende Garantien für Kinderrechte und Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden.⁷⁶

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Beschränkungen, die im vorigen Kapitel des Berichts beschrieben wurden, führte das Gesetz eine Reihe von neuen Beschränkungen ein:

- es verpflichtete die Inhaber_innen sozialer Netzwerke, diese zu überwachen, um nach Informationen zu suchen und diese zu entfernen, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen, Geschlechtsumwandlung propagieren“ (ein Verstoß kann mit einer Geldstrafe zwischen 800 Tausend und 4 Mio. Rubel für juristische Personen und bis zu 8 Millionen Rubel für wiederholte Verstöße sanktioniert werden⁷⁷),
- ermöglichte es, den Zugang zu Internetressourcen, welche Informationen enthalten, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen, Geschlechtsumwandlung propagieren“, ohne Gerichtsbeschluss zu sperren,
- es führte eine staatliche Überwachung ein, um nach „verbotenen“ Inhalten (einschließlich LGBTQ-Inhalten) zu suchen und die oben erwähnten Maßnahmen zu ergreifen, falls sie gefunden werden,
- es verbot den Medien die Veröffentlichung von Informationen, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen, Geschlechtsumwandlung propagieren“,
- es verbot den Verkauf von Waren in Russland, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen, Geschlechtsumwandlung propagieren“ (online und offline),
- es verpflichtete die staatlichen Behörden in Russland, Maßnahmen zu ergreifen, um Kinder nicht nur vor Informationen zu schützen, die „nichttraditionelle sexuelle Beziehungen propagieren“ (diese Norm wurde bereits 2013 eingeführt), sondern auch vor Informationen, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen aufzeigen“ und „Informationen, die bei Kindern den Wunsch nach einem Geschlechtswechsel hervorzurufen“ (diese Norm kann in Bildungs-, Kultur- und allen anderen Einrichtungen, in öffentlichen Räumen mit oder in Anwesenheit von Minderjährigen angewandt werden),
- es verbot Werbung, welche Informationen enthält, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen, die Geschlechtsumwandlung propagieren oder demonstrieren“,
- es verbot die Verbreitung von Informationen unter Minderjährigen, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen propagieren oder demonstrieren bzw. die geeignet sind, bei Kindern den Wunsch nach einem Geschlechtswechsel hervorzurufen“,
- es verbot die Verbreitung solcher Informationen im Radio und Fernsehen zwischen 4.00 und 23.00 Uhr,
- es führte eine Vorschrift ein, der zufolge solche Informationen im Fernsehen oder im Radio auf Kanälen ausgestrahlt werden dürfen, die gegen eine Gebühr zugänglich sind, wobei das Alter der Personen, die auf diese Informationen zugreifen, vorher überprüft werden soll, und dass solches Material im Fernsehen mit „18+“ gekennzeichnet werden soll und im Radio eine ähnliche Sprachwarnung ausgestrahlt werden soll.

⁷⁶ Föderales Gesetz vom 05.12.2022 N 478-ФЗ „Über die Änderung des föderalen Gesetzes „Über Information, Informationstechnologien und Informationsschutz“ und einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation“. URL: <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202212050019> (Abrufdatum: 05.10.2023).

⁷⁷ Punkt 3 von Artikel 13.50 des Gesetzbuches der Russischen Föderation über Verwaltungsstrafen.

Im Wesentlichen zielt das Gesetz darauf ab, jede Erwähnung von LGBTQ-Personen⁷⁸, Initiativen, sensiblen sozialen Fragen, die sie betreffen, den Bedürfnissen der LGBTQ-Personen⁷⁹ aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Der Staat versucht, die LGBTQ-Agenda von der sozialen Agenda zu streichen, wodurch LGBTQ-Personen und ihre Bedürfnisse unsichtbar und somit nicht existent werden.

Im Experteninterview mit EQUAL PostOst erläuterte einer der russischen Anwalt_innen: „Diese Gesetze verbieten jedes öffentliche Gespräch über Probleme von LGBT-Personen, über Fragen der Transition, über Fragen der so genannten „nicht-traditionellen sexuellen Orientierung“, über Fragen im Zusammenhang mit homophober Gewalt, über homosexuelle Jugendliche und ihre psychologischen Probleme. Das heißt, sie schließen all diese Themen aus dem öffentlichen Raum, aus dem öffentlichen Bereich aus, und wenn jemand öffentlich zu diesen Themen sprechen will, riskiert er oder sie, verwaltungsrechtlich belangt zu werden“.

Das zweite Gesetz ist zur Änderung des Gesetzes über verwaltungsrechtliche Verstöße in der Russischen Föderation⁸⁰. Es weitete den Verwaltungsstrafatbestand von „Gay-Propaganda“ erheblich aus und führte ein neues Verbot von Informationen über die sexuelle Orientierung und die Genderidentität gegenüber Minderjährigen ein (der neue Artikel 6.21.2 wurde eingeführt).

81

Mit dem Gesetz wurde eine Reihe neuer Beschränkungen eingeführt:

- neben dem Verbot der „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ verbot es auch die Propaganda von „Präferenzen für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ und „Geschlechtsumwandlung“,
- es erweiterte die Formen der „Gay-Propaganda“: unter „Gay-Propaganda“ versteht das Gesetz nun nicht nur die „Verbreitung von Informationen“, sondern auch die „Begehung öffentlicher Aktionen“,
- es verbot solche Propaganda nicht nur gegenüber Minderjährigen, sondern gegenüber Menschen jeden Alters,
- es erweiterte die Liste der „Gay-Propaganda“ von 4 auf 8,
- es erhöhte die Größe der Verwaltungsstrafen für den Fall der Begehung von „Gay-Propaganda“:

	Offline gegenüber Personen ab 18 Jahren	Offline gegenüber Minderjährigen (unter 18 Jahren)	Über Medien und Internet gegenüber Personen ab 18 Jahren	Über Medien und Internet gegenüber Minderjährigen (unter 18 Jahren)
Bestrafung für Bürger_innen der Russischen Föderation	Strafe 50 000 — 100 000 Rubel	Strafe 100 000 — 200 000 Rubel	Strafe 100 000 — 200 000 Rubel	Strafe 200 000 — 400 000 Rubel
Bestrafung für Beamte	Strafe 100 000 — 200 000 Rubel	Strafe 200 000 — 400 000 Rubel	Strafe 200 000 — 400 000 Rubel	Strafe 400 000 — 800 000 Rubel
Bestrafung für juristische Personen	Strafe 800 000 — 1 000 000 Rubel oder Unterbrechung der Tätigkeit für bis zu 90 Tage	Strafe 1 000 000 — 2 000 000 Rubel oder Unterbrechung der Tätigkeit für bis zu 90 Tage	Strafe 1 000 000 — 4 000 000 Rubel oder Unterbrechung der Tätigkeit für bis zu 90 Tage	Strafe 2 000 000 — 5 000 000 Rubel oder Unterbrechung der Tätigkeit für bis zu 90 Tage
Bestrafung für ausländische Staatsbürger_innen und Staatenlose	2 Strafen gleichzeitig: Strafe 50 000 — 100 000 Rubel oder Verwaltungshaft für bis zu 15 Tage + administrative Ausweisung aus der Russischen Föderation	2 Strafen gleichzeitig: Strafe 100 000 — 200 000 Rubel oder Verwaltungshaft für bis zu 15 Tage + administrative Ausweisung aus der Russischen Föderation	2 Strafen gleichzeitig: Strafe 100 000 — 200 000 Rubel oder Verwaltungshaft für bis zu 15 Tage + administrative Ausweisung aus der Russischen Föderation	2 Strafen gleichzeitig: Strafe 200 000 — 400 000 Rubel oder Verwaltungshaft für bis zu 15 Tage + administrative Ausweisung aus der Russischen Föderation

78 Wird das neue Gesetz verbieten, in Russland über Schwule zu sprechen? Nowaja Gaseta-Europa. 21.07.2022. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=S8grmwRW05E> (Abrufdatum: 05.10.2023).

79 Die Gesetzesentwürfe streichen Erwähnungen von LGBT-Personen. Parni PLUS, 2022. URL: <https://parniplus.com/lgbt-movement/zakonoproekt-y-stirayut-upominanie-lgbt-lyudej/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

80 Föderales Gesetz vom 05.12.2022 N 479-F3 "Über die Änderungen des Gesetzes der Russischen Föderation über Verwaltungsstrafataten". URL: <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202212050020> (Abrufdatum: 05.10.2023).

81 Der vollständige Wortlaut von Artikel 6.21 des Gesetzes der Russischen Föderation über Verwaltungsstrafataten ist in Anhang 2 enthalten.

Somit wurde die Geldstrafe für jeden Fall eines Gesetzesverstoßes erhöht:

- für russische Bürger_innen: die Mindeststrafe – um das 12,5-fache (von 4 000 Rubel auf 50 000 Rubel^{82 83}), die Höchststrafe – um das 4-fache (von 100 000 Rubel auf 400 000 Rubel⁸⁴),
- für Beamte: die Mindeststrafe – um das 2,5-fache (von 40 000 Rubel auf 100 000 Rubel⁸⁵), die Höchststrafe – um das 4-fache (von 200 000 Rubel auf 800 000 Rubel⁸⁶),
- für juristische Personen: die Mindeststrafe hat sich nicht verändert (800 000 Rubel⁸⁷), die Höchststrafe hat sich um das 5-fache erhöht (von 1 000 000 Rubel auf 5 000 000 Rubel⁸⁸),
- für ausländische Staatsbürger_innen und Staatenlose: die Mindeststrafe – um das 12,5-fache (von 4 000 Rubel auf 50 000 Rubel⁸⁹), die Höchststrafe – um das 4-fache (von 100 000 Rubel auf 400 000 Rubel⁹⁰).

In erster Linie schränkten (tatsächlich – verboten) die Gesetze weiterhin die Verbreitung von Informationen über sexuelle Orientierung und Genderidentität offline und online ein, indem sie eine vollständige LGBTQ-Zensur und ein Verbot der Meinungsfreiheit zu LGBTQ-Themen einführten:

- sie verstießen gegen das Verbot der Diskriminierung von Menschen aufgrund der sexuellen Orientierung und Genderidentität,
- sie entzogen Minderjährigen das Recht auf Zugang zu Informationen über sexuelle Orientierung und Genderidentität,
- sie griffen in das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens ein,
- sie tragen zur Verletzung des Verbots von Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung bei,
- sie können einen Eingriff in das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person, auf Gedanken- und Gewissensfreiheit sowie auf friedliche Versammlungen zur Folge haben.

Einer der von EQUAL PostOst befragten berichtete über die Reaktion der russischen Behörden auf friedliche Proteste im Zuge der Verabschiedung eines neuen homophoben Gesetzes: „Am 10. November 2022 nahm ich zum ersten Mal in meinem Leben an einer Einzeldemonstration gegen den homophoben Gesetzentwurf teil, bei der es zu Konflikten mit den Strafverfolgungsbehörden kam. Einen Monat später (genau an meinem Geburtstag) kam die Polizei mit einer Durchsuchung zu mir nach Hause“.

Sowohl das bisherige als auch das neue Gesetz „zum das Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ beschränken nicht nur die Rechte von LGBTQ-Personen, sondern auch die aller Vertreter_innen der russischen Gesellschaft auf freie Meinungsäußerung, weil der Gesellschaft Informationen über die Existenz von LGBTQ-Personen, ihrer Agenda vorenthalten werden, sie werden in der russischen Gesellschaft unsichtbar. Daher entwickelt der Staat das Narrativ, dass LGBTQ- Personen in Russland nicht existieren und ihre Bedürfnisse vom Staat nicht berücksichtigt werden.

Das neue Gesetz „zum das Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ wird bereits aktiv durchgesetzt. Derzeit gibt es keine gerichtlichen Statistiken über die Durchsetzung des Gesetzes, doch seine Folgen sind weit über die Höhe der verhängten Geldstrafen hinausgegangen.

82 Stand 05.10.2023 Der Euro-Wechselkurs beträgt nach Angaben der Zentralbank der Russischen Föderation 1 Euro = 104,3024 Rubel.

83 Stand 05.10.2023 – 479 Euro.

84 Stand 05.10.2023 – 3 835 Euro.

85 Stand 05.10.2023 – 958 Euro.

86 Stand 05.10.2023 – 7 670 Euro.

87 Stand 05.10.2023 – 7 670 Euro.

88 Stand 05.10.2023 – 47 937 Euro.

89 Stand 05.10.2023 – 479 Euro.

90 Stand 05.10.2023 – 3 835 Euro.

GEWALTTATEN GEGEN LGBTQ-PERSONEN

Im Mai 2023 schlug Pavel Kukin zwei junge Frauen in der U-Bahn von St. Petersburg, weil sie Lesben seien⁹¹. Vor dem Vorfall waren er, seine Frau und sein Kind mit den jungen Frauen im selben Wagen unterwegs. Als sie aus der U-Bahn stiegen, holte Pavel die jungen Frauen ein, ließ seine Frau und sein Kind zurück. Er versuchte, ihnen Dinge wegzunehmen und fing dann an, sie an einem öffentlichen Ort zu schlagen. Nach dem Angriff in der U-Bahn stellten Ärzte ausgereckte Schultern und Hämatome an Kiefern und Armen bei den jungen Frauen fest. Gleichzeitig erklärten die jungen Frauen, dass sie sich nicht als Teil der LGBTQ-Gemeinschaft betrachten. Im Moment des Angriffs rief der Angreifer: „Verdammtes LGBT, mein Kind soll so was nicht sehen“⁹².

Im Sommer 2023 verprügelte eine Gruppe von zwei Angreifern in Machatschkala einen homosexuellen Mann (28) bei einem Fake-Date. Zusätzlich zu körperlicher Gewalt bedrohten ihn die Kriminellen (17 und 21) mit einem Messer und beraubten das Opfer: sie stahlen ihm zwei Handys, ein goldenes Armband und Bargeld. Als Motiv für sein Vorgehen nannte einer der Verdächtigen Hass auf die LGBTQ-Gemeinschaft. Der zweite Verdächtige wurde nicht festgenommen⁹³.

Die Aggressoren rechtfertigen ihr Vorgehen oft mit den Worten: „Ich habe ihn geschlagen, weil er schwul ist. Wir dürfen das tun, es gibt ein Gesetz gegen Schwule“⁹⁴.

91 Zwei junge Frauen in der U-Bahn von St. Petersburg geschlagen. Bumaga, 2023. URL: <https://paperpaper.io/papernews/2023/5/16/v-metro-peterburga-izbili-dvuh-devushe/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

92 Ich habe ihn verprügelt, weil er schwul ist. Das dürfen wir, wir haben ein Gesetz gegen Schwule. The Insider, 2023. URL: <https://theins.ru/news/261814> (Abrufdatum: 05.10.2023).

93 Ein Schwuler Masseur bei einem Date in Dagestan geschlagen und ausgeraubt. News Tracker, 2023. URL: <https://newstracker.ru/news/2023-07-24/geya-massazhista-izbili-i-ograbili-na-svidanii-v-dagestane-2993103> (Abrufdatum: 05.10.2023).

94 Ich habe ihn verprügelt, weil er schwul ist. Das dürfen wir, es gibt ein Gesetz gegen Schwule. The Insider, 2023. URL: <https://theins.ru/news/261814> (Abrufdatum: 05.10.2023).

EINFÜHRUNG EINER TOTALEN LGBTQ-ZENSUR IN BUCHVERLAGEN UND IM BUCHHANDEL, BEI DER DEMONSTRATION VON SERIEN, FILMEN UND FERNSEHPROGRAMMEN

Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Dezember 2022 sind Belletristik mit LGBTQ-Charakteren in Russland aus den Bücherregalen verschwunden.

Zuvor, im Mai 2022, machte die Abgeordnete der russischen Staatsduma Nina Ostanina auf das Buch „Sommer mit einer Pionierkrawatte“ von Katerina Silvanova und Elena Malisova (Verlag Popcorn Books) aufmerksam, in dem es um die Liebe eines Pioniers zu seinem Berater geht. Das Buch wurde in einer Rekordauflage von 250.000 Exemplaren unter Einhaltung bestehender gesetzlicher Beschränkungen (Kennzeichnung 18+) veröffentlicht und wurde im ersten Halbjahr 2022 zum meistverkauften Kunstwerk in Russland⁹⁵.

Ostanina richtete einen Appell an Roskomnadzor mit der Bitte, den Inhalt des Buches zu überprüfen⁹⁶. Danach schickte Ksenia Mishonova, die Kommissarin für Kinderrechte in der Moskau-Region, einen ähnlichen Brief.⁹⁷ Im August 2022 stellte Roskomnadzor⁹⁸ keine Gesetzesverstöße fest⁹⁹. Zwei Wochen später forderte er jedoch, dass die Russische Buchunion¹⁰⁰ als größte Organisation in Russland, die Buchverlage vereint, mangels gesetzlicher Vorgaben, die Verbreitung von LGBTQ-Literatur im Rahmen der Marktselbstregulierung zu stoppen, die Verbreitung von Büchern auf dem Markt zu verweigern, die „Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“ enthalten¹⁰¹. Eine Woche später schickte die Russische Buchunion an „alle Buchhandlungen und Online-Shops des Landes sowie die Verlage eine Erinnerung an die Notwendigkeit, das Gesetz über die Kennzeichnung und den Verkauf von Büchern mit dem 18+Vermerk, die an ein erwachsenes Publikum gerichtet sind, strikt einzuhalten“¹⁰².

Vor diesem Hintergrund brachten sechs Abgeordnete der russischen Staatsduma, darunter Nina Ostanina, am 18. Juli 2022 in der russischen Staatsduma einen Gesetzentwurf ein, der die Verbreitung von Informationen über „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“, auch in den Medien und im Kino, verbietet¹⁰³. Doch ihre politischen Gegner_innen ergriffen die Initiative und am 20. Oktober 2022 wurde in der Staatsduma ein Gesetzentwurf „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ eingebracht, der anschließend vom Parlament angenommen und von Wladimir Putin unterzeichnet wurde. Damals waren 389 von 450 Abgeordneten (86 %) die Initiator_innen des Gesetzentwurfs¹⁰⁴, darunter der Vorsitzende der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin und sein Stellvertreter Pjotr Tolstoj¹⁰⁵. Die russische Regierung reagierte positiv auf den Gesetzentwurf¹⁰⁶, und Maria Lvova-Belova¹⁰⁷, Beauftragte für Kinderrechte beim Präsidenten Putin, unterstützte die Verabschiedung des Gesetzes.¹⁰⁸

95 Sommer mit einer Pionierkrawatte: ein Buch über einen Jugendlichen, der in seinen Berater verliebt ist. Dagegen haben sich Sachar Prilepin und Nikita Michalkow ausgesprochen. Und jetzt ist es der Hauptbestseller der Saison in Russland. Meduza, 2022. URL: <https://meduza.io/feature/2022/08/06/leto-v-pionerskom-galstuke-kniga-o-podrostke-vlyublennom-v-vozhatogo> (Abrufdatum: 05.10.2023).

96 Persönlicher Telegram-Kanal der Abgeordneten der russischen Staatsduma Nina Ostanina. URL: <https://t.me/ninaostanina/1532> (Abrufdatum: 05.10.2023).

97 Roskomnadzor stellte beim Verkauf des Buches „Sommer mit einer Pionierkrawatte“ keine Verstöße fest. Meduza, 2022. URL: <https://meduza.io/news/2022/08/09/roskomnadzor-ne-nashel-narusheniy-pri-prodazhe-knigi-leto-v-pionerskom-galstuke-kotoraya-rasskazyvaet-o-podrostke-vlyublennom-v-vozhatogo> (Abrufdatum: 05.10.2023).

98 Der Föderale Dienst für die Überwachung von Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation ist ein föderales Exekutivorgan in Russland, das die Einhaltung gesetzlicher Verbote der Offline- und Online-Verbreitung von Informationen überwacht.

99 Roskomnadzor stellte beim Verkauf des Buches „Sommer mit einer Pionierkrawatte“ keine Verstöße fest. Meduza, 2022. URL: <https://meduza.io/news/2022/08/09/roskomnadzor-ne-nashel-narusheniy-pri-prodazhe-knigi-leto-v-pionerskom-galstuke-kotoraya-rasskazyvaet-o-podrostke-vlyublennom-v-vozhatogo> (Abrufdatum: 05.10.2023).

100 Nichtstaatliche Non-Profit-Organisation, die russische Verlage, Buchhändler_innen, Druck- und Zellstoff- und Papierunternehmen, Bibliotheken und Schriftstellerorganisationen vereint.

101 Roskomnadzor forderte ein Verkaufsverbot für Bücher mit LGBT-Propaganda. Mel, 2022. URL: <https://mel.fm/novosti/352941-roskomnadzor-prizval-zapretit-prodazhu-knig-soderzhashchikh-lgbt-propagandu> (Abrufdatum: 05.10.2023).

102 Offizielle Website der Russischen Buchunion. URL: https://bookunion.ru/news/otvet_rossijskogo_knizhnogo_soyuza_na_pismo_federalnoy_sluzhby_po_nadzoru_v_sfere_svyazi_informatsio/ (Abrufdatum: 05.10.2023).

103 Gesetzentwurf №165975-8. URL: https://sozd.duma.gov.ru/bill/165975-8#bh_histras (Abrufdatum: 05.10.2023).

104 Gesetzentwurf №217471-8. URL: <https://sozd.duma.gov.ru/bill/217471-8> (Abrufdatum: 05.10.2023).

105 Vom 28.01.2020 bis 25.01.2022 – Stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Vom 27.01.2017 bis 15.03.2022 leitete er die Delegation des russischen Bundesparlaments in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

106 Gesetzentwurf №217471-8. URL: <https://sozd.duma.gov.ru/bill/217471-8> (Abrufdatum: 05.10.2023).

107 Am 17.03.2023 erließ der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen sie (zusammen mit Wladimir Putin), weil sie „vermutlich für das Kriegsverbrechen der illegalen Deportation der Bevölkerung (Kinder) aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation [nach dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24.02.2022] verantwortlich ist“.

Quelle: <https://www.icc-cpi.int/news/situation-ukraine-icc-judges-issue-arrest-warrants-against-vladimir-vladimirovich-putin-and> (Abrufdatum: 05.10.2023).

108 Lvova-Belova hat Vorschläge für den Gesetzentwurf zum Verbot von LGBT-Propaganda gemacht. RAPSİ, 2022. URL: https://rapsinews.ru/human_rights_protection_news/20221017/308380014.html (Abrufdatum: 05.10.2023).

Die Autor_innen des Buches „Sommer mit einer Pionierkrawatte“ erhielten Drohungen, nach denen sie Russland im Herbst 2022 verließen. Die ehemaligen Eigentümer des Verlags „Popcorn Books“ Alexey Dokuchaev und Andrey Baev¹⁰⁹ wurden im Oktober 2022 – inmitten der Diskussion des Gesetzentwurfs – als „ausländische Agenten“ anerkannt. Im Dezember 2022 wurde dem Verlag die Teilnahme an der größten Moskauer Buchmesse „Non/fiction“ verweigert¹¹⁰, und nach der Verabschiedung des Gesetzes war er gezwungen, die Veröffentlichung von LGBTQ-Literatur einzustellen. Im Januar 2023 wurde eines der ersten Verfahren gegen den Verlag „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ eröffnet¹¹¹, und im Februar 2023 wurden die Autor_innen des Buches „Sommer mit einer Pionierkrawatte“ als „ausländische Agenten“ für die „Propaganda von LGBT-Beziehungen“ anerkannt.¹¹²

Vor der Verabschiedung des Gesetzes begannen die größten Online-Shops, Bücher mit LGBTQ-Themen aus dem Verkauf zu nehmen: „Labyrinth“ – im November 2022¹¹³ (mit Stand am 23. November 2022 gab es in der Kategorie „Jugendbücher“ 207 Bücher, am 25. November 2022 waren dort weniger als 1.800 Werke übrig¹¹⁴), und „LitRes“ – im Dezember 2022¹¹⁵, direkt nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Große inländische Marktplätze begannen damit, Bücher mit möglicher „LGBT-Propaganda“ zu zensieren. Einige Werke tragen inzwischen die Aufschrift „Nur für Erwachsene“, während das Cover komplett verdeckt ist¹¹⁶.

Am 02.12.2022 wurde bekannt, dass Moskauer Bibliotheken eine Liste mit „verbotenen Büchern“ erhalten hatten¹¹⁷. Sie wurden aus den Regalen genommen, es wurde verboten, sie online zu bestellen und sie wurden nicht mehr ausgegeben¹¹⁸. Die Medien stellten fest, dass „die Bücher als Altpapier entsorgt, also letztendlich verbrannt werden sollen“¹¹⁹. Darunter sind „Einführung in die Sexologie“ des Sexologen Igor Kon, „Mondscheinmenschen“ von Vasily Rodionov.

Am 05.12.2022 nahmen die größten Buchketten „Chitai-Gorod“ und „Bukvoed“ LGBTQ-Literatur aus dem Verkauf¹²⁰. Russlands größter Online-E-Book-Service „LitRes“ bat 1 Prozent der Autor_innen, ihre Bücher neu zu schreiben. Er erklärte das wie folgt: „Wir schlagen den Autor_innen vor, deren Bücher LGBT-Propaganda enthalten können, den Text zu ändern, damit das Werk nach Überarbeitung und anschließender Moderation wieder zum Verkauf angeboten werden kann“¹²¹.

Die Einführung der LGBTQ-Zensur nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda“ wurde von den an der Umfrage von EQUAL PostOst Teilnehmenden bestätigt. So sagte eine Autor_in: „Mein Redakteur hat mich gebeten, eine kleine Passage aus dem Buch (nicht über LGBT-Personen) zu entfernen, in der LGBT-Personen erwähnt wurden. Ich mache derzeit auch ein Spiel über LGBT-Personen und fühle mich sehr eingeschränkt. Aufgrund der Sanktionen kann ich das Spiel nicht außerhalb Russlands vertreiben, und in Russland wird dies durch das neue Gesetz erschwert“.

109 Реестр иностранных агентов. URL: https://minjust.gov.ru/uploaded/files/reestr-inostrannyih-agentov-15092023_qRmaqWh.pdf (Abrufdatum: 05.10.2023).

110 Telegram-Kanal des Verlags „Popcorn Books“. URL: <https://t.me/popcornbookstg/365> (Abrufdatum: 05.10.2023).

111 Eksmo erlangte die Kontrolle über den Verlag „Popcorn Books“. Meduza, 2023. URL: <https://meduza.io/news/2023/08/10/eksmo-poluchilo-kontrol-nad-izdatelstvom-popcorn-books-ono-vypuskalo-letu-v-pionerskom-galstuke> (Abrufdatum: 05.10.2023).

112 Das Register der ausländischen Agenten wurde aktualisiert. URL: <https://minjust.gov.ru/ru/events/49295/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

113 Buchdruck und LGBT-Propaganda. Spritzer vom Gesetz. Print Daily, 2022. URL: <https://printdaily.ru/traditsionnyj-ofset/tipografii-i-lgbt-bryzgi-zakona> (Abrufdatum: 05.10.2023).

114 In Russland wurde der Verkauf vieler Bücher nach einem Verbot der LGBT-Propaganda eingestellt. Championat, 2022. URL: <https://www.championat.com/cybersport/news-4905067-v-rossii-priostanovili-prodazhi-mnogih-knig-posle-zapreta-na-propagandu-lgbt.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

115 LitRes nimmt Bücher, die unter das LGBT-Gesetz fallen, aus dem Verkauf und bittet die Autor_innen, die Texte neu zu schreiben. Lebensregeln, 2022. URL: <https://www.pravilamag.ru/news/politics-news/06-12-2022/688005-litres-snimet-s-prodazhi-knigi-podpadayushchie-pod-zakon-ob-lgbt-i-poprosit-avtorov-perepisat-teksty/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

116 In Russland wurde der Verkauf vieler Bücher nach einem Verbot der LGBT-Propaganda eingestellt. Championat, 2022. URL: <https://www.championat.com/cybersport/news-4905067-v-rossii-priostanovili-prodazhi-mnogih-knig-posle-zapreta-na-propagandu-lgbt.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

117 Quelle: <https://t.me/bookngrill/5453> (Abrufdatum: 05.10.2023).

118 Bibliotheken verstecken sofort Bücher ausländischer Agenten vor ihren Leser_innen. The Village, 2022. URL: <https://www.the-village.ru/city/ob-yasnyaem/banned-books> (Abrufdatum: 05.10.2023).

119 Ebenda.

120 Die Geschäfte „Respublika“ und „Chitai-Gorod“ haben Bücher mit LGBT-Themen aus dem Verkauf genommen, nachdem Putin das Propaganda-Gesetz unterzeichnet hatte. Nowaja Gasetta Europa, 2022. URL: <https://novayagazeta.eu/articles/2022/12/05/magaziny-respublika-i-chitai-gorod-snipli-s-prodazhi-knigi-s-lgbt-tematikoi-posle-podpisanii-putinyim-zakona-o-propagande-news> (Abrufdatum: 05.10.2023).

121 Service LitRes bittet 1 % der Autor_innen, Bücher aufgrund des Verbots von LGBT-Propaganda neuzuschreiben. Meduza, 2022. URL: <https://meduza.io/news/2022/12/06/servis-litres-poprosit-1-avtorov-perepisat-knigi-iz-za-zapreta-propagandy-lgbt> (Abrufdatum: 05.10.2023).

Am 08.12.2022 wurde auf „Amediatek“ (einem der wichtigsten Streaming-Service für TV-Serien und Filme in Russland), in der zweiten Staffel der Serie „White Lotus“ mehrere Dialoge zu LGBTQ-Themen herausgeschnitten und ein Rahmen mit Nacktheit männliches Gesäß wurde bearbeitet¹²². Der Chefredakteur des „RBC-Style“-Mediums Evgeniy Tikhonovich bemerkte den Trend bei der Anwendung des neuen Gesetzes genau: „Das Wort „Gay“ wird grundsätzlich nicht ausgesprochen; es wird durch das Wort „Mann“ ersetzt. Wenn beispielsweise einer der Charaktere auf einer Yacht sagt: „Wir sind hier alle Gays“, klingt es in der russischen Übersetzung wie „wir sind hier alle Männer“.¹²³

Im März 2023 wurde auf dem Fernsehsender TNT MUSIC die Sendung „TOP CHART“ ausgestrahlt, bei der ein Musikvideo von ALMA zu einer Komposition mit dem Titel „Summer Really Hurt Us“ verbreitet wurde. Nach Angaben des Gerichts enthält der Clip „Informationen, die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen demonstrieren, deren Verbreitung an Kinder verboten ist“. Wie das Gericht betonte, „wird die Demonstration durch eine visuelle Komponente ausgedrückt: das Bild eines Kusses zwischen zwei Personen des gleichen biologischen Geschlechts (weiblich)“. Im Juli 2023 wurde dem Sender eine Geldstrafe von 1 Million Rubel für die Ausstrahlung des Clips auferlegt.

Im März 2023 zeigte einer der Fernsehsender den Film „Made in Italy“, in dessen fünfter Folge „ein Bild zu sehen ist, das das Thema nicht-traditioneller sexueller Beziehungen berührt, nämlich: ein Bild eines Kusses zwischen zwei Personen des gleichen biologischen Geschlechts (männlich)“. Nach Angaben des Gerichts reichte dies aus, um eine Geldstrafe von 500.000 Rubel zu verhängen.

Im April 2023 wurde der Spielfilm „Piranhas“ auf dem Sender TV-3 Russland ausgestrahlt. Wie es im Gerichtsurteil vom Juli 2023 heißt, enthalte der Film „Szenen der Demonstration nicht-traditioneller sexueller Beziehungen, die durch eine visuelle Komponente zum Ausdruck kommen – durch die Darstellung einer sinnlichen Interaktion zwischen zwei Personen des gleichen biologischen Geschlechts (weiblich), nämlich:

das Ablecken von Salz durch eine junge Frau vom Körper einer anderen junge Frau;
einen langen Kuss, der sexuelle Leidenschaft ausdrückt“.

Das Gericht verhängte eine Geldstrafe von 1 Million Rubel.

Am 16.08.2023 wurde der Streaming-Service PAO VimpelCom (Beeline Marke) vom Gericht in Form einer Geldstrafe von 1 Million Rubel verwaltungsrechtlich haftbar gemacht, weil er es ermöglichte, einen Film im Abonnement anzusehen, der „Szenen mit einer Demonstration (Beschreibung) homosexueller Beziehungen zwischen Männern sowie Hinweisen auf homosexuelle Beziehungen“ enthielt“.

Der größte Film-Streaming-Service „Kinopoisk“ wurde im Juli 2023 mit einer Geldstrafe von 1 Million Rubel belegt, weil er das Ansehen von Filmen im Abonnement erlaubt hatte, die zuvor im Verleih waren: „Perfect Strangers“, „Bridget Jones: the Edge of Reason“, „More Three Weddings“, „Easy A“, „Blow Dry“, „Fach Nummer 6“, „Greed“, „Green Book“, „Eld & Iågor“, „Beanpole“. Laut Roskomnadzor und dem Gericht enthielten sie Szenen „nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“. Für denselben Verstoß wurde der Generaldirektor des Unternehmens mit einer Geldstrafe von 200.000 Rubel belegt.

Am 15. August wurde „Kinopoisk“ erneut mit einer Geldstrafe von 1 Million Rubel für den Zugang zu den Filmen „Dr. T & the Women“, „Little Italy“, „Alexander“, „Love Is Love Is Love“ belegt, die LGBTQ-bezogene Informationen enthielten. Am 01.09.2023 wurde eine neue Geldstrafe von 1 Million Rubel für das Unternehmen verhängt, u.z. weil er es ermöglicht hatte, die Filme „Lasciarsi un giorno a Roma“ und „Clouds of Sils Maria“ anzusehen.

Im Juli 2023 wurde der Film-Streaming-Dienst „Ivi.Ru“ vom Gericht auch mit einer Geldstrafe von 1 Million Rubel belegt, weil er den Film „Perfect Strangers“ ohne Altersbeschränkung für Minderjährige gezeigt hatte. Nach Angaben des Gerichts enthält der Film Informationen, „die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen demonstrieren, deren Verbreitung an Kinder verboten ist, nämlich: Szenen, die homosexuelle Beziehungen zwischen Männern demonstrieren (beschreiben) sowie Hinweise auf homosexuelle Beziehungen“.

¹²² Wie sich das Gesetz zum Verbot von LGBT-Propaganda auf Buchverkäufe und Fernsehsendungen auswirkt. Tinkoff-Journal, 2022. URL: <https://journal.tinkoff.ru/news/no-books-no-films> [Abrufdatum: 05.10.2023].

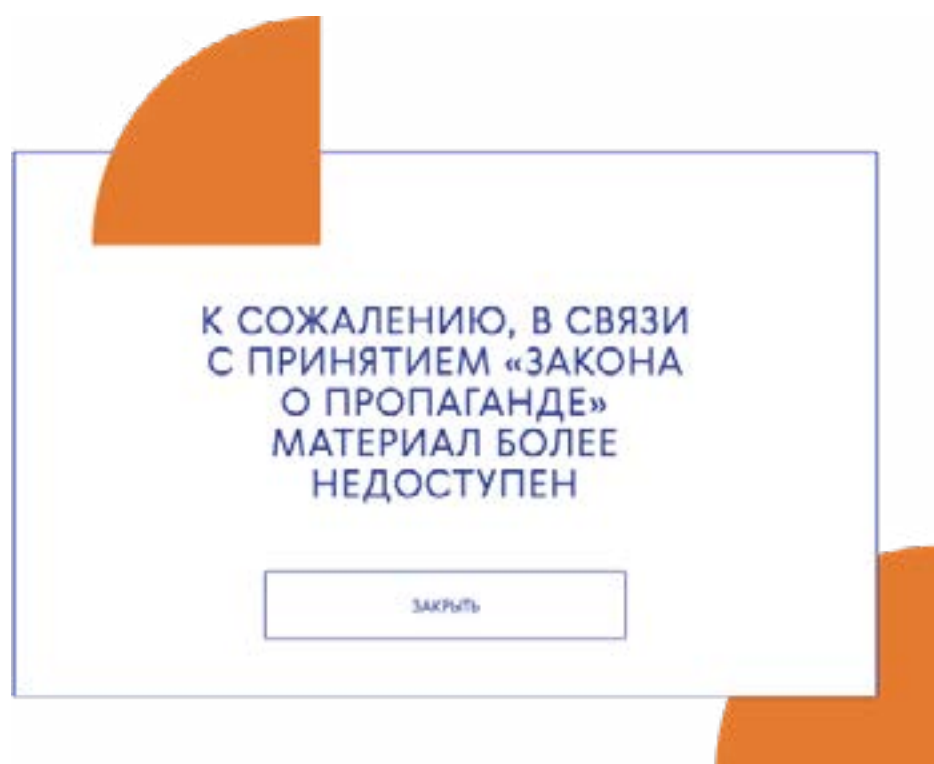
¹²³ Quelle: <https://t.me/tikhonovichme/7831> [Abrufdatum: 05.10.2023].

Im September 2023 verhängte das Gericht eine Geldstrafe von 1 Million Rubel gegen den Streamingdienst „Wink“, weil er Minderjährigen den Zugang zu drei Filmen: „Bridget Jones: the Edge of Reason“, „Curse of Chucky“, „Blow Dry“ ermöglicht hatte. Dem Gericht zufolge wurde im ersten Film eine Szene gefunden, in der „zwei gleichgeschlechtliche (weibliche) Charaktere sich in einem sexuellen Kontext küssen“. Im Film „Curse of Chucky“ entdeckte das Gericht „Küsse zwischen zwei jungen Frauen“, seine Aufmerksamkeit wurde auch durch eine Szene erregt, „in der dieselben jungen Frauen vorhaben, per Videoanruf virtuellen Sex zu haben“. Im Film „Blow Dry“ sah das Gericht „zwei gleichgeschlechtliche (weibliche) Charaktere, die sich in einem sexuellen Kontext küssen“.

Auch Online-Spiele wurden zensiert. So bemerkten die Nutzer_innen im Dezember 2022, dass die Hochzeitszeremonie zwischen zwei männlichen Zentauren in der russischen Übersetzung des Spiels „World Of Warcraft: Dragonflight“ als „Fraternisierung“ bezeichnet wurde und auch der Dialog zwischen ihnen geändert wurde.¹²⁴

EINFÜHRUNG EINER TOTALEN LGBTQ-ZENSUR IM INTERNET

Da das neue Gesetz soziale Netzwerke dazu verpflichtete, bei der Erkennung von LGBTQ-Inhalten Maßnahmen zu ergreifen, begann das größte russische soziale Netzwerk „VKontakte“ damit, vor dem Zugriff auf solche Materialien eine Sondermeldung zu veröffentlichen: „Es könnte kontroverse Materialien in der Community geben. Einige Community-Materialien können von der Gesetzgebung der Russischen Föderation als inakzeptabel angesehen werden¹²⁵“. Ähnliche Meldungen tauchten auch auf anderen Medienportalen auf.¹²⁶



124 Wie sich das Gesetz zum Verbot von LGBT-Propaganda auf Buchverkäufe und Fernsehsendungen aus wirkt. Tinkoff-Journal, 2022. URL: <https://journal.tinkoff.ru/news/no-books-no-films> (Abrufdatum: 05.10.2023).

125 Warum zeigt VKontakte ein Warnzeichen an? VKontakte, 2022. URL: <https://vk.com/@vk-notification> (Abrufdatum: 05.10.2023).

126 Quelle: <https://theblueprint.ru/culture/industry/konvercionnaa-terapiia> (Abrufdatum: 05.10.2023).

Von Anfang Dezember 2022 bis Anfang Januar 2023 – also in einem Monat – verbot Roskomnadzor den Zugang zu 306 Websites, auf denen „LGBT-Propaganda“ entdeckt wurde¹²⁷. In der Liste der verbotenen Websites wurde die Website der LGBTQ-Initiativgruppe „Raduzhny Mir“ (Perm-Region, Russland) eingebunden, die Informationen über psychologische und rechtliche Unterstützung für LGBTQ-Personen, laufende Veranstaltungen und Programme sowie Überwachungsdaten zu Verletzungen der Rechte von LGBTQ-Personen enthielt¹²⁸. „Im Juli 2023 lehnte das Bezirksgericht von Moskau den Antrag des Website-Besitzers auf Anerkennung der rechtswidrigen Handlungen von Roskomnadzor ab und erkannte die Tatsache der „homosexuellen Propaganda“ an¹²⁹. Am 08.02.2023 blockierte Roskomnadzor auf Wunsch von Rosmolodezh auch das Portal „Parni Plus“¹³⁰, Portal, das sich der LGBTQ-Agenda und der HIV-Prävention in der Gemeinschaft widmet.

Am 27.02.2023 legte Roskomnadzor sechs Kriterien für „Gay-Propaganda“ fest¹³¹, anhand deren dann Inhalte gesperrt werden. Sie begannen ab September 2023 zu gelten. Die Kriterien erweitern den Geltungsbereich der bereits eingeführten gesetzlichen Verbote der Verbreitung von „Gay-Propaganda“¹³². Es geht um das Vorhandensein von Informationen:

- die darauf abzielen, von der Attraktivität nicht-traditioneller sexueller Beziehungen, Präferenzen und Einstellungen zu überzeugen, einschließlich der Bildung eines positiven Bildes von Personen in nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen im Zusammenhang mit ihren nicht-traditionellen sexuellen Präferenzen, Einstellungen oder der Äußerung einer positiven Bewertung oder Billigung von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen, Präferenzen und Einstellungen,
- die darauf abzielen, ein verzerrtes Bild von der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nicht-traditioneller sexueller Beziehungen, Präferenzen und Einstellungen zu vermitteln,
- welche die Ablehnung traditioneller sexueller Beziehungen, Präferenzen und Einstellungen zugunsten von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen, Präferenzen und Einstellungen rechtfertigen,
- die das Interesse an nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen wecken und darauf abzielen, negative Einstellungen dazu in positive umzuwandeln, indem sie Informationen über nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen aufdrängen, einschließlich der systematischen Verteilung von Materialien mit nicht-episodischen Bildern und (oder) Beschreibungen von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen,
- welche die Vorteile von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber traditionellen sexuellen Beziehungen begründen,
- die darauf abzielen, eine befürwortende Einstellung gegenüber der Geschlechtsumwandlung einer Person zu bilden, einschließlich Informationen, die eine Begründung oder Rechtfertigung für die Zulässigkeit der Geschlechtsumwandlung einer Person enthalten, Ablehnung der natürlichen Geschlechtsidentität.

Alle Kriterien haben einen bewertenden Charakter, und die Entscheidung darüber, welche Websites gesperrt werden, wird von Roskomnadzor als Behörde getroffen. Versuche, gegen solche Maßnahmen mit der Begründung Einspruch zu erheben, dass es keine „Gay-Propaganda“ gibt, führen nicht mehr zu einem positiven Ergebnis.

Am 1. September 2023 veröffentlichte Roskomnadzor auf seiner Website ein Formular zur Entgegennahme von Beschwerden über LGBTQ-Inhalte. Jeder/jede Internetnutzer_in kann eine solche Beschwerde einreichen, und es ist keine Identifizierung erforderlich. Wird das Vorhandensein von „Gay-Propaganda“ bestätigt, wird der/die Eigentümer_in der Website benachrichtigt, diese Inhalte unverzüglich zu entfernen. Wird der Aufforderung nicht nachgekommen, wird die Website oder Seite von Roskomnadzor innerhalb von 24 Stunden gesperrt. Am ersten Tag der Durchsetzung von „Gay-Propaganda-Kriterien“ wurden 23 Websites mit LGBTQ-Themen von Roskomnadzor gesperrt.¹³³

127 Roskomnadzor hat 306 Websites mit LGBT-Propaganda blockiert. Bumaga, 2023. URL: <https://paperpaper.io/papernews/2023/1/16/vedomosti-bolee-300-sajtov-s-lgbt-pro/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

128 Roskomnadzor hat bereits mehr als 300 Websites wegen LGBT-Propaganda blockiert. Holod, 2023. URL: <https://holod.media/2023/01/16/roskomnadzor-zablokiroval-uzhe-bolee-300-sajtov-za-propagandu-lgbt/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

129 Informationen zum Fall № 02a-0355/2023. URL: <https://www.mos-gorsud.ru/rs/taganskij/services/cases/kas/details/73fcc041-effa-11ed-8cb7-2f493dbb02fe?> (Abrufdatum: 05.10.2023).

130 Roskomnadzor hat die Website „Parni PLUS“ über LGBT-Personen blockiert. Nowaja Gaseta Europa, 2023. URL: <https://novayagazeta.eu/articles/2023/02/09/roskomnadzor-zablokiroval-sait-parni-plus-positivshchennyi-seksualnomu-zdoroviu-lgbt-liudei-news> (Abrufdatum: 05.10.2023).

131 Verordnung von Roskomnadzor vom 27.02.2023 N 25.

132 Anwalt Olenichev: der Staat versucht, Millionen von LGBT-Personen in Russland unsichtbar zu machen, aber sie werden nirgendwo verschwinden. The Insider, 2023. URL: <https://theins.ru/news/261099> (Abrufdatum: 05.10.2023).

133 Roskomnadzor begann mit der Sperrung von Websites für LGBT-Inhalte. RBC, 2023. URL: https://www.rbc.ru/technology_and_media/04/09/2023/64f60dd59a794761ce36b4a4 (Abrufdatum: 05.10.2023).

SCHLIESSUNG DER LGBTQ ZENTREN UND LGBTQ ORGANISATIONEN

Im November 2022 wurden das einzige Zentrum für LGBTQ-Personen in Kasan „Prinjatije“, sowie seine Website und seine Gruppen in den sozialen Medien aufgrund des verabschiedeten, aber noch nicht in Kraft getretenen Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ geschlossen¹³⁴. Das Zentrum organisierte Selbsthilfegruppen für LGBTQ-Personen und andere Veranstaltungen zur Unterstützung der LGBTQ-Gemeinschaft.

Im Juli 2023 wurde in St. Petersburg das einzige Gemeinschaftszentrum für LGBTQ-Personen „Dejstwije“ geschlossen. Die Leiter_innen des Zentrums schrieben in den sozialen Medien: „Was auch immer die Gesetze und Zeiten sein mögen, Menschen wie wir bleiben. Liebt, kreiert, freut euch weiter und findet zueinander. Und gebt nicht auf und verliert nicht den Kontakt. Wir haben immer den Gedanken der Solidarität, der Einheit und der gegenseitigen Unterstützung in uns getragen. Und wir hoffen, dass das Gemeinschaftszentrum dank jeder Minute, die ihr in seinen Mauern verbracht habt, und dank jeder Person, die ihr dort getroffen habt, in eurer Erinnerung bleiben wird“¹³⁵.

Wie mehrere Leiter_innen regionaler LGBTQ-Organisationen in Russland EQUAL PostOst mitteilten, war es gerade die Unmöglichkeit, öffentliche Veranstaltungen zur Unterstützung von LGBTQ-Personen abzuhalten, ohne Angst vor unangekündigten Polizeibesuchen und anschließenden Bußgeldern wegen „Gay-Propaganda“ zu haben, die dazu führte, dass LGBTQ-Organisationen keine offen zugänglichen Offline-Veranstaltungen mehr abhalten: ein Teil der Aktivitäten wurde vollständig ins Internet verlagert, während öffentliche Offline-Veranstaltungen entweder aufgegeben oder in ihrer Zahl drastisch reduziert und in ein halbgeschlossenes oder geschlossenes Format umgewandelt wurden. Weit verbreitet ist die Praxis, Kandidat_innen, die an einem Treffen oder einer Filmvorführung teilnehmen möchten, vorab kennenzulernen, sie zu interviewen und Empfehlungen von gemeinsamen Freund_innen einzuholen, bevor diese Personen die Möglichkeit haben, eine geschlossene LGBTQ-Veranstaltung zu besuchen.

Dabei verstehen die Organisator_innen von LGBTQ-Veranstaltungen, dass sie nicht gegen das russische Recht verstoßen. Der freie Betrieb offener öffentlicher Räume, in denen sich die LGBTQ-Gemeinschaft sicher entfalten kann, ist in Russland aufgrund des Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ ohne das Risiko einer verwaltungsrechtlichen Haftung praktisch unmöglich. Aufgrund der Sperrung von Websites mit LGBTQ-Themen ist es auch nicht immer möglich, online zu arbeiten.

Das neue Gesetz schränkte den Zugang von LGBTQ-Personen in Russland zu Online-Service von Fachleuten wie Psycholog_innen, Rechtsanwält_innen und anderen ein. Die neue Phase der von den Behörden eingeleiteten homo- und transphobischen Kampagne führte zur Isolierung von LGBTQ-Personen: in Regionen, in denen es keine LGBTQ-Organisationen gibt, werden sie im Wesentlichen mit ihren Problemen allein gelassen, während sich in anderen Regionen Russlands, in denen LGBTQ-Initiativen weiterhin tätig sind, die Form der Unterstützung für Mitglieder der Gemeinschaft änderte. Die Aktivitäten von LGBTQ-Initiativen im Land sind immer noch möglich und erfolgreich, aber oft in einem halbgeschlossenen Format.

So berichtete ein an der Umfrage von EQUAL PostOst Teilnehmender beispielsweise, wie die staatliche Mobbingkampagne gegen LGBTQ-Personen dazu führte, dass er von seinen Verwandten abgelehnt wurde, weil er der LGBTQ-Gemeinschaft angehört:

„Vor all den diskriminierenden Gesetzen und Initiativen waren meine Verwandten mir und LGBT+Personen im Allgemeinen gegenüber recht neutral, bis die totale Propaganda und Schikane gegen alle, die anders sind, begann“.

134 Insatgram des Zentrums „Prinjatije“. URL: <https://www.instagram.com/accept.center/> [Abrufdatum: 05.10.2023].

135 Ein Gemeinschaftszentrum für LGBT-Personen in St. Petersburg wurde geschlossen. Activatica, 2023. URL: <https://activatica.org/content/4a166a05-1119-4cef-97e1-558e7025e09f/zakrytsya-komyuniti-centr-dlya-lgbt-lyudej-v-peterburge> [Abrufdatum: 05.10.2023].

Ein anderer an der Umfrage von EQUAL PostOst Teilnehmender berichtete über die starke Stigmatisierung von LGBTQ-Personen und die Unmöglichkeit, Hilfe zu erhalten:

„Aufgrund des neuen Gesetzes über „LGBT-Propaganda“ ist es schwieriger geworden, sich selbst zu akzeptieren, es ist schwieriger geworden, zu leben, weil der Hass auf LGBTQ-Personen in den Medien zugenommen hat, und die positive Darstellung hat stark abgenommen. Man hat das Gefühl, allein zu sein, und niemand kann einem helfen. Es ist... ein Selbsthass gekommen. Dieses Gesetz ist noch schlimmer, als ich gedacht habe. Die Menschen sind viel eher dazu übergegangen, sich selbst zu zensieren. Und das macht mich sehr traurig, denn ich spüre keine Solidarität und Unterstützung, sondern Ablehnung und Ausgrenzung. All das beeinträchtigt mein psychisches und moralisches Wohlbefinden sehr“.



Das neue Gesetz hat auch die Sichtbarkeit von LGBTQ-Personen in Russland drastisch reduziert. Eine an der Umfrage von EQUAL PostOst Teilnehmende betonte die allgemeinen Gefühle der LGBTQ-Personen, wenn sie ein Leben im Verborgenen führen, indem sie sich ihrer Identität nicht bewusst sind und eine Verfolgung durch Gesellschaft und Staat fürchten:

„Diese Woche hat in St. Petersburg ein erwachsener Mann tagsüber an einem öffentlichen Ort zwei junge Frauen angegriffen und verprügelt, weil er sie für Lesben gehalten hat. Als ein junger Mann wegen seiner Antikriegshaltung festgenommen wurde, wurde er von der Polizei mit einem improvisierten Gegenstand vergewaltigt, und seine Freundin wurde mit Vergewaltigung bedroht und misshandelt. Als sie die Polizei wegen polizeilichen Fehlverhaltens verklagt haben, hat das Gericht sie [die Klage] abgewiesen. Ich bin mein ganzes Leben lang im Schrank, nur meine Freunde und meine eigene Schwester wissen von meiner Orientierung, meine Eltern wissen es nicht, ich weiß nicht, was ich jedes Mal sagen soll, wenn ich zum Gynäkologen gehe, also versuche ich, nicht hinzugehen. Ich werde selten aufgrund meiner Orientierung diskriminiert (nie körperlich angegriffen), weil Leute nur nicht wissen, dass ich zu der diskriminierten Gruppe gehöre“.

ANHALTENDE GEWALT GEGEN LGBTQ-PERSONEN IM NORDKAUKASUS

Die Verfolgung von LGBTQ-Personen in Tschetschenien geht unabhängig vom Gender weiter. Menschenrechtsaktivist_innen berichten, dass 10–15 Personen gleichzeitig aufgrund ihrer sexuellen Orientierung inhaftiert werden können.¹³⁶

Elina Ukhmanova aus Dagestan wurde zu Hause häufig physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Im Juli 2022 entführten zwei unbekannte Männer sie und brachten sie ins Zentrum „Alliance Recover“. Elinas Eltern hatten dafür bezahlt, dass ihre Tochter von Bisexualität und Atheismus „geheilt wird“¹³⁷. Vom 23.07.2022 bis zum 23.11.2022 wurde sie in dem Zentrum festgehalten, wo sie bestraft wurde¹³⁸. Einmal wurde sie gezwungen, den folgenden Text dreihundert Mal umzuschreiben, weil sie gegen die Regeln des Zentrums verstoßen hatte: „Ich bin ein verantwortungsloser, fauler Junkie, der sich nicht um sein Leben und viele andere Dinge kümmert, der es gewohnt ist, auf seine Weise zu leben, ohne etwas in seinem Leben zu ändern. Wenn ich nichts ändere, werde ich später wie ein fauler Hund unter einem Zaun sterben“. Nach einem Streit zwischen zwei Rehabilitanden sah sie, wie diese mit Handschellen am Geländer aufgehängt wurden. Einer von ihnen hing von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Als Strafe konnte den Rehabilitanden das Mittagessen vorenthalten werden, sie wurden gezwungen, für Fluchen Liegestütze zu machen¹³⁹.

Bei der Polizei werden Personen, die wegen des Verdachts auf Homosexualität festgenommen werden, häufig gefoltert. Menschenrechtsaktivist_innen nennen als Methoden Elektroschocks durch blanke Drähte an den Fingern, Schläge mit Stöcken und Plastikrohren. Manchmal werden die Festgenommenen auch gefesselt, an den Händen aufgehängt und so lange hängen gelassen, bis sie sich bereit erklären, zu gestehen oder andere zu belasten. Wenn die Polizei die Beweise für die „Schuld“ einer Person für stichhaltig hält, wird die Folter verschärft. Die Gefangenen können mit verschiedenen Gegenständen vergewaltigt, geschlagen und gezwungen werden, sich miteinander zu prügeln.

Die Folter variiert je nach Polizeibeamten und Ort der Inhaftierung. In einigen Polizeistationen wurde Häftlingen ein Metallrohr mit Stacheldraht in den Anus eingeführt, das dann entfernt wurde, wobei der Draht im Rektum verblieb. Beamte einer Polizeidienststelle in Tschetschenien geben schwule Männer manchmal als „Wahhabiten“ (Anhänger einer von den tschetschenischen Behörden bekämpften religiösen Doktrin) aus: die Männer werden gezwungen, sich die Haare wachsen zu lassen und dann werden sie in den Wäldern „gejagt“¹⁴⁰.

Im Mai 2018 behauptete der stellvertretende russische Justizminister Alexander Konowalow, dass „das russische Justizministerium eine Inspektion in der Republik Tschetschenien durchgeführt und keine Verstöße gegen die Rechte von Mitgliedern der LGBT-Gemeinschaft in Tschetschenien oder von Schwulen selbst festgestellt hat“¹⁴¹.

Diese Situationen finden im 21. Jahrhundert auf dem Territorium Russlands statt, aber die föderalen Behörden mischen sich nicht ein. Die Gerichte erkennen die Weigerung, Strafverfahren wegen Folter und Entführung von LGBTQ-Personen im Nordkaukasus einzuleiten, als legitim an, und die Strafverfolgungsbehörden weigern sich, in solchen Fällen Ermittlungen durchzuführen.^{142,143}

136 BBC-Untersuchung: Wie LGBT-Personen in Tschetschenien verfolgt werden und wie sie es schaffen zu fliehen. Nokta, 2022. URL: <https://nokta.md/presledovanie-lgbt-ljudej-v-chechne-i-kak-im-udaetsya-ottuda-sbezhat/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

137 Eine Dagestanerin hat sich über Folter in einem Rehabilitationszentrum beschwert. Kavkaz Uzel, 2023. URL: <https://www.kavkaz-uzel.media/articles/384800> (Abrufdatum: 05.10.2023).

138 Es ist schwierig, ein fremdes Leben zu leben: die Geschichte eines 20-jährigen jungen Frau aus Dagestan, die von seiner Familie weggelaufen ist. Kavkaz Realii, 2023. URL: <https://www.kavkazr.com/a/slozhno-zhitj-ne-svoey-zhiznju-istoriya-sbezhashey-iz-semji-20-letney-devushki-iz-dagestana/32225097.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

139 Wie Elina Ukhmanova von zu Hause weggelaufen ist. Holod, 2023. URL: <https://holod.media/2023/01/14/elina-ukhmanova> (Abrufdatum: 05.10.2023).

140 Folter- und Blutmarkt. Wie die Jagd auf Schwule in Tschetschenien zu einer Industrie geworden ist. CK SOS, 2023. URL: <https://sksos.org/ohota-na-geev-v-chechne/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

141 Ein Minister der Russischen Föderation hat erklärt, es habe in Tschetschenien keine Schwulen gefunden. The Insider, 2018. URL: <https://theins.ru/news/102664> (Abrufdatum: 05.10.2023).

142 Maxim Lapunov, der die Folterung von Schwulen in Tschetschenien beklagt, hat eine Beschwerde beim EGMR eingereicht. Radio Svoboda, 2019. URL: <https://www.svoboda.org/a/29960924.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

143 Die Staatsanwaltschaft hat zum vierten Mal die Weigerung widerrufen, einen Fall von Entführung eines schwulen Mannes aus Tschetschenien zu eröffnen. Kavkaz Realii, 2023. URL: <https://www.kavkazr.com/a/prokuratura-v-chetvertyy-raz-otmenila-otkaz-v-vozbuzhdenii-dela-o-pohischenii-geya-iz-chechne/32373327.html> (Abrufdatum: 05.10.2023).

SENKUNG DER STANDARDS DES PSYCHIATRISCHEN BERUFES IN DER ANGEWANDTEN PRAXIS

Eine der Transgender-Frauen legte dem Team von EQUAL PostOst die Bescheinigung eines medizinischen Zentrums in Moskau vor, die ihr im September 2023 ausgestellt wurde. In der Bescheinigung schlägt ihr ein Arzt – Psychiater und Sexologe, Kandidat der medizinischen Wissenschaften – vor, dass sie auf „Homosexualität“ untersucht werden sollte, die in der russischen Version des ICD-10 seit über 23 Jahren fehlt.

ÜBERGREIFENDE DISKRIMINIERUNG DER LGBTQ-PERSONEN

Im Januar 2023, einen Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“, begann die Moskauer Polizei mit der Durchsetzung des Gesetzes gegenüber transsexuellen Wanderarbeiterinnen. Zu diesem Zweck untersuchten Polizeibeamte im Rahmen ihrer Internetüberwachung „zur Verhinderung der Aufdeckung und Unterdrückung von Propaganda nicht-traditioneller Beziehungen“ Websites mit solchen Angeboten und erstellten anschließend Akten zur Kontrolle der Internetseiten.

Die Anzeigen enthielten Fotos von transsexuellen Sexarbeiterinnen und ihre Telefonnummern, so dass die Polizei keine Schwierigkeiten hatte, die Migrantinnen zu identifizieren. Allein in den ersten drei Wochen verhandelten die Moskauer Bezirksgerichte fünf solcher Fälle nach ein und demselben Muster¹⁴⁴. In allen Fällen stimmten die Migranten den Anschuldigungen zu, und die Gerichte unterzogen die vorgelegten Beweise keiner qualitativen Analyse.

<u>05-0210/2023</u>	Привлекаемое лицо: Алжонов С.В.	Вступило в силу, 14.02.2023	Мазуров Н.А.	Ст. 6.21, Ч. 7
<u>05-0145/2023</u>	Привлекаемое лицо: Якубов Ж.О.	Вступило в силу, 04.02.2023	Арсеньева М.Н.	Ст. 6.21, Ч. 7
<u>05-0141/2023</u>	Привлекаемое лицо: Артиков А.М.	Вступило в силу, 07.02.2023	Левашова О.В.	Ст. 6.21, Ч. 7
<u>05-0103/2023</u>	Привлекаемое лицо: Хусаинов У.Ш.У.	Вступило в силу, 29.01.2023	Мазуров Н.А.	Ст. 6.21, Ч. 7
<u>05-0210/2023</u>	Привлекаемое лицо: Юсуфов Ш.Ю.У.	Вступило в силу, 27.01.2023	Мазуров Н.А.	Ст. 6.21, Ч. 7

In einem Urteil eines Moskauer Bezirksgerichts formulierten die Polizeibeamten den Vorwurf der „Gay-Propaganda“:

„... hat Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und Präferenzen betrieben, indem er auf einer offenen Seite des Informations- und Kommunikationsnetzes „Internet“ ein Profil über die Erbringung von intimen Dienstleistungen für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen auf der Website veröffentlicht hat ... Y., der eine männliche Person ist, trägt weibliche Unterwäsche, hat nackte Brust, dunkle Haare hat und Make-up auf seinem Gesicht.

In seinem Profil bekundet Y. öffentlich sein Interesse an der Attraktivität von nicht-traditionellen Beziehungen. Y., der eine männliche Person ist, schreibt über sich selbst im weiblichen Geschlecht, wobei er das Vorhandensein eines männlichen Penis angibt: „Gepflegte, weibliche, transsexuelle Person mit einem großen Penis 19,5, Brustgröße 5“ ist ein männlicher Bürger, der in seinem Profil ein Foto in weiblicher Gestalt mit nacktem Busen, vermutlich Größe 5, postet“.

Die Polizei, gefolgt vom Gericht, betrachtete die Veröffentlichung dieses Textes als „Gay-Propaganda“. In vier Fällen verhängten die Gerichte eine Geldstrafe und die Ausweisung aus Russland. In einem Fall wurde eine 5-tägige Verhaftung und eine administrative Ausweisung aus Russland verhängt. In allen Fällen wurden die Angeklagten im Zentrum für die Inhaftierung ausländischer Staatsbürger_innen untergebracht, bis das Gerichtsurteil in Kraft trat (laut Gesetz beträgt die Frist für die Einlegung von Rechtsmitteln gegen das Urteil 10 Tage, aber da keine Verteidiger_innen an den Fällen beteiligt waren, wurden keine Beschwerden eingereicht)¹⁴⁵.

Migrant_innen in Russland werden diskriminiert¹⁴⁶. In diesem Fall wurde die Verletzlichkeit der Migrantinnen auch von anderen Verletzlichkeiten überlagert, wie ihrer LGBTQ-Identität und ihrem Beruf. Angesichts der Mehrfachdiskriminierung verfügten sie nicht über die Mittel, um Rechtsbeistand zu suchen und ihre Rechte zu verteidigen, was von den Behörden ausgenutzt wurde.

Nach Angaben von EQUAL PostOst ist die Zahl der von den Gerichten behandelten Verwaltungsverstöße wegen „Gay-Propaganda“ 2023 gestiegen. Allein in Moskau verhandelten die Gerichte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 mindestens 11 Fälle von Verwaltungsverstößen, während die Statistiken über die Durchsetzung des vorherigen Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber Minderjährigen“ (von Juli 2013 bis Juni 2022) in ganz Russland durchschnittlich höchstens 14 Fälle pro Jahr auswiesen.

Laut dem neuen Artikel 6.21.2 des Gesetzes über verwaltungsrechtliche Verstöße in der Russischen Föderation „für die Informierung von Minderjährigen“ über Fragen der sexuellen Orientierung oder Gender-Identität wurden allein in Moskau 2023 bereits 25 Fälle behandelt.

Das Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber Minderjährigen“ aus dem Jahr 2013 stufte LGBTQ-Personen in Russland als Menschen zweiter Klasse ein. In den letzten 10 Jahren ist es den russischen Behörden gelungen, Stereotypen und Vorurteile gegenüber LGBTQ-Personen in der russischen Gesellschaft zu verstärken, trotz der engagierten und qualitativ hochwertigen Arbeit von LGBTQ-Organisationen im Interesse von LGBTQ-Personen in Russland.

Nach dem Beginn des groß angelegten Angriffskriegs leitete der russische Staat unter der Führung von Wladimir Putin, der aus seinen homo- und transphobischen Ansichten keinen Hehl macht, eine neue Phase der homo- und transphobischen Kampagne ein. Ihre Folgen zeugen von der großen Gefahr für das Leben, die körperliche und geistige Gesundheit und die Einhaltung der Grundrechte von LGBTQ-Personen in Russland. Gleichzeitig verstärkte das Gesetz aus dem Jahr 2022 „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ erheblich die Folgen der gesetzlichen Diskriminierung und Stigmatisierung von LGBTQ-Personen in Russland.

Eine der von EQUAL-PostOst Befragten teilte mit, dass „die [vom Staat] gegenüber LGBTQ+Personen gewählte Politik uns den Halt, die Sicherheit und die Wahlfreiheit entzieht“. Und heute ist dies in Russland tatsächlich der Fall – Diskriminierung und Stigmatisierung von LGBTQ-Personen sind auf ein extrem hohes Niveau gebracht worden.

Wie oben beschrieben, sind an der homo- und transphoben Kampagne Vertreter_innen der höchsten Behörden und aller Zweige: legislativer, exekutiver und judikativer – beteiligt. In einer solchen Situation können LGBTQ-Personen in Russland nicht auf die Abwesenheit von Stigmatisierung und Diskriminierung seitens des Staates zählen.

Die Autor_innen des neuen Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ waren fast alle Abgeordneten der Staatsduma (86 %). Innerhalb einer Woche wurde es vom Föderationsrat als Oberhauses des russischen föderalen Parlaments genehmigt, 5 Tage später von Wladimir Putin unterzeichnet und trat ohne jegliche Übergangsfrist in Kraft: sofort ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung und am Tag der Unterzeichnung.¹⁴⁷

145 Информация по делу № 7-21171/2023. URL: <https://www.mos-gorsud.ru/mgs/services/cases/review-not-yet/details/066cad10-4644-11ee-b80b-ffd51670c2ea?codex=6.21&formType=fullForm> (Abrufdatum: 05.10.2023).

146 Anti-Discrimination Centre, 2023. URL: <https://adcmemorial.org/novosti/doklad-v-ramkah-upo-o-situacii-v-rossii-rasizm-i-diskriminaciya-na-osnovanii-etnicheskoj-prinadlezhnosti-migracionnogo-statusa-i-grazhdanstva/> (Abrufdatum: 05.10.2023).

147 Gesetzentwurf №217472-8. URL: <https://sozd.duma.gov.ru/bill/217472-8> (Abrufdatum: 05.10.2023).

In ihrem ersten Bericht, der am 15.09.2023 veröffentlicht wurde, betonte Mariana Katsarova, die UN-Sonderberichterstatterin für die Situation im Bereich der Menschenrechte in der Russischen Föderation, dass „noch schärfere Gesetze gegen die LGBTIQ+Gemeinschaft seit Februar 2022 verabschiedet wurden, die im Einklang mit den Erklärungen des Präsidenten stehen, dass die Anti-LGBTIQ+ Position ein Eckpfeiler seiner Politik sein würde. Die Gesetzgebung weitete das Verbot der „Gay-Propaganda“ nicht nur auf Minderjährige aus, sondern auch auf jede Handlung, die als Propaganda von „nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen oder Präferenzen“ gilt. Dies wurde vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte verurteilt, der die russischen Gesetzgeber_innen aufforderte, die Anti-LGBTIQ+Gesetzgebung aufzuheben und nicht zu erweitern.“¹⁴⁸

Russland ist zu einem unsicheren Land für LGBTQ-Personen geworden. In Russland sind LGBTQ-Personen ständig mit negativen Erscheinungsformen diskriminierender Rechtsvorschriften und deren Durchsetzung konfrontiert: totale LGBTQ-Zensur online und offline, Fälle von physischer und psychischer Gewalt, Folter, Entführungen, das Fehlen einer wirksamen Ermittlung von Hassverbrechen aufgrund der sexuellen Orientierung und (oder) der Gender-Identität, hohe Geldstrafen für die Verbreitung von Informationen über LGBTQ-Themen, Versuche, Pflege- und Adoptivkinder zu entziehen, Stigmatisierung und Diskriminierung, die zu einer Verschärfung von Problemen der LGBTQ-Gemeinschaft im Lande führen und die LGBTQ-Personen daran hindern, Unterstützung zu erhalten und grundlegende Menschenrechte und Freiheiten zu genießen.

Zehntausende von LGBTQ-Personen sind seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber alle Altersgruppen“ bereits zu Migrant_innen geworden und haben Russland verlassen.

LGBTQ-Personen werden in Russland dafür verfolgt, wer sie sind. In dieser Situation unterstützt der Staat sie nicht nur nicht, sondern nutzt im Gegenteil den Staatsapparat, um sie zu unterdrücken. Die Menschen werden ihrer Grundrechte beraubt, schikaniert und missbraucht. Sie brauchen Hilfe, darunter durch die Bereitstellung von Unterstützungsprogrammen innerhalb Russlands und die Möglichkeit der Ausreise und Legalisierung in sicheren Ländern (z. B. in europäischen Staaten durch die Bereitstellung humanitärer Visa).

Gesetz zum „Verbot der Transition“

„Ich hatte Glück, meine Papiere noch vor der Diskussion über das Verbot der Transition ändern zu können, aber ich kann sehen, wie besorgt und ängstlich junge Trans-Personen sind und wie die Behörden Feindseligkeit gegenüber uns schüren“.

Im Anschluss an das Gesetz zum „Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ initiierten die russischen Behörden in aller Eile ein neues Gesetz. Das Gesetz, das die Anerkennung der Genderidentität von Transgender-Personen in Russland verbietet, wurde im Juli 2023 verabschiedet.

Russland hält sich nach wie vor an die ICD-10, in der Transgenderismus psychopathologisiert wird („Diagnose F 64.0“) und als „Geschlechtsidentitätsstörung“ gilt. Vor der Verabschiedung des Gesetzes war in Russland die Feststellung einer solchen „Diagnose“ durch medizinische Fachleute für alle Transitionsverfahren erforderlich, woraufhin der Staat nach Wahl der Person einen Dokumentenwechsel, eine Hormontherapie und (oder) geschlechtsangleichende Eingriffe zuließ. Die Weltgesundheitsorganisation hatte den Staaten empfohlen, ab dem 1. Januar 2022 zur ICD-11 zu wechseln, die den Transgenderismus depathologisiert. Gleichzeitig sieht ICD-11 ein neues Konzept der „Geschlechtsinkongruenz“ vor, das im Kapitel über Erkrankungen im Zusammenhang mit der sexuellen Gesundheit erscheint. Die ICD-11 ist in Russland noch nicht eingeführt worden.

So berichtete ein an der Umfrage von EQUAL PostOst Teilnehmender beispielsweise über eine gängige Praxis der Einstellung russischer Ärzte gegenüber Transgender-Personen: *„Staatliche Psychiatrie. Ich werde wegen einer schweren depressiven Störung behandelt, aber jeder zweite Arzt hält es für seine Pflicht, mich wegen Transgenderismus zu behandeln“.*

Ab dem 24. Juli 2023 ist die legale Transition in Russland verboten, und die medizinische Transition ist erheblich eingeschränkt. Darüber hinaus wurden Transgender-Personen ihre Familienrechte entzogen. Diese staatlich legalisierte Diskriminierung führte zu einer zunehmenden Stigmatisierung von Transgender-Personen in der russischen Gesellschaft und zur Unfähigkeit, grundlegende Menschenrechte – das Recht auf Würde und Zugang zu medizinischer Versorgung – in Russland auszuüben.

Erstens verbot das Gesetz die legale Transition. Vor der Einführung des Gesetzes konnten sich russische Staatsangehörige einer speziellen medizinischen Kommission unterziehen, die aus einem_einer Psychiater_in, einem_einer klinischen Psycholog_in und einem_einer Sexolog_in bestand. Wenn die Kommission bestätigte, dass „Transsexualismus“ bei einer transsexuellen Person diagnostiziert wurde, erhielt die Person eine Bescheinigung über die Möglichkeit, Änderungen im Geburtseintrag vorzunehmen, d. h. die Geschlechtsangabe von männlich auf weiblich oder umgekehrt zu ändern. Zu diesem Zweck wandte sich die Transperson an das Standesamt, das diese Änderungen vornahm und eine neue Geburtsurkunde ausstellte. Danach beantragte die Transperson einen neuen Pass und konnte danach auch andere Dokumente mit der Geschlechtsmarkierung ändern, wenn sie dies wünschte. Im August 2023 wurden alle derartigen medizinischen Kommissionen in Russland aufgelöst.

Selbstverständlich wirft ein solches Gesetz die Frage der rechtlichen Anerkennung des Geschlechts von Transgender-Personen um 25 Jahre auf die Situation zurück, die zu Beginn des Kampfes für ihre Rechte in Russland aktuell war. Die Tatsache, dass Transgender-Personen ihre Dokumente nicht ändern können, wirkt sich unmittelbar auf ihre psychische Gesundheit aus und kann zu einem Anstieg der Selbstmorde führen. Darüber hinaus führt die Unmöglichkeit, Dokumente zu ändern, in der Praxis zu Ablehnungen bei der Bewerbung um Studien- und Arbeitsstellen (aufgrund der Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Aussehen einer Person und dem Passfoto) zu Problemen bei Dokumentenkontrollen durch die Polizei und staatliche Behörden sowie zu einer Zunahme von Gewalt und Hassreden.

Zweitens verbot das Gesetz medizinische Eingriffe im Rahmen der Transition: „Es ist verboten, medizinische Eingriffe vorzunehmen, einschließlich der Verwendung von Medikamenten, die auf eine Geschlechtsumwandlung abzielen, einschließlich der Entwicklung von primären und (oder) sekundären Geschlechtsmerkmalen eines anderen Geschlechts bei einer Person“. Dies bedeutet ein vollständiges Verbot geschlechtsangleichender Operationen in Russland im Rahmen der Transition sowie das Verbot der Verschreibung von Hormontherapien an Transgender-Personen auf der Grundlage des Transgenderismus. Tatsächlich wurde Trans-Personen durch das Gesetz der Zugang zu medizinischer Versorgung entzogen, was als Verstoß gegen die Verpflichtung der Russischen Föderation gemäß Artikel 7 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte („Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“) angesehen werden kann.

Drittens verbot das Gesetz Trans-Personen, Kinder zu adoptieren oder das Vormundschaftsrecht für sie zu übernehmen.

Viertens sieht das Gesetz im Falle einer Transition eines Ehepartners die automatische Annullierung der vorherigen Ehe vor, d. h. es verweigert Transgender-Personen das Recht auf rechtliche Anerkennung auch von Ehen, die zwischen Menschen unterschiedlichen Genders geschlossen wurden.

Am Vorabend der Verabschiedung des Gesetzes zum „Verbot der Transition“ in Russland teilte einer der an der Umfrage von EQUAL PostOst Teilnehmenden, ein Transgender-Mann, mit:

ANGST

„Ich bin ein T-Mann. Ich habe meine Dokumente geändert. Ich habe große Angst vor den Gesetzen, die man in der Russischen Föderation verabschieden will. Ich habe große Angst, gezwungen zu werden, meine Dokumente wieder auf weiblich zu ändern, gezwungen zu werden, Wehrdienst zu leisten oder in den Krieg zu gehen, gezwungen zu werden, in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen oder strafrechtlich verfolgt zu werden. Ich habe große Angst, dass man mir Operationen und Hormonbehandlungen verbietet. Ich habe noch keine Hormontherapie begonnen, aber das werde ich bald tun. Ich habe die ganze Zeit Angst in diesem Land, ich bin sehr nervös, ich habe viel geweint, als ich von den kommenden Gesetzen gegen Transgender-Staatsangehörigen erfahren habe. Ich habe oft Panikattacken, und die Selbstmordgedanken lassen mich nicht los.... Ich bin zu Tode erschrocken...“

2022-2023 entwickelte sich bereits eine Rechtspraxis in Russland, die auf die Annullierung von Ehen durch Gerichtsbeschluss abzielte – damals gab es noch kein Gesetz „zum Verbot der Transition“. Die Initiator_innen solcher Fälle vor Gericht war immer die Staatsanwaltschaft im Rahmen der Verteidigung des öffentlichen Interesses. Sie erhielt Informationen über die Transition vom Innenministerium der Russischen Föderation (im Rahmen des Verfahrens zum Ersetzen des Passes des Bürgers der Russischen Föderation von einer Transperson aufgrund einer Änderung der Geschlechtsangabe in den Dokumenten) und von der Standesamtsbehörde.

Unter Hinweis auf die Änderung der russischen Verfassung 2020, wonach „der Schutz der Institution der Ehe als Union von Mann und Frau“ in die gemeinsame Zuständigkeit der Russischen Föderation und ihrer Subjekte fällt¹⁴⁹, wurden Ehen von Gerichten annulliert, nachdem ein_e Ehepartner_in die Transition vorgenommen hatte. So annullierte ein Bezirksgericht in der Twer-Region im November 2022 und das zentrale Bezirksgericht der Stadt Tjumen im März 2023 die Ehen mit Transgender-Personen.¹⁵⁰

„Das Gericht hatte nur dann das Recht, eine Ehe für ungültig zu erklären, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Schließung nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprach. Im vorliegenden Fall wurde die Ehe den Unterlagen zufolge ursprünglich zwischen einem Mann und einer Frau geschlossen. Die spätere Transition änderte nichts an der Rechtsnatur der Ehe. Es gibt keine gesetzlich festgelegten Bedingungen für ihre Beendigung auf Initiative des Staates“, meint der Menschenrechtsanwalt Maxim Olenichev¹⁵¹.

149 Artikel 72 der Verfassung der Russischen Föderation.

150 Eine Familie wurde verhindert, gleichgeschlechtlich zu werden. Kommersant, 2023. URL: <https://www.kommersant.ru/doc/5876250> [Abrufdatum: 10.11.2023].

151 Ebenda.

In einem anderen Fall weigerte sich das Standesamt des Bezirks Samara im Dezember 2022, die Geburtsurkunde einer Transgender-Person zu ändern. Es begründete dies damit, dass die zuvor geschlossene Ehe durch die Änderung der Geschlechtsangabe in der Geburtsurkunde zu einer gleichgeschlechtlichen Ehe würde, was nach russischem Recht nicht zulässig sei. Im Juni 2023 wies das Leninskij-Bezirksgericht von Samara die Klage einer Transperson ab, die den Schutz ihrer Rechte beantragte. Im September und Oktober 2023 bestätigte das Regionalgericht Samara diese Gerichtsentscheidung ohne Änderungen.

Am 16. August 2023 haben die UN-Sonderberichterstatterin für die Situation im Bereich der Menschenrechte in der Russischen Föderation Mariana Katsarova, der unabhängige UN-Experte für den Schutz vor Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Gender-Identität Victor Madrigal-Borloz, das berichterstattende Mitglied der Arbeitsgruppe zur Frage der Diskriminierung von Frauen und Mädchen Dorothy Estrada-Tanck¹⁵² auf die Anfrage von EQUAL Post Ost die Verabschiedung des Gesetzes "zum Verbot der Transition" als Verstoß gegen die Verpflichtungen Russlands im Bereich der Menschenrechte verurteilt und gefordert, es aufzuheben.

In ersten Bericht über Russland von Mariana Katsarova¹⁵³, der UN-Sonderberichterstatterin für die Situation im Bereich der Menschenrechte in der Russischen Föderation, der im September 2023 veröffentlicht wurde, gibt es einen besonderen Abschnitt über die „gesetzliche Verfolgung aus Gründen der sexuellen Orientierung und Gender-Identität“. Darin kritisiert sie die in Russland verabschiedeten Gesetze „zum Verbot der Transition“ und zum „Verbot von Gay-Propaganda gegenüber alle Altersgruppen“¹⁵⁴, sie empfahl den Behörden der Russischen Föderation außerdem, „alle notwendigen legislativen und praktischen Maßnahmen zu ergreifen, um Diskriminierung, Stigmatisierung, Hassreden, Gewalt und andere Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Gender-Identität zu verhindern, und Bestimmungen der bestehenden Gesetzgebung in diesem Bereich aufzuheben, die mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen des Staates nicht kompatibel sind“.¹⁵⁵

AUF DIE STRASSE

“Nachdem meine Eltern herausgefunden hatten, dass ich eine transsexuelle Frau bin, wurde ich zum Familienfeind erklärt und auf die Straße gesetzt“.

“ Ich konnte einen Job finden und eine kleine Wohnung mieten, später zog ich mit meiner Freundin in eine andere Stadt, und jetzt bin ich wieder bei meinen Eltern, um mein Studium zu beenden, aber unter sehr harten Bedingungen (nichts Weibliches, man darf nicht einmal eine banale Maniküre machen, ich bekomme Drohungen, dass mir die Finger [von den Eltern] gebrochen werden)“.

¹⁵² Mandates of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Russian Federation; the Independent Expert on protection against violence and discrimination based on sexual orientation and gender identity and the Working Group on discrimination against women and girls. URL: <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gld=28318> (Abrufdatum: 10.11.2023).

¹⁵³ A/HRC/54/54.

¹⁵⁴ A/HRC/54/54, P. 37-41.

¹⁵⁵ A/HRC/54/54, P. 112.

Die Stigmatisierung von Transgender-Personen ist auch in Bildungseinrichtungen weit verbreitet. So berichtete eine an der Umfrage EQUAL-PostOst Teilnehmende wie folgt:

VERWEISEN

“Zum zweiten Mal versuche ich, das Thema einer Forschungsarbeit über T-Personen zu behaupten, während die meisten Betreuer_innen auf das neue Gesetz und darauf verweisen, dass uns allen die Akkreditierung meinetwegen entzogen werden wird”.

In Russland ist eine heimliche Diskriminierung von Transgender-Personen weit verbreitet, wenn ihnen die grundlegenden Rechte aufgrund ihrer Gender-Identität im Rahmen von Gesetzen vorenthalten werden, die es ihnen nicht erlauben, sich in der Gesellschaft zu verwirklichen, und sie zwingen, unter einer Maske zu leben.

ANERKENNUNG DER “INTERNATIONALEN LGBT-BEWEGUNG” ALS EXTREMISTISCHE ORGANISATION, VERBOT DER TÄTIGKEIT IN RUSSLAND

Am 2. November 2023 reichte das Justizministerium der Russischen Föderation eine Klage beim Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation ein. Darin forderte es, die nichtexistierende Organisation “Internationale öffentliche LGBT-Bewegung” als extremistisch anzuerkennen und ihre Tätigkeit in Russland zu verbieten.

Am 17. November wurden auf der Website des Justizministeriums der Russischen Föderation Informationen über die Gründe für diese Entscheidung veröffentlicht: Der Staat war der Ansicht, dass die Tätigkeit der Organisation “verschiedene Anzeichen und Erscheinungsformen einer extremistischen Ausrichtung aufweist, einschließlich der Aufstachelung zu sozialem und religiösem Zwiſt”.

Der Fall war als “geheim” eingestuft und wurde daher in einer geschlossenen Sitzung ohne Beteiligung des Angeklagten verhandelt. Am 30. November erfüllte der Richter des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, Oleg Nefedov, in einer Sitzung die Anforderungen des russischen Justizministeriums in vollem Umfang, indem er die nichtexistierende Organisation “Internationale öffentliche LGBT-Bewegung” und ihre strukturellen Unterabteilungen als extremistisch anerkannte und ihre Tätigkeit in Russland ebenfalls verbot.

Dem Gerichtsurteil zufolge trat die Entscheidung des Gerichts über das Verbot der Tätigkeit der Organisation sofort in Kraft. Der übrige Teil des Beschlusses, der sich auf die Anerkennung der Organisation als extremistisch bezieht, wird in einem von zwei Fällen in Kraft treten:

- einen Monat später, wenn ein_e Verfahrensbeteiligte_r oder eine betroffene Person keinen Rechtsbehelf einlegt oder einen Rechtsbehelf einlegt, der aber vom Gericht nicht angenommen wird,
- wenn der Rechtsbehelf vom Gericht zur Prüfung angenommen wird, dann nach dessen Prüfung durch das Appellationskollegium des Obersten Gerichts der Russischen Föderation.

Da keine Vertreter_innen der Beklagten an der Verhandlung teilgenommen haben, wird der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation eine Kopie des Urteils nur an den Kläger (das russische Justizministerium) schicken und es nicht offiziell veröffentlichen. Für LGBTQ-Aktivist_innen und LGBTQ-Personen bedeutet dies folgende Konsequenzen (gültig ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gerichtsentscheidung):

1. Verbot für das Anzeigen von Symbolen der „extremistischen Organisation“, unter anderem im Internet in zuvor eingestellten Beiträgen. Für einen solchen Verstoß besteht beim ersten Mal eine verwaltungsrechtliche Haftung (Geldstrafe von 1000 bis 2000 Rubel oder Verwaltungsarrest von bis zu 15 Tagen), und beim zweiten Mal (innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Feststellung des ersten Verstoßes) besteht die Möglichkeit einer strafrechtlichen Haftung (Höchststrafe – bis zu 4 Jahren Haft). Das Problem ist, dass Symbole in der Satzung der „extremistischen Organisation“ beschrieben werden sollten. Da es diese Organisation nicht gibt, gibt es auch keine Satzung, auf die man sich stützen könnte. Im zweiten Fall können solche Symbole durch ein Gerichtsurteil festgelegt werden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass der Wortlaut des Urteils (vor allem in der ersten Zeit) verfügbar sein wird, was vermutlich zu einer willkürlichen Durchsetzung führen wird. Nur in den ersten Fällen der Strafverfolgung wird sich zeigen, was genau die Behörden als Symbole der extremistischen Organisation betrachtet haben, ob z. B. eine Regenbogenfahne als extremistische Symbole angesehen wird.
2. Verbot der Beteiligung an der Tätigkeit der Organisation. Obwohl das Gericht über die konkrete Organisation „Internationale öffentliche LGBT-Bewegung“ entschied, wurde die Existenz ihrer „strukturellen Unterabteilungen“ während der geschlossenen Verhandlung festgestellt. Da der Text der Gerichtsentscheidung nicht vorliegt, ist nicht bekannt, welche unabhängigen LGBTQ-Initiativen das Gericht als Teil der „extremistischen Organisation“ betrachtete. Bei fortgesetzter Beteiligung an Aktivitäten verschiedener Initiativen können LGBTQ-Personen und ihre Unterstützer_innen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden (Höchststrafe – bis zu 6 Jahren Haft, in einigen Fällen – bis zu 12 Jahren). Eine strafrechtliche Verfolgung der Teilnahme an solchen Aktivitäten ist nach dem Inkrafttreten des Gerichtsurteils möglich.
3. Verbot für die Organisation der Tätigkeit der „extremistischen Organisation“. Organisator_innen von Veranstaltungen und Koordinator_innen von LGBTQ-Initiativen in Russland können sofort strafrechtlich verfolgt werden (Höchststrafe – bis zu 10 Jahren Haft, in einigen Fällen – bis zu 12 Jahren).
4. Einbeziehung in die Tätigkeit der „extremistischen Organisation“. Unter diesem Verbot versteht der Staat solche Formen von Aktivitäten wie Überredung, Bitten, Vorschläge (einschließlich solcher, die durch die Platzierung von Materialien in verschiedenen Medien und die Verbreitung über Informations- und Telekommunikationsnetze erfolgen). Im Grunde genommen ist es verboten, mit Unterstützer_innen von LGBTQ-Initiativen zusammenzuarbeiten. Die Höchststrafe für eine solche Straftat beträgt 8 Jahre Haft.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation macht es LGBTQ-Initiativen unmöglich, offen für die Rechte von LGBTQ-Personen in Russland einzutreten, weil ihre Teilnehmer_innen und Organisator_innen einem Risiko ausgesetzt sind, verwaltungs- und strafrechtlich belangt zu werden.

Derzeit sind mehrere LGBTQ-Initiativen in Russland weiterhin aktiv und suchen nach neuen Formen der Unterstützung für LGBTQ-Personen im Land, damit sie mit dem homo- und transphoben staatlichen Druck nicht allein gelassen werden. Einige LGBTQ-Aktivist_innen und Teams von LGBTQ-Initiativen haben Russland aus Angst vor Strafverfolgung verlassen.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation ist ein weiterer Schritt in der homo- und transphoben Kampagne des Staates nach der Verabschiedung des Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ und des Gesetzes „zum Verbot der Transition“. Es verbietet den organisierten Kampf für die Bürgerrechte von LGBTQ-Personen in Russland und die Unterstützung für solche Tätigkeiten.

UMFRAGEERGEBNISSE:

DISKRIMINIERUNG, BEDÜRFNISSE UND VERÄNDERUNGEN NACH DEM BEGINN DER KRIEGSINVASION UND DEM NEUEN GESETZ "ÜBER PROPAGANDA"

Die Online-Befragung von LGBTQ-Personen wurde zwischen Mai und Juli 2023 durchgeführt. Der Fragebogen wurde über soziale Medien und Kanäle von EQUAL PostOst und Partnerorganisationen in Russland sowie über berufliche und persönliche Kontakte von Mitgliedern der Gemeinschaft verteilt.

Der Fragebogen wurde 3735 Male ausgefüllt: er wurde von über 8700 Nutzer_innen gesehen, von denen 6700 mit dem Ausfüllen des Fragebogens begannen, es aber vor dem Ende abbrachen (55,5% drop rate). Die Befragten brauchten durchschnittlich 35 Minuten für das Ausfüllen des Fragebogens. Die Autor_innen des vorliegenden Berichts möchten sich noch einmal bei denjenigen bedanken, die ihre Zeit und Mühe in das Ausfüllen des Fragebogens investiert und ihre Erfahrungen, Emotionen und persönlichen Geschichten mitgeteilt haben.

Die Studie wurde auf der Grundlage einer konventionellen Stichprobe durchgeführt, so dass ihre Ergebnisse keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben, aber sie geben einen Einblick in die Situation von LGBTQ-Personen sowohl in Russland als auch in der Emigration.

Nach Bereinigung der Daten um fehlerhafte Angaben, verdächtige Fälle und ausgelassene Antworten auf die Filterfragen umfasste der Datensatz insgesamt 3.591 Fälle. Darunter befinden sich 3.095 Personen mit ständigem Wohnsitz in Russland und weitere 496 Personen, die vor oder nach dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ausgereist sind.

In diesem Kapitel werden die Hauptergebnisse der Umfrage zusammengefasst. Die Situation der Befragten, die in Russland geblieben sind, und derjenigen, die das Land verlassen haben, wird getrennt erörtert: ihre Bedürfnisse, Diskriminierungsfälle und Reaktionen auf Gesetzesänderungen in Russland werden beschrieben.

DISKRIMINIERUNG, PROBLEME UND BEDÜRFNISSE VON LGBTQ-PERSONEN DIE IN RUSSLAND LEBEN

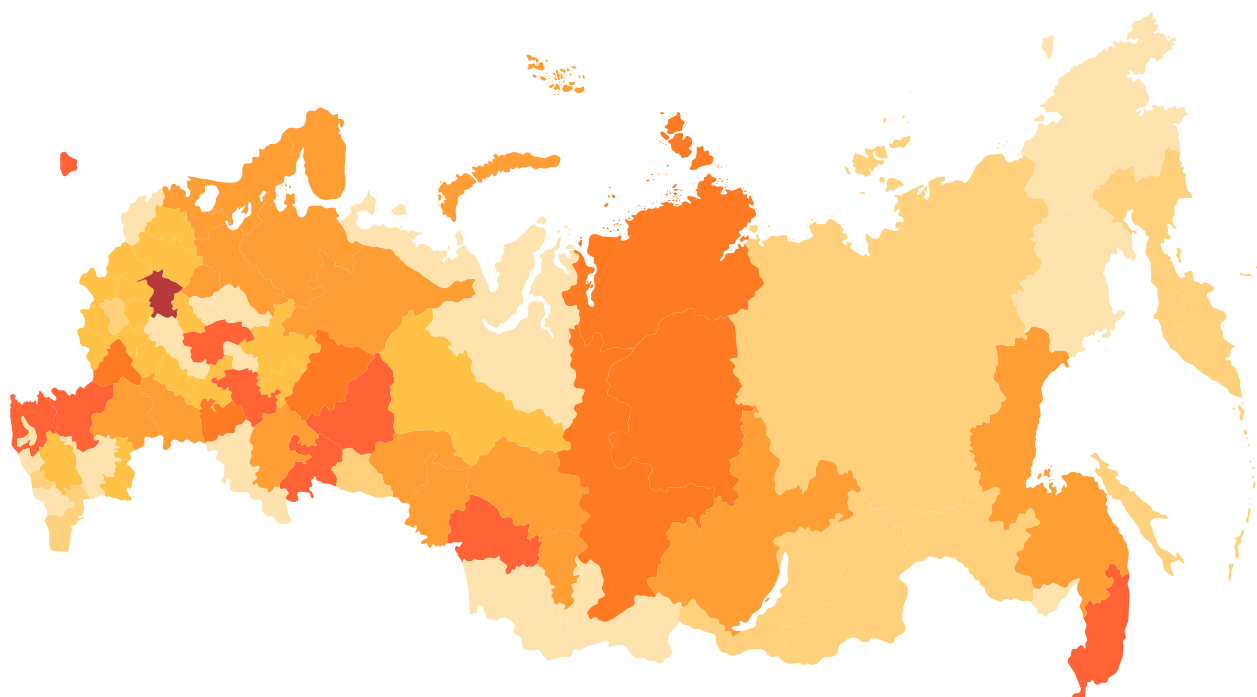
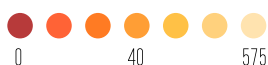
An der Studie nahmen erwachsene, in Russland lebende Befragte teil: ihr Alter variiert zwischen 18 und 59 Jahren, mit einem Durchschnittsalter von 25,6 Jahren und einem Medianalter von 23 Jahren. Der Mehrheit der Befragten (71,3 %) wurde bei Geburt das weibliche Geschlecht zugewiesen, während 28,7 % bei Geburt das männliche Geschlecht zugewiesen wurde.

Die Verteilung der Befragten nach Gender-Selbstidentifikation stellt sich wie folgt dar:

- 32,5% der Befragten identifizieren sich als Männer,
- 47,2% identifizieren sich als Frauen,
- 17,6% identifizieren sich als nicht-binäre Personen,
- 2,7% der Befragten antworteten auf die Frage nach der Gender-Identität mit „divers“ (vor allem haben Agender-Personen, Intersex-Personen und genderfluide Personen dieser Kategorie gehört).

Von den Studienteilnehmenden waren 30, % Transgender-Personen, 66,2% – Cis-Gender-Personen und weitere 3,7% gaben „divers“ an, was möglich ist, wenn das Geschlecht als ein Kontinuum betrachtet wird.

Die geografische Ausdehnung der Studie ist groß: der Fragebogen wurde in 79 von 84 Subjekten der Russischen Föderation (94 % aller Subjekte der Russischen Föderation) innerhalb der Grenzen ausgefüllt, die vor 2014 bestanden und von der internationalen Gemeinschaft anerkannt wurden (s. Karte). Eine erhebliche Anzahl der Befragten lebt in Moskau (575 Personen, 18,6%), der Moskau-Region (479 Personen, 15,5%) und St. Petersburg (500 Personen, 16,2 %). Diese Verschiebung ist zu einem großen Teil sowohl auf die Verteilungsstrategien für die Fragebögen als auch auf die Konzentration der Bevölkerung in diesen dicht besiedelten Regionen des Landes zurückzuführen. Die durchschnittliche Anzahl der ausgefüllten Fragebögen in einer Region der Russischen Föderation beträgt 39,2; der Median liegt bei 11.



SOZIODEMOGRAPHISCHES BILD

Die Befragten zeichnen sich durch ein hohes Bildungsniveau aus: 6,9% der Stichprobe haben einen akademischen Titel (Master, Kandidat oder Doktor der Wissenschaften), 32,2% haben eine Hochschulausbildung (Spezialist oder Bachelor), 20,9% haben eine unvollständige Hochschulausbildung, 14,8% haben eine mittlere Berufs-/Spezialausbildung, 1% – eine berufliche Grundausbildung, 17,5 % haben 11 Schulklassen und 5,2 % – 9 Klassen abgeschlossen. In der Kategorie „Sonstiges“ (1,5%) gaben die Befragten bei der Beantwortung der Frage nach dem Bildungsniveau an, dass sie eine Ausbildung / ein Studium machen.

Auf die Frage, ob sie eine feste bezahlte Arbeitsstelle haben, antworteten 43,9% der Befragten mit „Nein“ und 49,4% mit „Ja“ (weitere 6,8 % antworteten mit „Sonstiges“ und beschrieben ihre Beschäftigung als befristet, freiberuflich oder als Hausfrau/Hausmann). Die Umfrageteilnehmenden, die eine feste Arbeitsstelle haben, sind in einer Vielzahl von Bereichen beschäftigt:

12,6%

im Bereich von IT und Computertechnologien

10,4%

im Bereich Bildung, Sprachunterricht und Übersetzung

9,7%

im Dienstleistungsbereich (Kosmetologie, Schönheitspflege, Sport u.a.)

9,6%

im Einzelhandel

8,7%

im medizinischen Bereich (einschließlich Psychotherapie und psychologische Beratung)

8,5%

in Medien, Journalismus und Telekommunikation

6,9%

in Kultureinrichtungen und kunstbezogenen Projekten

6,7%

in Industrie und Bauwesen

6,6%

arbeiten mit Lebensmitteln und im Gaststättengewerbe

3,2%

gaben an, dass sie nicht arbeiten (obwohl sie die vorherige Frage nach einer Festanstellung positiv beantwortet hatten)

auch im Wirtschaftsbereich (3,8%), bei wissenschaftlichen Einrichtungen und im Bereich Forschung (2,7%), in öffentlichen und wohltätigen Organisationen (2,1%), in Führungspositionen (2,1%), in der Rechtswissenschaft (1,3%), im öffentlichen Dienst (1,2%), in der freiberuflichen Tätigkeit (1,6%), in landwirtschaftlichen Unternehmen (0,3%)

0,2%

der Befragten gaben Teilzeit- und Befristungsarbeit als Beschäftigung an

1,7%

hatten Schwierigkeiten, ihre Arbeit in irgendeinem Bereich einzuordnen

Um ihre finanzielle Situation und ihren finanziellen Status möglichst genau zu beschreiben, ordneten sich die Befragten in eine der folgenden Kategorien ein:

13,2%

„ich lebe sehr sparsam und habe nur genug Geld für Lebensmittel“

29,5%

„ich habe genug Geld für tägliche Ausgaben, aber der Kauf von Kleidung ist schon schwierig“

29,3%

„ich habe genug Geld für Essen und Kleidung, aber ich kann mir keine Haushaltsgeräte leisten, ohne im Voraus zu sparen / Geld zu leihen“

19,6%

„bei Bedarf kann ich mir Haushaltsgeräte kaufen, ohne mir Geld zu leihen, aber ein Auto ist für mich ein Luxus“

1,7%

„ich kann mir vieles leisten, zum Beispiel ein Auto kaufen oder einen teuren Urlaub machen“

0,1%

„Ich habe keine finanziellen Schwierigkeiten, bei Bedarf kann ich eine Wohnung oder ein Haus kaufen“

6,6%

fanden es schwierig, die Frage nach der finanziellen Situation zu

Die Antworten auf die Frage nach den Veränderungen der wirtschaftlichen Lage im letzten Jahr verteilten sich wie folgt: für 1,8% der Befragten verbesserte sich die Lage deutlich, für 11,5% verbesserte sie sich und für 23,7% blieb sie unverändert. Bei 34,9% der Befragten verschlechterte sich die Situation im vergangenen Jahr, bei 8,4% sogar erheblich. Weitere 19,7% der Befragten konnten diese Frage nicht beantworten. Die finanzielle Situation der Befragten lässt sich auch daran ablesen, wo und unter welchen Bedingungen sie leben: 27,1% der Befragten leben in einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus, 28,2% leben in einer Mietwohnung, 38,6% leben bei Freunden und/oder Verwandten. 45 Befragte (1,5%) haben keinen festen Wohnsitz und weitere 4,6% hatten Schwierigkeiten, ihre Wohnsituation zu beschreiben.

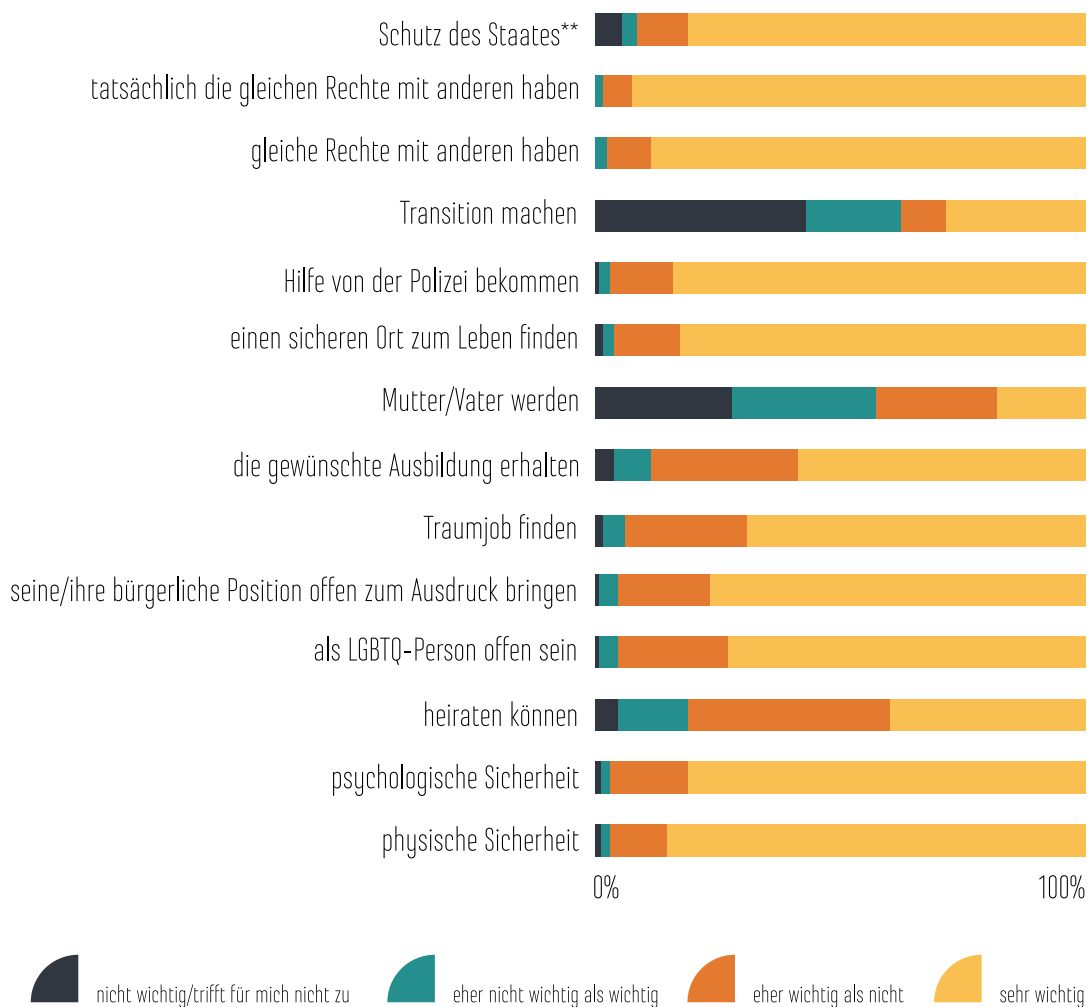
Von den Befragten sind nur 10,4% zivilgesellschaftlich aktiv (Mitglieder von Non-Profit Organisationen und/oder zivilgesellschaftlichen Initiativen). Die Autor_innen der Umfrage fragten nicht nach dem offiziellen Familienstand, aber danach, ob die Befragten einen festen Partner / eine feste Partnerin haben. 47,3% der Befragten leben in einer festen Beziehung, während 49,1% der Befragten angaben, keinen festen Partner / keine feste Partnerin zu haben. Weitere 3,7% der Antworten gehörten zur Kategorie „Sonstiges“.¹⁵⁶ 4,4% der Befragten haben minderjährige Kinder.

¹⁵⁶ Zu den häufigsten Antworten gehörten „alles ist kompliziert“ oder Beschreibungen von aktuellen Trennungssituationen. Darüber hinaus gab es Beschreibungen von polyamoren Partnerschaften, Fernbeziehungen und anderen Formen von Beziehungen. Die Antworten auf diese Frage gaben Anlass zum Nachdenken darüber, wie die Frage nach der Familienstruktur, dem Wohnort und den Beziehungen in künftigen Untersuchungen besser formuliert werden könnte, um sicherzustellen, dass die Situationen einer möglichst großen Anzahl von Informanten in den Analysen berücksichtigt werden.

BEDÜRFNISSE

Einer der Abschnitte des Fragebogens war den Bedürfnissen von LGBTQ-Personen gewidmet. Die Autor_innen der Studie fragten, welche der aufgelisteten Phänomene und Bedürfnisse den Befragten in ihrem Leben am wichtigsten zu sein scheinen. Das „Ranking“ der Wichtigkeit von Bedürfnissen sieht folgendermaßen aus:

Grad der Wichtigkeit unterschiedlicher Bedürfnisse für die befragten LGBTQ-Personen



So hielten die Umfrageteilnehmenden folgende Bedürfnisse für wichtig (nach Priorität geordnet: zuerst – sehr wichtig, dann – weniger wichtig):



Die Befriedigung einiger dieser Bedürfnisse ist in Russland nach geltender Gesetzgebung nicht möglich.

DISKRIMINIERUNG, BELÄSTIGUNG UND RISIKOVERMEIDUNG

In Wahrnehmung der Befragten sind in Russland verschiedene Praktiken weit verbreitet, die zweifelsohne als diskriminierend bezeichnet werden können.

So wird beleidigende Sprache gegenüber LGBTQ-Personen von 85,1% der Befragten als gängige Norm angesehen (weitere 12,4% gaben an, dass Beleidigungen relativ häufig vorkommen). Laut 57,4% der Befragten sind Witze und Anekdoten über LGBTQ-Personen im Alltag weit verbreitet (weitere 30,1% sagten, solche Witze seien relativ häufig). Nach Ansicht von 66,7% der Befragten ist die öffentliche Äußerung von Hass gegenüber LGBTQ-Personen weit verbreitet und nach Ansicht von weiteren 27,5% relativ häufig. Übergriffe, körperliche Gewalt gegen LGBTQ-Personen und Belästigung im Zusammenhang mit sexueller Orientierung oder Gender-Identität wurden nur von 8,6% als selten angesehen (41,8% gaben an, dass Gewalt gegen LGBTQ-Personen „relativ häufig“ sei und weitere 44,2% nannten sie ein häufiges Phänomen). Die Verbreitung negativer Informationen über LGBTQ-Personen und queere Identitäten, die sich negativ auf die Wahrnehmung von Queerness selbst auswirken können, wurde von 66,2% der Menschen als häufig angesehen (weitere 18,8% betrachteten das Vorhandensein und die Verbreitung verunglimpfender Informationen als „relativ häufig“).

Den Studienteilnehmenden zufolge sind in Russland alle wesentlichen Formen der Diskriminierung verbreitet. Menschen werden aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und Herkunft (79,6% der Befragten stimmten dieser Aussage zu), aufgrund ihres Geschlechts (81,1%), ihrer Gender-Identität (90,2%) und ihrer sexuellen Orientierung (96,2%) diskriminiert.

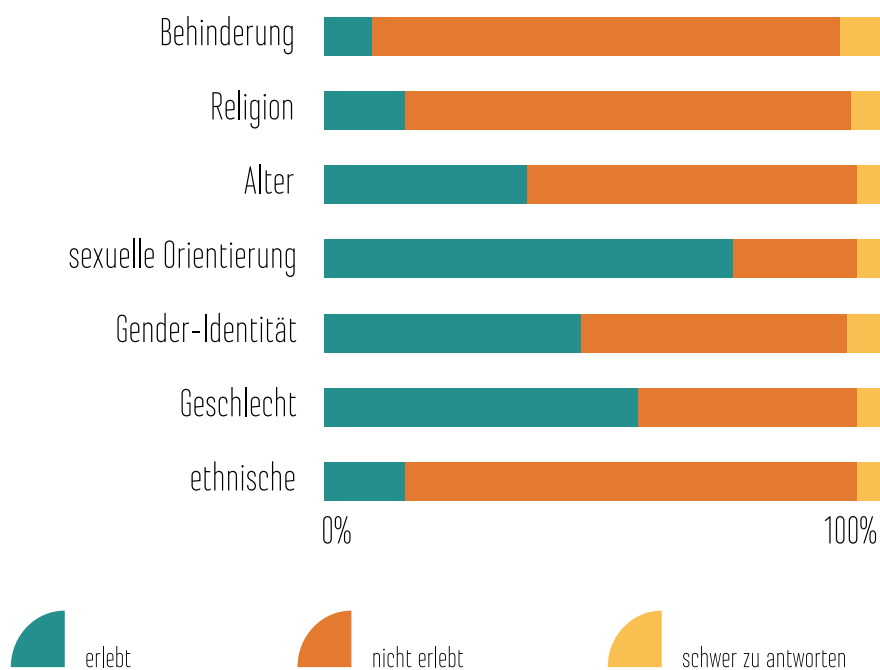
¹⁵⁷ 30,1% der Befragten, die an der Umfrage teilgenommen haben, sind Transgender-Personen. Die Autor_innen der Umfrage stellten nicht die Frage, ob bei Umfrageteilnehmenden, die sich als Transgender-Personen identifizierten, ihre Dokumente geändert wurden oder ob sie ihre Transition als abgeschlossen betrachteten. Daher ist die Platzierung dieses Bedarfs im „Ranking der Wichtigkeit von Bedürfnissen der LGBTQ-Personen“ auf Platz 13 bedingt und spiegelt nicht den tatsächlichen Wunsch von Transgender-Personen wider, die Notwendigkeit einer Transition zu erkennen, weil diese Frage aufgrund der Einschränkungen der Umfrage im Rahmen der Studie nicht untersucht wurde. Die Autor_innen der Umfrage geben zu, dass die Notwendigkeit einer Transition hoch sein und die ersten Zeilen des „Diagramms der Wichtigkeit von Bedürfnissen der LGBTQ-Personen“ belegen könnte. Dies wird indirekt dadurch belegt, dass 28% aller Umfrageteilnehmenden einen solchen Bedarf angaben.

Der Fragebogen beinhaltete die Frage, ob Diskriminierung aufgrund des Glaubens und der Religion einer Person selten oder häufig vorkommt: 30% der Befragten gaben an, dass diese Form der Diskriminierung häufig vorkommt, und 55,4% gaben an, dass sie äußerst selten vorkommt. Laut 54,1% der Befragten ist Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen weit verbreitet. Laut 30,2% der Befragten könnten Menschen in Russland aufgrund ihres Alters diskriminiert werden.

Da Diskriminierung im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung als das häufigste Phänomen gilt, wurde geklärt, welche Gruppen nach Meinung der Befragten am anfälligsten für Diskriminierung aus diesem Grund sind. Der Umfrage zufolge sind homosexuelle Männer die am stärksten diskriminierte Gruppe (97,6% der Befragten sind dieser Meinung); Diskriminierung von Transgender-Personen ist weit verbreitet (76,5% der Befragten antworteten so); geringer als bei anderen Gruppen, aber immer noch hoch, ist das Diskriminierungsrisiko für homosexuelle Frauen (67,5% der Befragten) und für bisexuelle Menschen (56,6%).

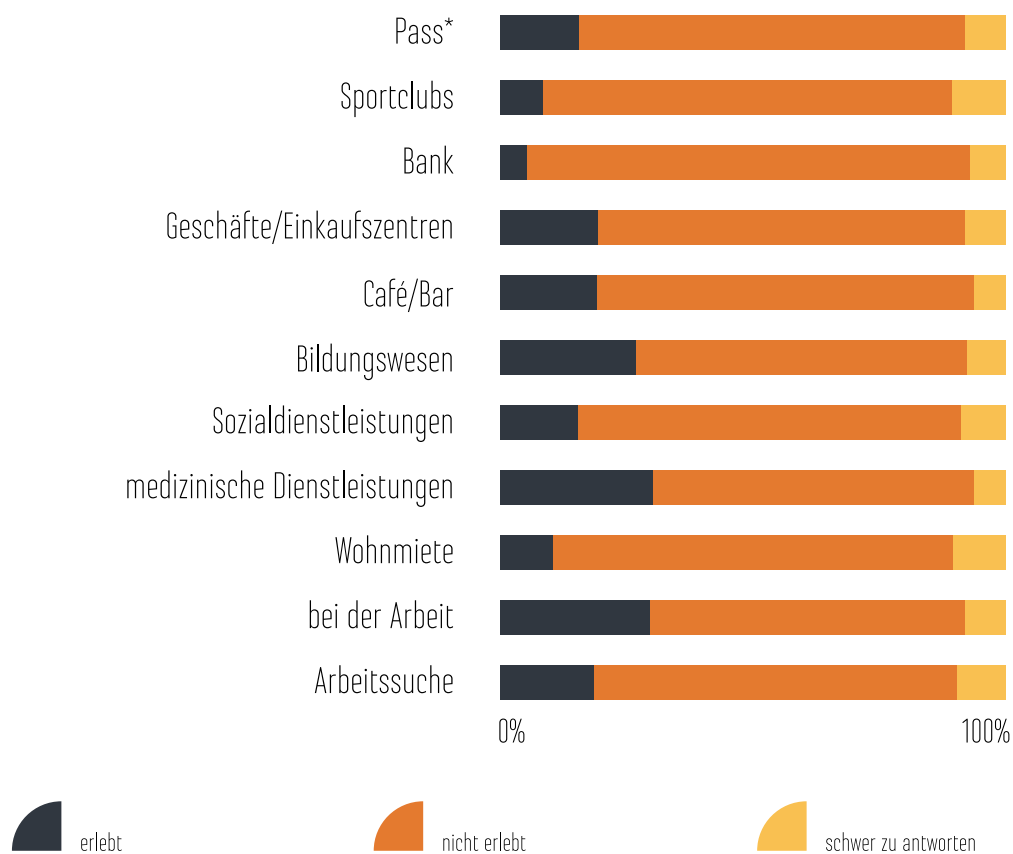
Die Befragten antworteten auch, welche der oben genannten Arten von Diskriminierung sie in den letzten 12 Monaten ihres Aufenthalts in Russland persönlich erlebt hatten:

Persönliche Erfahrung mit Diskriminierung von LGBTQ-Personen in den letzten 12 Monaten, bezogen auf einen der folgenden Gründe



Es ist wichtig zu verstehen, in welchen Umständen oder sozialen Situationen die Studienteilnehmenden Diskriminierung erlebt haben. Die überwiegende Mehrheit (93,6% oder 2898 Personen) erlebte Diskriminierung in mindestens einer der aufgeführten Situationen und nur 6,4% (197 Personen) der Befragten wurden in den letzten 12 Monaten an keinem der aufgeführten Orte diskriminiert:

In den letzten Monaten haben die Befragten persönlich in folgenden Situationen und an folgenden Orten Diskriminierung erlebt:



In mehr als der Hälfte der Fälle (55,8% der Befragten) berichteten die Menschen, die Diskriminierung erlebt hatten, nirgendwo, was ihnen widerfahren war. Zu den Gründen, warum Studienteilnehmende, die Diskriminierung erlebt haben, diese nicht gemeldet hatten, gehörten:

- Unwilligkeit, über ihre eigene Sexualität oder Gender-Identität zu sprechen (29,7%),
- mangelndes Vertrauen, dass die Beschwerde ernst genommen wird (27,5%),
- mangelnder Glaube an die Möglichkeit einer Veränderung (31,8%),
- Mangel an Informationen darüber, wohin man sich wenden soll (16,7%),
- kein Sinn, etwas zu melden, was ständig passiert (14,8%),
- Unwilligkeit, sich weiteren Problemen zu stellen (14,5%),
- Mangel an Zeit und Lust (9,6%),
- das Erleben von Angst (7,1%),
- weitere 10,6% der Befragten gaben an, dass sie die Tatsache(n) der Diskriminierung niemandem gemeldet hatten, weil sie alleine und/oder mit der Hilfe von Freunden und Familienmitgliedern damit zurechtgekommen waren, und weitere 8,4% gaben an, dass sie zu verärgert und deprimiert waren, sich zu beschweren.

DISKRIMINIERUNG AM ARBEITSPLATZ

Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder der Gender-Identität ist am Arbeitsplatz und im beruflichen Umfeld weit verbreitet.

Von den in Russland lebenden Umfrageteilnehmer_innen waren mehr als zwei Drittel (73,9%) in den letzten fünf Jahren ständig einer bezahlten Arbeit nachgegangen. Daher wurde den Befragten eine Reihe von Fragen zu Interaktionen im beruflichen Bereich und im Team gestellt. 46,9% der Befragten sprachen gegenüber Kollegen nie und 33,5 % selten offen über ihre Gender-Identität und/oder sexuelle Orientierung. Auf die Frage, ob sie ihre Identität im beruflichen Umfeld bewusst verbergen müssten, antworteten 41,2% mit „immer“ und weitere 31% mit „häufig“. 29,7% der Befragten erhielten direkte negative Kommentare zu ihrer Arbeit und im Zusammenhang mit ihrer Identität (18,9% – selten, 7,9% – oft, 3% – immer).

Um die Toxizität/Homophobie/Transphobie beruflicher Beziehungen einzuschätzen, wurde die Frage gestellt, ob Informanten negative Kommentare über andere Menschen und deren Arbeit gehört hatten, weil diese als LGBTQ-Personen wahrgenommen wurden: solche Kommentare sind 51,7% der Befragten bekannt. 24,6% hörten sie selten, 20,4% – oft und 6,7% – immer).

Im Allgemeinen sind homophobe/transphobe Atmosphäre oder negative Einstellungen gegenüber LGBTQ-Personen in beruflichen Beziehungen weit verbreitet. Die Antworten auf die Frage nach der Erfahrung mit Vorurteilen gegenüber LGBTQ-Personen im Team verteilten sich wie folgt: 21% antworteten mit „immer“, 35,2% mit „oft“, 23,5% mit „selten“ und 17,4 % mit „nie“.

Gender-Identität und/oder sexuelle Orientierung wurden für 31,2% der Befragten zur Grundlage für eine Ungleichbehandlung durch den_die Chef_in oder Arbeitgeber_in (für 16,8% – selten, für 9,7% – oft, für 4,7% – immer).

DISKRIMINIERUNG BEIM ERHALT MEDIZINISCHER LEISTUNGEN

Gesundheitseinrichtungen werden traditionell zu einem anderen Ort und einer weiteren sozialen Interaktionssituation, in der die Befragten häufiger als in anderen Kontexten Diskriminierung, Respektlosigkeit und unfaire Behandlung erleben. Transgender-Personen sind in diesem Zusammenhang eine besonders gefährdete Gruppe.

Unter den Studienteilnehmenden:

41,5%

verspürten unangemessene Neugier
(50,1% bei Transgender-Personen)

27,1%

erlebten, dass ihre Bedürfnisse ignoriert wurden
(34,8% bei Transgender-Personen)

23,8%

mussten aus Angst vor Diskriminierung und Respektlosigkeit seitens des medizinischen Personals die Behandlung und/oder medizinische Versorgung vollständig abbrechen
(35,7% bei Transgender-Personen)

22,78%

waren aufgrund negativer Reaktionen auf ihre Gender-Identität und/oder sexuelle Orientierung gezwungen, den_die Facharzt_in zu wechseln (30,7% bei Transgender-Befragten)

17,9%

hatten Schwierigkeiten beim Zugang zu Gesundheitsdiensten
(27,1% bei Transgender-Personen)

12,1%

erlebten Druck oder Zwang, sich medizinischen und/oder psychologischen Tests zu unterziehen
(18,3% bei Transgender-Personen)

VERMEIDUNG VON RISIKEN

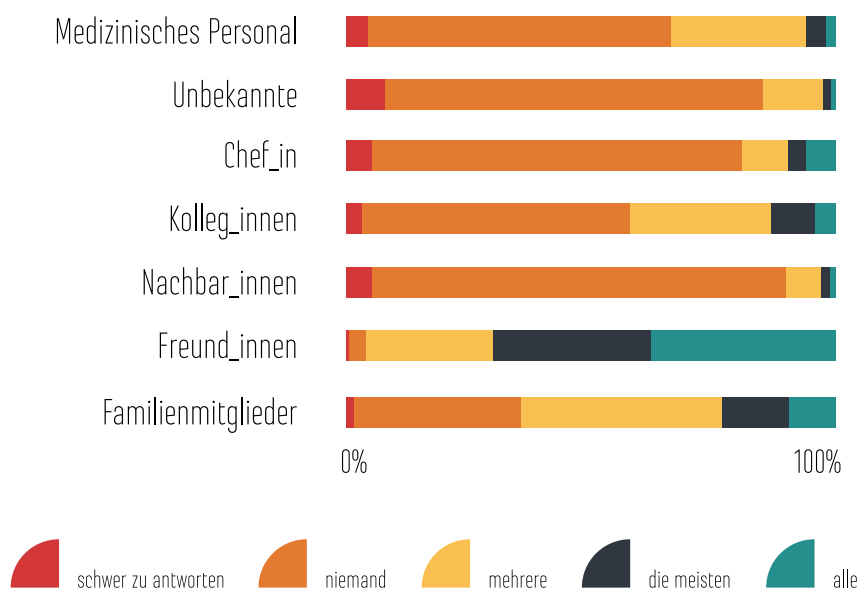
Das Erleben der Diskriminierungserfahrung führt zwangsläufig zur Vermeidung von Risiken und Situationen, in denen sich diese Erfahrung wiederholen könnte. Die Hälfte der Umfrageteilnehmenden vermeidet es, mit ihrem_ihrer Partner_in Händchen zu halten, aus Angst, angegriffen zu werden. 73,8 % der Befragten meiden bestimmte Orte und Lokationen, an denen sie ihrer Meinung nach einem hohen Maß an homophober und transphober Gewalt ausgesetzt sein können. Die Autor_innen dieser Studie versuchten, Orte und Kontexte zu bewerten, in denen die Studienteilnehmenden es fürchten, sich als LGBTQ-Personen zu outen, aus Angst, angegriffen, bedroht oder belästigt zu werden.:

- 60,1% meiden die Offenheit im öffentlichen Verkehr,
- 57,4% in öffentlichen Räumen, Gebäuden, Diensten,
- 51,8% in öffentlichen Räumen (Straßen, Parkplätze) und 37,1% in Parks,
- 42,1% in Cafés, Bars, Restaurants und Clubs,
- 37,7% in der Schule / an der Universität, im Kontext anderer Bildungseinrichtungen,
- 36,5% in Sporteinrichtungen,
- 29% Studienteilnehmende reden auch zu Hause nicht über sich,
- 7% unter Freund_innen.

OFFENHEIT

Risikovermeidung steht in direktem Zusammenhang mit dem Grad der Offenheit über seine_ihre Identität und sexuelle Orientierung, zu der LGBTQ-Personen aus Angst vor Gegenreaktionen, Drohungen, Belästigung und körperlicher Gewalt bereit sind. Die Autor_innen der Studie bewerteten, wie offen die Studienteilnehmenden gegenüber Vertreter_innen verschiedener sozialer Kreise waren – Familienmitglieder, Freund_innen, Nachbar_innen, Kolleg_innen usw. – und kamen zu folgenden Ergebnissen:

Wie viele Leute in Ihrem Umfeld wissen von Ihrer Gender-Identität/sexuellen Orientierung?



BELÄSTIGUNG

Von den in Russland lebenden Informant_innen erlebten 1219 Personen (39,4% der Befragten) in den letzten fünf Jahren Belästigungen zu Hause oder an öffentlichen Orten. Belästigung und Gewalt wurden mit den folgenden Aktivitäten, Institutionen oder Personen in Verbindung gebracht:

54,7%

wurden psychischer Gewalt ausgesetzt

39,4%

wurden mit körperlicher Gewalt bedroht

17,8%

erlebten wirtschaftliche Gewalt durch ihre Eltern im Zusammenhang mit ihrer Gender-Identität und/oder sexuellen Orientierung

17,5%

erlebten homophobe und transphobe Gewalt durch Personen, die nicht mit den Behörden in Verbindung stehen

10,3%

erlebten eine Weigerung, sich auf ein Forschungsthema im Zusammenhang mit der LGBTQ-Agenda zu einigen

9,7%

wegen ihres Antikriegsaktivismus

9,5%

¹⁵⁸erlebten einen Versuch der Vormundschaftsbehörden, ihre Kinder zu entfernen und/oder ihnen die elterlichen Rechte ganz oder teilweise zu entziehen

7,1%

wurden aufgrund ihres bürgerschaftlichen Engagements von Behörden und Polizei verfolgt

8,9%

erlebten Entlassung oder Zwangsentlassung

5,7%

wurden Löhne verweigert

3,7%

wurden zu einer Konversionstherapie gezwungen

3,6%

erlebten Gewalt seitens der Polizei, der Beamten oder anderer Regierungsvertreter_innen

3,5%

seitens des Partners / der Partnerin

3,2%

erlebten Ausschluss aus einer Bildungseinrichtung

GROSS ANGELEGTER ANGRIFFSKRIEG RUSSLANDS GEGEN DIE UKRAINE

LEBENSVERÄNDERUNGEN UND SCHWIERIGKEITEN

Der Krieg beeinflusste maßgeblich alle Aspekte des Lebens von Informant_innen: 90,1% bestätigen dies durch die Beantwortung der Umfragefrage (die Ereignisse vom 24. Februar 2022 veränderten definitiv das Leben von 66,4% der Befragten; 23,7 % beantworteten diese Frage mit „eher Ja“). Denjenigen, die Lebensveränderungen bemerkten, wurde die Frage gestellt, wie genau sich die folgenden Parameter verbesserten oder verschlechterten:

- **o** empfindung der sicherheit im morgigen tag verringerte sich für 97,6% (für 91% sinken und für 6,6% sinken schneller);
- **o** empfindung der sicherheit sinken für 97,4% (für 88,7% verschlechtert und für 9% sinken schneller verschlechtert);
- **o** zustand der ruhe sinken für 96,9% (86,8% fühlen sich schlechter, 10,2% — schneller schlechter).
- **o** psychologische zustand verschlechtert bei 95% der befragten (verschlechtert für 76,4% und schneller verschlechtert für 18,6%);
- **o** offenheit als lgbtk-persona sinken für 90,7% (wurden mehr geschlossen 78,9%, schneller wurden mehr geschlossen noch 11,8%);
- **o** beziehung mit freunden und verwandten änderte sich für 77,9% der befragten (bei 26,6% wurden sie verschlechtert, bei 35,8% schneller verschlechtert, bei 12,9% schneller verbessert und bei 2,6% verbessert);
- **o** physischer zustand verschlechtert bei 71% der befragten (für 40% verschlechtert und für 31% schneller verschlechtert);
- **o** wirtschaftliche situation verschlechtert für 69,8% der befragten (verschlechtert für 33,2% und schneller verschlechtert für 36,6%).

Um die Veränderungen im Leben der Studienteilnehmenden¹⁵⁹ besser zu verstehen, kann man sich einer Analyse der offenen Frage zu den Schwierigkeiten, die Leute seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erlebt haben.

BEDEUTUNGSLOS

"Das Schwierigste ist der psychische Zustand. Es gibt keine Kraft, das Leben ist irgendwie schwarz und bedeutungslos. Aus diesem Grund fehlt die Kraft, für einen besseren materiellen und körperlichen Zustand zu kämpfen. Ich habe in einem Jahr aufgrund von Armut und Angst 7 kg abgenommen. Jetzt mache ich mir auch Sorgen, dass der Rest der Welt uns Russen hasst. In Russland wird man wegen als LGBT gehasst, in der Welt – wegen des Krieges..."

Die Befragten berichten von folgenden Schwierigkeiten:

- Einengung des sozialen Kreises und Abkühlung oder Abbruch sozialer Bindungen, Unfähigkeit, Kontakte aufrechtzuerhalten, eine gemeinsame Sprache mit Freund_innen und Familienmitgliedern zu finden, Vertrauensprobleme; der Zusammenbruch der sozialen Bindungen hängt für viele mit ihrer Antikriegsposition zusammen, die von Familienangehörigen nicht geteilt wird, oder mit dem Weggang von Freund_innen und Bekannt_innen und der Unfähigkeit, Kontakte auf Distanz effektiv aufrechtzuerhalten:

"Es ist schwierig, mit älteren Verwandten zu kommunizieren, sie verstehen meine Antikriegsposition nicht. Ja, mit Fremden ist es auch schwierig, weil man anfängt, Wörter zu filtern, was man sagen und was man nicht sagen darf".

- finanzielle Probleme: Verlust der Arbeitsstelle und/oder Zwangsentlassung; Unfähigkeit, einen Kredit aufzunehmen, hohe Lebenshaltungskosten; Armut; die Verschlechterung der finanziellen Situation der Umfrageteilnehmenden ist auch mit globalen Prozessen verbunden – Inflation, steigende Preise:

"Die größten Schwierigkeiten hängen wiederum mit dem Geldmangel zusammen. Auch ohne dies verschlechtert sich der mentale Zustand und mangels ausreichender Mittel verschwindet das Gefühl der Stabilität. Die grundlegendsten Bedürfnisse werden nicht befriedigt, weshalb es zu Schwierigkeiten im Studium, bei sozialen Kontakten und in Beziehungen kommt. Oftmals muss man sich zwischen mehreren absolut notwendigen Dingen für einen Menschen entscheiden, wie z. B. einer Zahnbehandlung, dem Kauf von Lebensmitteln und der Miete sowie dem Verzicht auf seine Gesundheit".

- Probleme im Zusammenhang mit der Mobilität und der Unfähigkeit, sich auf der ganzen Welt zu bewegen:

"Reisen ins Ausland wurden schwieriger und teurer. Die Haltung mir gegenüber hat sich im Ausland stark verschlechtert, obwohl ich mit niemandem Krieg führe".

- der Zugang zu den im Ausland hergestellten Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern wurde schwierig oder unmöglich, der Zugang zu medizinischer Versorgung, auch zu psychologischer Versorgung, verschlechterte sich:

"Meine Frau und ich zögern mit der Auswanderung, unter anderem wegen des Zugangs zu Medikamenten. Meine Frau hat MS PC¹⁶⁰, ich habe HET¹⁶¹, und in Russland wissen wir, wie wir an Medikamente kommen, und wir wissen, wie und wo wir medizinische Versorgung bekommen, auch wenn es schwierig sein kann. Die Endokrinologin, die meine Therapie durchgeführt hatte, hat mit der Kommunikation aufgehört (und die Klinik verlassen) und offenbar auch darum gebeten, ihre Kontakte von der Website [der Non-Profit-Organisation] zu entfernen; ich muss mir

einen neuen Endokrinologen suchen".

- Verlust des Gefühls der Stabilität und des Vertrauens in die Zukunft; Unvorhersehbarkeit sozialer, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen, die sowohl die langfristige als auch die kurzfristige Planung erschwert:

"Alles wurde noch unvorhersehbarer, Russland ist ohnehin nicht besonders stabil und die Politik der russischen Regierung erhöht nur die Unsicherheit (wirtschaftliche Isolation, Mobilisierung, Abwanderung von Menschen, Gesetzesinitiativen)".

- Verschlechterung des psychischen Zustands, Depression, Angst:

"Gefühl der Machtlosigkeit. Angst, vor Fremden aus Versehen etwas Unnötiges zu sagen. Und im Allgemeinen ist es sicherer, seinen Standpunkt zum Geschehen geheim zu halten. Und ich möchte schreien. Und weinen..."

- die Einschränkung des zivilrechtlichen Handlungsspielraums und die Unmöglichkeit, seine Position offen zu äußern und sich der militärischen Invasion zu widersetzen, ohne das Risiko einer verwaltungsrechtlichen und/oder strafrechtlichen Haftung einzugehen:

"Schwierigkeiten, die eigene bürgerliche Position zum Ausdruck zu bringen. Das war unmöglich, weil Die Polizei rund um die Uhr an ALLEN möglichen Protestorten patrouillierte".

- Einschränkung des Zugangs zu Informationen:

"es ist schwieriger, aufgrund von Sperren und Zensur auf Informationen über den Krieg und LGBTQ+Inhalte zuzugreifen".

- direkte Folgen vom Kriegsgeschehen, z. B. die Rückkehr naher Verwandter (Väter, Stiefväter, Brüder) aus dem Militärdienst und die Auseinandersetzung mit ihren Problemen und ihrem Verhalten:

"Mein Stiefvater war im Krieg, jetzt, nach seiner Rückkehr, kann er nicht mit dem Trinken aufhören, meine Mutter war deprimiert, ich habe mein Zuhause verloren".

EINSTELLUNG ZUM KRIEG, SELBSTZENSUR, PROTEST

Die Autor_innen der Studie fragten die Umfrageteilnehmenden nicht nach ihren politischen Ansichten und Einstellungen gegenüber der militärischen Invasion Russlands in der Ukraine. Eine Analyse der Antworten lässt jedoch den Schluss zu, dass sich die Mehrheit negativ über das Geschehen äußert. Viele beschreiben Aggressionen und Spannungen, die ihre aktuelle Lebenssituation kennzeichnen, Familienprobleme aufgrund politischer Differenzen und keinen Ausweg. In diesem Zusammenhang wird in den Antworten häufig das Thema Selbstzensur und Einschränkung der eigenen Aussagen aus Sicherheitsgründen thematisiert:

"Ich muss ständig schweigen und meine Rede kontrollieren, denn ich möchte für Worte nicht ins Gefängnis kommen".

„Ich musste [während ich in Russland war] über den Krieg an der Universität, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum schweigen. Man weiß nie, wer einen verpfeifen könnte, und wegen eines Antikriegsartikels ins Gefängnis zu kommen und gleichzeitig schwul zu sein ist ein offensichtliches Todesurteil“.

"Die Leitung der Bildungseinrichtung hat von mir verlangt, über meine Ansichten Stillschweigen zu bewahren, bis sie „an der richtigen Stelle“ angekommen seien".

"Ich wurde wegen der Antikriegshaltung meiner Tochter in die Schule gerufen und mit der Anzeige bei der Vormundschaft bedroht".

"Ständige Kontrolle darüber, was und wie ich sage, denn bei der Arbeit vertreten viele Menschen Z-Ansichten und hassen jeden, der das Geschehen nicht unterstützt, und betrachten ihn als Nazis".

"Es wurde beängstigend, meine Position zu dem in der Welt Geschehenen zu äußern, denn jeder Furz gegen die staatliche Agenda kann verwaltungs- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden".

Aus Sicherheits- und Risikogründen für die Umfrageteilnehmenden und diejenigen, die den Fragebogen in sozialen Medien verbreiteten, wurden keine Fragen zur Teilnahme an Antikriegsaktivismus gestellt. Einige der Befragten versuchen oder haben jedoch versucht, Maßnahmen zu ergreifen, um ihr Umfeld zu überzeugen und sich einem militärischen Vorgehen zu widersetzen:

"Wegen der Äußerung meiner Position in meinen sozialen Netzwerken habe ich in dieser Zeit zahlreiche Drohungen erhalten (die Drohungen sind wegen Antikriegserklärungen und wegen der Verurteilung der Behörden wegen homophober Gesetze eingegangen) und es gab auch Drohungen, deswegen Verwaltungs- und Strafverfahren einzuleiten".

"Ich erhalte aufgrund von Homophobie und meiner bürgerlichen Position ständig reale Drohungen mit körperlicher Gewalt gegen mich und meine Angehörigen!"

"Wegen Protests gegen die Schulveranstaltung zum Hissen der Flagge wurde ich mit der Polizei bedroht".

"Ich bin wegen Protests in einer Sonderhaftanstalt gelandet".

"Ich habe an Kundgebungen gegen den Krieg teilgenommen, wurde fünfmal festgenommen und musste drei Mal vor Gericht stehen. Es wurden Geldstrafen verhängt und ich habe die Möglichkeit verloren, Bankdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Wegen der Antikriegshaltung wurde ich entlassen".

"Ich habe kleine soziale Netzwerke, sage aber jeden Tag etwas über LGBT oder gegen den Krieg, damit mein enger Kreis nicht der Propaganda erliegt. Konnte ich früher mit dem Leben in diesem Land nur schwer zurechtkommen, ist es jetzt ein fast unerträglicher Stress für mich. Ich habe keine Kraft mehr".

DAS NEUE GESETZ ZUM "ZUM VERBOT VON GAY-PROPAGANDA GEGENÜBER ALLEN ALTERSGRUPPEN"

Von der Verabschiedung eines neuen föderalen Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ wissen 99,7 % der Befragten im Dezember 2022 (zum Zeitpunkt der Umfrage). 69,9 % von ihnen (sowohl in Russland als auch nach Februar 2022 in Emigration lebende Personen) gaben an, dass das Gesetz Auswirkungen auf ihr Leben hatte:

95,7%

hatten ein neues oder verstärktes Gefahrengedühl

95,5%

wurde nervöser

92,1%

erlebten Unruhe oder Verstärkung von Angst (Ängsten)

88,3%

fühlten sich als Menschen zweiter Klasse behandelt

80,9%

mussten über den Umzug in ein anderes Land nachdenken

51,7%

änderten ihren gewohnten Lebensstil

44,9%

kam es zu einem Rückgang in ihrem sozialen Umfeld

40,5%

haben einen verschlechterten Gesundheitszustand und erwägen, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen

22,5%

sind von der Gefahr administrativer Verfolgung bedroht

12,4%

wurden dem Outing ausgesetzt

10,9%

wurden ökonomischer Gewalt ausgesetzt

8,5%

sind von der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung bedroht

5,9%

glauben, dass ihnen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Gender-Identität ihre Kinder weggenommen oder ihre elterlichen Rechte eingeschränkt werden können

5,6%

erlebten körperliche Gewalt

4,2%

erlebten die Situation, dass staatliche Dienste und die Polizei die Kriminellen nicht fanden und keinen Schutz gewährten, als gegen sie „Hassverbrechen“ begangen wurden

2,7%

verloren ihre Arbeitsstelle

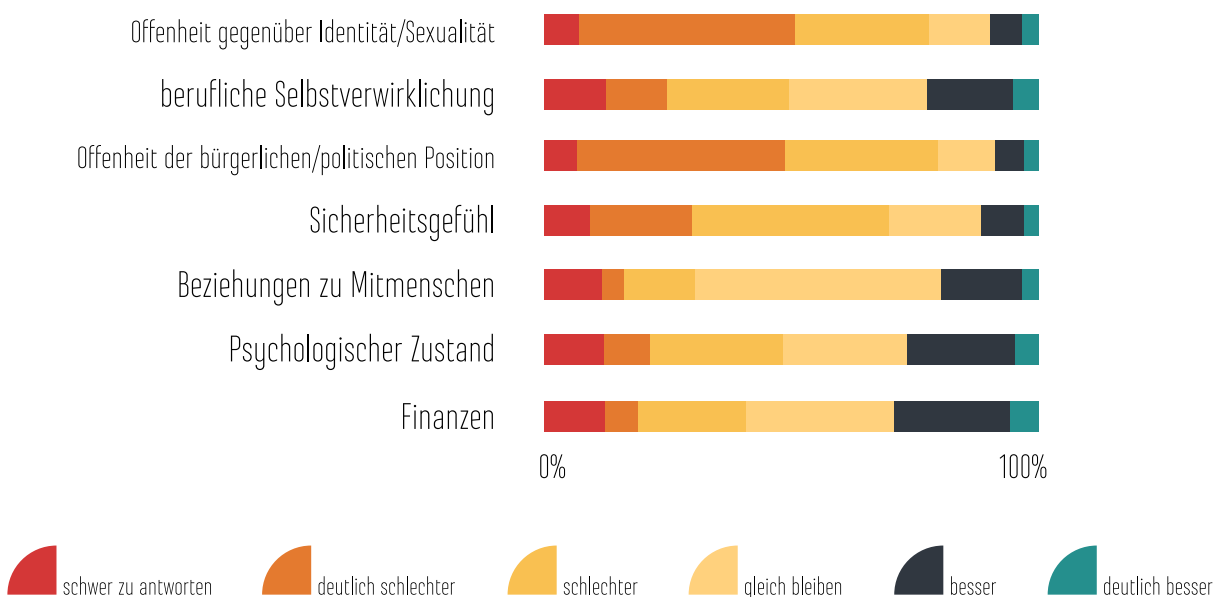
Militärische Aktionen und ständige Propaganda gegen LGBTQ-Personen führen vermutlich zu einer Zunahme der Aggression in der Gesellschaft. Die Mehrheit (64,6 %) der Studienteilnehmenden glaubt, dass das Ausmaß der Aggression gegenüber LGBTQ-Personen in der Gesellschaft im Vergleich zur Situation vor einem Jahr zugenommen hat (32,9% glauben, dass es deutlich zugenommen hat, 31,7% glauben, dass es zugenommen hat, 3,4% glauben, dass sie abgenommen hat, und weitere 2,8% glauben, dass sie deutlich abgenommen hat).

AUSREISEN

"Ich habe viel darüber nachgedacht, dass ich ausreisen oder Selbstmord begehen müsste".

Am Ende des Fragebogens wurden die Teilnehmenden gefragt, was sie über die Zukunft denken und wie sie diese für sich und ihre Mitmenschen sehen. Nur 24,2 % der Befragten blicken positiv in die Zukunft; 42,2 % – negativ, weitere 33,6 % konnten ihre Erwartungen nicht beschreiben.

Im nächsten Jahr wird es...



Die Ausreise aus Russland ist für viele Aktivist_innen, Berufsgruppen und LGBTQ-Personen bereits zu einer Strategie zur Überwindung der Lebensschwierigkeiten im Kontext der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine geworden und wird dies auch weiterhin tun. Von den Befragten denken 51,7% über eine Ausreise nach, 14,3% haben bereits mit der Planung begonnen, 5,3% sammeln die für die Auswanderung notwendigen Dokumente, 1,5% warten auf den Ausreisetermin. Weitere 18,6% können aus persönlichen Gründen nicht ausreisen, 1,4% können nicht ausreisen, weil sie der Wehrpflicht/Mobilisierung unterliegen. Lediglich 5,4% der Befragten haben noch nie über eine Ausreise nachgedacht und planen auch keine. Weitere 1,8% fanden die Beantwortung der Frage schwierig oder antworteten mit „Sonstiges“. Das heißt, nur 7,2% der Befragten zogen die Möglichkeit der Auswanderung aus Russland nicht in Betracht, und die absolute Mehrheit (92,8%) der Befragten denkt darüber nach, aus Russland aufgrund der veränderten Situation auszuwandern, kann es sich jedoch aus verschiedenen Gründen nicht leisten.

In vielen offenen Fragen – zum emotionalen Zustand, zu Veränderungen im Leben nach dem 24. Februar 2022, zu Bedürfnissen und anderen – taucht immer wieder das Thema der Ausreise aus Russland als möglicher Ausweg aus der Situation auf. Die Ausreise wird es ermöglichen, sich von der angespannten, homophoben und aggressiven Situation in Russland zu distanzieren und eine bürgerliche Position und Antikriegsproteste zum Ausdruck zu bringen. Viele Befragte äußerten sich dazu, welche Art von Hilfe sie aus sicheren Ländern erhalten möchten, und erwähnten Umsiedlungsprogramme für LGBTQ-Personen, die Organisation von Hilfsprogrammen für die Auswanderung aus Russland, die Bereitstellung von politischem Asyl und die Vereinfachung des Verfahrens zur Erlangung der Staatsbürgerschaft.

Wenn solche Anfragen übertrieben erscheinen, müsste man die Situation aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Selbst diejenigen, die aufgrund von Verfolgung, Homophobie, Transphobie oder politischen Positionen zur Ausreise aus Russland bereit sind, können es nicht tun. Die Ausreise wird beispielsweise durch finanzielle Schwierigkeiten und fehlende zusätzliche Mittel für eine Auswanderung erschwert:

"Ich habe keine Visa, auch keine Ersparnisse für die Ausreise".

"Ohne meine Abhängigkeit von der Arbeit wäre ich längst ausgeweist".

Eine weitere Einschränkung hängt mit der Unmöglichkeit zusammen, die Familie zu verlassen – ältere Eltern und andere Verwandte, Partner_innen, wenn sie gegen die Ausreise sind:

"Mir wurde klar, dass ich meine Großmutter und meinen Vater in Russland nicht verlassen kann".

"Die größte Schwierigkeit besteht darin, mit meinem Mann auszureisen, da er jetzt eingezogen werden kann".

"Ein Versuch auszureisen. Die Rückkehr wegen pflegebedürftiger älterer Angehöriger".

"Die Entscheidung zur Ausreise hat zum Umzug der Eltern in ein Seniorenheim geführt. Das ist die schwerste Entscheidung. Das kann man sich nicht verzeihen".

Das Land zu verlassen ist eine schwerwiegende Entscheidung, die selbst unter ruhigeren Umständen als Krieg, geschlossene Flugverbindungen und Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Visa und anderen Einreisedokumenten nicht leicht zu treffen ist. Die Befragten geben häufig an, dass ihnen einfach die Kraft fehlt, einen Umzug zu planen und durchzuführen. Ein weiteres Problem, mit dem jeder_jede (potenzielle) Migrant_in konfrontiert ist, ist die Anpassung an ein neues Land und die Umstrukturierung aller Lebensbereiche.

"Du kommst nach Europa und bist ein Niemand. Bis du irgendwo etwas bekommst, wird dein Leben nicht besser. Du wirst sechs Kreise der Hölle durchlaufen und es ist gut, wenn du die Möglichkeit hast, eine psychologische Unterstützung zu bekommen, sonst versuchen die Menschen, Selbstmord zu begehen und begehen Selbstmord, leider gibt es diejenigen, die es nicht ertragen können und zurückkommen".

VERÄNDERUNGEN, DIE ZU EINER ERHÖHUNG DES LEBENSKOMFORTS FÜHREN KÖNNTEN

Der Fragebogen enthielt die Frage, welche Veränderungen in der Struktur der russischen Gesellschaft nach Meinung der Befragten ihnen ein angenehmeres Leben ermöglichen würden¹⁶²:

- für 87,8 % war diese Voraussetzung die Aufhebung des Gesetzes „zur Gay-Propaganda“,
- für 87,6% – Gewährleistung des Schutzes durch Polizei und Behörden bei homophober und transphober Gewalt,
- 85,8% antworteten, dass eine Aufklärung über die Rechte von LGBTQ-Personen für Polizeibeamte und Regierungsbeamte notwendig ist,
- 85,6% halten für eine solche Voraussetzung Maßnahmen, die Respekt für LGBTQ-Personen auf der Ebene sozialer Institutionen postulieren,
- der Meinung von 84,6% nach könnten die Rechte von LGBTQ-Personen von Vertreter_innen staatlicher Behörden, politischer Parteien und Institutionen gefördert werden,
- für 83,8% der Befragten ist die Änderung der Gesetzgebung und die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe eine Voraussetzung für positive Veränderungen,
- für 82% – Politik gegen Diskriminierung im Zusammenhang mit Gender-Identität und sexueller Orientierung am Arbeitsplatz und im beruflichen Umfeld,
- für 80,6% – Gesetzliche Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare,
- für 78% – Offenheit von öffentlichen Persönlichkeiten – Politiker_innen, Sportler_innen usw. – hinsichtlich ihrer sexuellen Orientierung und Gender-Identität sowie der Unterstützungsbekundungen für LGBTQ-Personen im Allgemeinen, der Meinung von 65,5% nach könnten Religiöse Gruppen und Gemeinschaften mehr zur Akzeptanz von LGBTQ-Personen tun.

Im wirklichen Leben mag diese Frage seltsam erscheinen: fast nichts vom oben genannten scheint weder den Autor_innen dieser Studie noch den interviewten Expert_innen möglich zu sein. Obwohl alle Expert_innen von der Notwendigkeit sprachen, das Gesetz „gegen Gay-Propaganda“ aufzuheben, erscheint dies im aktuellen politischen Klima Russlands nicht realistisch. Religionsgemeinschaften, politische Persönlichkeiten und öffentliche Persönlichkeiten wenn auch nicht produzieren, dann reproduzieren homophobe und transphobe Rhetorik, die in den Medien und im öffentlichen Umfeld weit verbreitet ist und durch staatliche Propaganda gepflegt wird.

LEBEN DER LGBTQ-PERSONEN, DIE NACH DEM GROSS ANGELEGTEN ANGRIFFSKRIEG RUSSLANDS GEGEN DIE UKRAINE AUSGEWANDERT SIND

VERGESSEN

"Es ist ein riesiges Problem, dass Menschen in Russland keine Visa bekommen können. Ohne Touristenvisum kannst du in einem europäischen Land keinen Flüchtlingsstatus erlangen, denn du wirst diesen Beamten einfach nicht erreichen, du wirst zu ihm nicht fliegen, du wirst zu ihm nicht fahren, du kannst nicht auf magische Weise an der deutschen Grenze landen und um einen Flüchtlingsstatus bitten. Sie musst Deutschland erreichen, aber wenn du kein Visum hast, kommst du nicht ins Flugzeug, und aus irgendeinem Grund hat Europa es vergessen".

¹⁶² Die Frage, welche Veränderungen in der Gesellschaft es LGBTQ-Personen ermöglichen würden, in Russland komfortabler zu leben, ist eine Adaption von Frage B3 des internationalen Fragebogens der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: "In your view, what are the main reasons for the decrease in prejudice, intolerance and violence?" Die Studie "Ein langer Weg zur Gleichberechtigung für LGBTQ-Personen" (A long way to go for LGBTI equality) wurde 2019 in 30 europäischen Ländern durchgeführt (Russland gehört nicht dazu). Zu den Faktoren, die den größten Beitrag zur Zunahme oder Abnahme von Gewalt, Intoleranz und Vorurteilen gegenüber LGBTQ-Personen leisten, gehörten positive Veränderungen in der Regierungspolitik und die Unterstützung durch öffentliche Persönlichkeiten. URL: <https://fra.europa.eu/en/publication/2020/eu-lgbti-survey-results> (Abrufdatum: 05.11.2023).

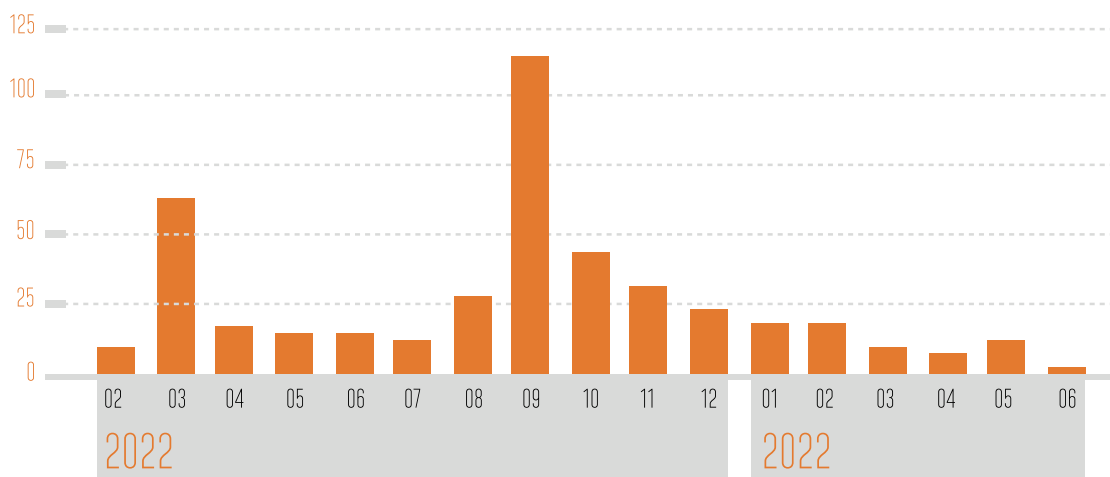
Die Studie umfasst nicht nur diejenigen, die noch in Russland bleiben, sondern auch diejenigen, die das Land verlassen haben. Auf die Frage „Leben Sie derzeit in Russland?“ antworteten 496 Personen (13,8% der gesamten Stichprobe) negativ. Unter denen, die das Land verließen, verließen 50 Personen (10,1%) das Land vor der russischen Militärinvasion in der Ukraine, 443 Personen (89,9%) verließen das Land im Februar 2022 und später (im Jahr 2022 – 377 Personen oder 85,1%, im Jahr 2023 – 66 Personen oder 14,9%). Drei gaben kein Abreisedatum an. In diesem Kapitel geht es nur über diejenigen, die nach dem 24. Februar 2022 ausgereist sind (443 Personen).

ZEIT DER AUSREISE UND GEOGRAPHIE

"Das Land, das am einfachsten und schnellsten zu erreichen war".

Среди респондент_ок 36,3% уехали в феврале-августе 2022 года, 35,9% — в сентябре-октябре 2022 года и 27,8% с ноября 2022 года до июня 2023 года. Распределение отъездов по месяцам:

Zahl der Ausreise aus Russland nach Monaten, 2022-2023



36,3% der Befragten reisten im Februar-August 2022 aus, 35,9% – im September-Oktober 2022 und 27,8% im Zeitraum November 2022 bis Juni 2023. Verteilung der Ausreisen nach Monaten:

Staaten, in welche die Umfragebeteiligten seit dem 24. Februar 2022 ausgewandert sind (mit den meisten Umfragebeteiligten auf dem ersten Platz und den wenigsten Umfragebeteiligten auf dem letzten Platz):

1. Bundesrepublik Deutschland,
2. Georgien
3. Spanien
4. Armenien
5. Kasachstan
6. Türkei
7. Israel
8. Niederlande
9. Serbien
10. Montenegro
11. Frankreich
12. Finnland
13. Thailand
14. USA
15. Argentinien
16. Italien
17. Zypern
18. Litauen
19. Portugal
20. Kirgisistan
21. Japan
22. Schweden
23. Kanada
24. Mexiko
25. Österreich
26. Bulgarien
27. Ägypten
28. Polen
29. Großbritannien
30. China
31. Ungarn
32. Taiwan
33. Belarus
34. Costa Rica
35. Dänemark
36. Estland
37. Griechenland
38. Indonesien
39. Lettland
40. Moldau
41. Nordzypern
42. Norwegen
43. Philippinen
44. Slowakei
45. Südkorea
46. Schweiz
47. Usbekistan
48. Vietnam



SOZIODEMOGRAPHISCHES BILD

Das Durchschnittsalter der ausgewanderten liegt bei 30,9 Jahren; das Medianalter – bei 29 Jahren. Von denjenigen, die an der Umfrage außerhalb Russlands teilgenommen haben, identifizierten sich 50,6% als Männer, 31,4% – als Frauen und 15,1% – als nicht-binäre Personen; 2,9% haben eine andere Gender-Identität. Unter den Befragten waren 21,4% Transgender- und 75,6% Cis-Gender-Personen. 58,7% der Befragten bezeichneten sich als homosexuell und 26,8% als bisexuell; an der Umfrage nahmen außerdem 2,7% Heterosexuelle, 3,2% Asexuelle, 4,3% Pansexuelle und 4,3% der Befragten mit anderen sexuellen Identitäten teil.

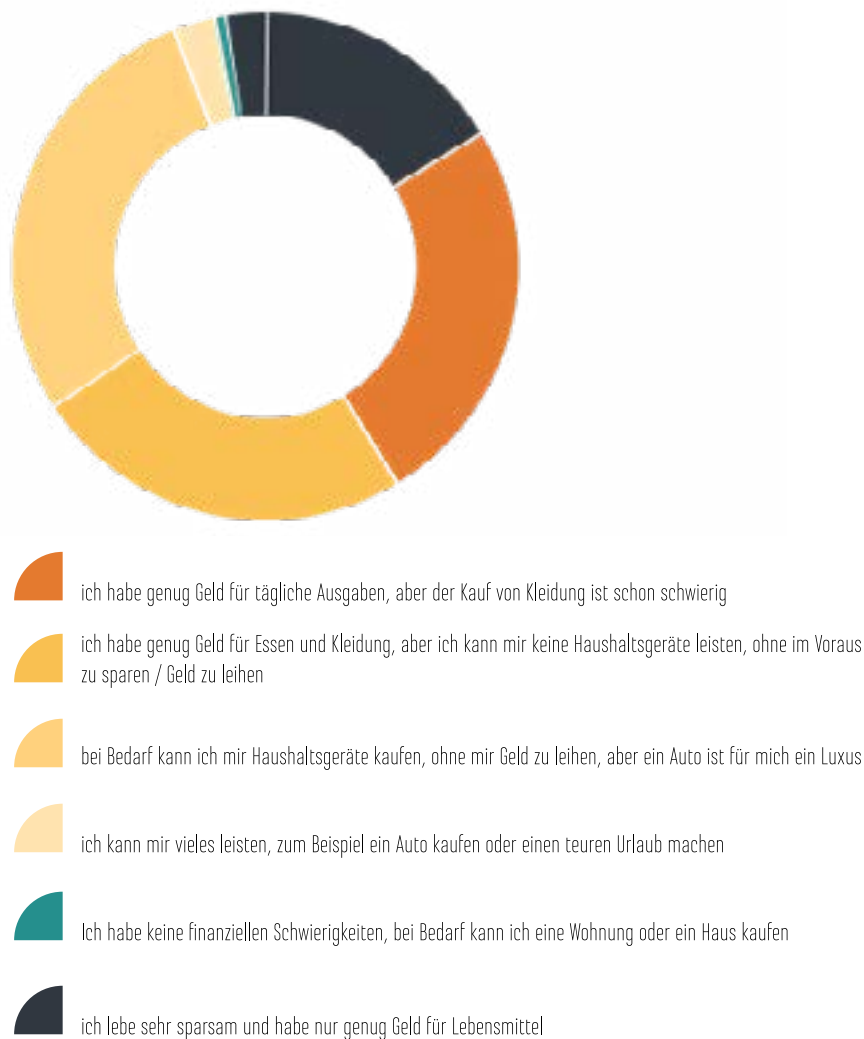


Von den ausgewanderten haben 45,2% eine feste Arbeitsstelle und ein festes Einkommen, 47,6% arbeiten nirgendwo, weitere 7,2% haben andere Beschäftigungsformen angegeben (z. B. Ausbildung, ehrenamtliche Arbeit). Die meisten derjenigen, die ihren Arbeitsbereich angegeben haben, sind in Bereichen IT und Computertechnik (37,4%), Medien und Journalismus (16,5%), Bildung, Nachhilfe und Übersetzung (7%) sowie in anderen Bereichen (Medizin, Kultur und Kunst, Dienstleistungen, Wissenschaft und Forschung, Industrie, Finanzen, Banken) tätig. Darüber hinaus engagiert sich fast ein Viertel der Befragten in verschiedenen Formen des Aktivismus und ist Mitglied in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen (23,7%).

Die beschriebene Gruppe der Befragten zeichnet sich durch ein ziemlich hohes Bildungsniveau aus: unter ihnen haben 14% einen akademischen Titel (einschließlich Master, Kandidat oder Doktor der Wissenschaften), 54,4% haben eine Hochschulausbildung (Bachelor oder Spezialisten-Studiengang), 13% haben eine unvollständige Hochschulausbildung, 11% haben 11 Klassen Hauptschule abgeschlossen, 5,2% haben eine mittlere Berufs-/Fachausbildung und 0,45% haben eine berufliche Grundausbildung, 0,68% haben 9 Schulklassen abgeschlossen, 1,12% gaben „Sonstiges“ an (z.B. sie machen momentan eine Ausbildung / ein Studium).

Die finanzielle Situation der Umfrageteilnehmenden variiert von äußerst schwierig (16,3%) bis überdurchschnittlich (0,7%). Die Verteilung der Antworten von Befragten ist in dem folgenden Diagramm dargestellt:

Finanzielle Situation



Bei den meisten hat sich ihre finanzielle Situation im letzten Jahr verschlechtert (40,9%) oder deutlich verschlechtert (21,2%); 16 % der Studienteilnehmenden verbesserten im vergangenen Jahr ihre finanzielle Situation, 3,2% stellten eine deutliche Verbesserung fest und bei 15,4% der Befragten blieb die materielle Seite des Lebens auch nach der Ausreise unverändert. Von den Befragten leben 74,9% in Mietwohnungen, 2,5 % – in einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus, 7,9% wohnten bei Freund_innen oder Verwandten, 5,6% haben keine feste Wohnung und weitere 9% fanden es schwierig, ihre Wohnsituation zu beschreiben.

Die meisten Studienteilnehmenden haben einen festen Partner / eine feste Partnerin (63,9%), weitere 33,9% gaben an, keinen Partner / keine Partnerin zu haben, und 2,2% bezeichneten ihre Situation als komplizierter und nicht in den vorgeschlagenen Rahmen von Nichtvorhandensein oder Vorhandensein eines Partners / einer Partnerin passend. Nur 7,9% der Befragten, die Russland verlassen haben, haben minderjährige Kinder (92,1% haben keine minderjährigen Kinder).

GRÜNDE FÜR DIE AUSREISE, RESSOURCEN UND WAHL DES LANDES

Gründe für die Ausreise von LGBTQ-Personen aus Russland nach dem 24. Februar 2022:

- für 54,4% der Befragten war persönliche Freiheit und Sicherheit der Hauptgrund für die Ausreise,
- für 16,3% – politische Gründe im Allgemeinen,
- für 12% – Zunahme von Homo- und Transphobie in der russischen Gesellschaft,
- für 6,8% – Angst vor Mobilisierung,
- für 3,4% – psychologische Gründe,
- für 2,7% – wirtschaftliche Gründe,
- weniger als 1% der Studienteilnehmenden reisten aufgrund eines Studiums an ausländischen Institutionen und Universitäten aus,
- für 0,7% waren alle Gründe gleich wichtig,
- weitere 3,2% reisten aus anderen Gründen aus (z. B. Angst um Kinder und Familie, Suche nach einem besseren Leben und neuen Perspektiven, Bedrohung von Leben und Gesundheit, konkrete Verfolgung und Angriffe, familiäre und persönliche Verbindungen mit der Ukraine).

Separat wurden die Studienteilnehmenden gefragt, ob sie ihre Reise mit der im September 2022 angekündigten „Teilmobilmachung“ in die Streitkräfte der Russischen Föderation verbinden. 32,7% der Befragten beantworteten diese Frage positiv, 34,3% – negativ, für 27,5% der Befragten trifft diese Frage nicht zu (z. B. sind sie nicht mobilisierbar), weitere 4,3% antworteten mit „Sonstiges“. 1,1% der Befragten wollten diese Frage nicht beantworten.

Um die Verbreiter_innen des Fragebogens und die Studienteilnehmenden nicht zu gefährden, verzichteten die Autor_innen in den Fragen auf das Wort „Krieg“. Auf die Frage, ob ihre Abreise mit den „Ereignissen vom 24. Februar 2022“ zusammenhängt, antworteten jedoch 89,6% der Befragten mit „Ja“, 4,3% antworteten mit „Nein“, weitere 2% verweigerten die Antwort, 4,1% wählten „Sonstiges“¹⁶³.

Zu genauer Bewertung der Motivation von Ausgereisten wurden die Befragten gebeten, ihre Erfahrungen in den Kategorien freiwillige/erzwungene Migration zu beschreiben. Von denjenigen, die diese Frage beantworteten, bezeichneten 5,2% ihre Ausreise als freiwillig, 14,9% – als eher freiwillig, 44,2% – als eher erzwungen, 33,2% – als erzwungen, und weitere 2,5% der Befragten sind nicht sicher, in welche Kategorie sie sich einordnen sollen. Als sie über ihre Erfahrungen mit der Auswanderung sprachen, antworteten 41,3% der Befragten, dass sie ihre Ausreise im Voraus geplant hätten, 47,2% – dass sie sie nicht geplant hätten, und 11,5% antworteten mit „Sonstiges“¹⁶⁴.

¹⁶³ Unter den Antworten „Sonstiges“ gibt es vor allem Hinweise auf einen teilweisen Zusammenhang zwischen der Ausreise und dem Krieg (z. B. dass der Krieg diejenigen verdrängte, die sich schon lange nicht für eine Ausreise entschieden hatten), auf die Unmöglichkeit, aus moralischen Gründen in Russland zu bleiben, sowie die Risiken, die mit der Zunahme von Homophobie und Transphobie in Russland vor dem Hintergrund des Krieges verbunden sind.

¹⁶⁴ Aufgrund technischer Schwierigkeiten und der Nutzung externer Ressourcen zur Datenerhebung können die Studienautor_innen diese 11,5% der Antworten nicht analysieren.

Ein Teil der Fragen in der Studie wurde der Frage gewidmet, welche Ressourcen den Studienteilnehmenden dabei geholfen haben, erfolgreich auszureisen¹⁶⁵. Die Schlüssel zur erfolgreichen Auswanderung waren:

- finanzielle Ressourcen/Geldvorrat fürs Erste – für 61% der Befragten;
- Hilfe von Familie und Freund_innen – für 47,4%;
- Fremdsprachenkenntnisse – für 45,4%;
- feste Arbeitsstelle und Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Einkommens – für 35,2%;
- Ausbildung und Beruf – für 31,6%;
- Hilfe von Non-Profit- und Menschenrechtsorganisationen – für 12%.

Als weitere Ressourcen, die zu einer erfolgreichen Ausreise beigetragen hatten, nannten die Studienteilnehmenden Rückführungsprogramme und Hilfe anderer Staaten (z. B. die Möglichkeit, die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten); die Möglichkeit, politisches Asyl zu erhalten; Relocation und Umzug des arbeitgebenden Unternehmens in eine andere Gerichtsbarkeit im Zusammenhang mit dem Beginn der militärischen Invasion Russlands in der Ukraine; das Vorhandensein eines Visums und ausländischer Pässe, welche die Ausreise ermöglichen; emotionale und psychologische Ressourcen – Mut, Entschlossenheit, Wunsch, ihre Mitmenschen zu schützen; Erfahrung von Reisen und Leben im Ausland.

Für die Autor_innen der Studie war es wichtig zu verstehen, wie die Teilnehmenden ihren „Zielort“ – das Land, in das sie ausreisten – wählten. Die Antworten auf eine Reihe von Fragen darüber, was bei der Auswahl eines Landes am wichtigsten wurde, waren wie folgt verteilt (mehrere Antworten konnten gewählt werden):

- das Sicherheitsniveau für LGBTQ-Personen ist höher als in Russland – 45,6%;
- keine Notwendigkeit, ein Visum zu beantragen (es war bereits vorhanden und/oder die Ausreise in ein visumfreies Land) – 40%;
- die Ausreise des sozialen Kreises – Freund_innen und Bekannter – ins Land – 20,8%;
- Erfahrungen mit Aufenthalt und/oder Leben im Land – 18,1%;
- die Möglichkeit, sein_ihr Recht auf Freiheit wahrzunehmen und gegen den Krieg zu protestieren – 19,2%;
- bezahlbare Unterkunft / niedrige Aufenthaltskosten im Land – 21%;
- Relocation/Umzug mit dem Unternehmen oder auf Vorschlag des_der Arbeitgeber_in – 10,4%;
- Verwandte/der_die Partner_in leben im Land – 7,5%;
- Verfügbarkeit von Tickets für ein bestimmtes Datum – 4,1%;
- Vorhandensein der Staatsbürgerschaft dieses Landes – 3,4%;
- es ist nicht erforderlich, einen ausländischen Pass zu beantragen – 2,3%.¹⁶⁶

Die Antworten, die in die Kategorie „Sonstiges“ gefallen sind, vertiefen das Verständnis für die Attraktivität von Auswanderungsländern vor dem Hintergrund von Krieg, Angst vor Grenzschießungen und beschränkten Ressourcen: die Befragten zogen in die Länder, in denen sie ein Ausbildungsprogramm oder eine berufliche Anwendung finden konnten, wo sie schnell und legal eine Aufenthaltserlaubnis und/oder Aufenthaltstitel erhalten könnten. Die Ausreise in EU-Länder wird durch das recht komplexe Migrationsregime erschwert, so dass solche Programme wie die Erlangung eines humanitären Visums in Deutschland (§ 22 Abs. 2 des Aufenthaltserlaubnissgesetzes) für relevante Gruppen (Journalist_innen, politische Aktivist_innen, Mitarbeiter_innen der Non-Profit-Organisationen und Menschen, denen in Russland politische Verfolgung droht) zu einer vielversprechenden Möglichkeit wurden. Besonders hervorzuheben sind die Antworten von Trans-Personen, die nach einem Zugang zu Hormontherapie und Gesundheitsversorgung suchen.

¹⁶⁵ Die Frage „Welche der folgenden Ressourcen haben Ihnen Ihrer Meinung nach bei der erfolgreichen Auswanderung geholfen?“ war eine halbgeschlossene Multiple-Choice-Frage: die Befragten konnten Antworten aus einer Liste von Optionen wählen oder über ihre Erfahrungen sprechen, indem sie die Antwort „Sonstiges“ wählten. Die Summe der Antworten auf diese Frage beträgt mehr als 100%.

¹⁶⁶ Die Bedeutung eines ausländischen Reisepasses erklärt sich aus der Tatsache, dass die Einreise russischer Staatsbürger_innen in die meisten Länder der Welt nur mit diesem Dokument möglich ist.

Zur Bewertung des emotionalen Zustands von Ausgereisten enthielt der Fragebogen eine offene Frage zum Wohlbefinden der Studienteilnehmenden in den letzten Wochen vor der Ausreise. Die meisten beschreiben äußerst negative Emotionen – Angst und Panik, Entsetzen, das Gefühl zunehmender Gefahr, Stress. Viele sprechen über ihre Hilflosigkeit, Depression, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit:

BEÄNGSTIGEND

„Mir ist ekelhaft, beängstigend. Da mir der Umzug erzwungen erschien, ließ ich meine Lieben in Russland zurück, ich habe Angst, sie nie wiederzusehen, es ist schwer, die Trennung zu erleben. Ich fühle Stabilitätsverlust, Unsicherheit. Ich war mental nicht bereit, meinen Lebensstil so radikal zu ändern. Es ist schmerzlich, dass der Krieg, obwohl ich Russland schon seit langem verlassen wollte, mich in dieser besonderen Situation zum Umzug drängte, – Angst um meine Sicherheit, Angst davor, in meinem eigenen Land zu sein und da zu leben, und die fast völlige Unmöglichkeit, meine bürgerliche Position sicher auszudrücken. Darauf kam eine starke Ermüdung durch das Sammeln von Dokumenten und Dingen hinzu – du lebst viele Jahre an einem Ort, und dann stellt es sich heraus, dass sich das ganze Leben in mehrere Rucksäcke und Kisten packen lässt“.

Angst und Panikattacken kennzeichnen die Ausreise mehrerer vulnerablen Gruppen, insbesondere Antikriegsaktivist_innen, Partner_innen mit Kindern und Personen, die potenziell mobilisiert werden können:

"Ich hatte Angst, dass ich es nicht rechtzeitig mit der Ausreise schaffen würde, dass ich früher wegen meiner Antikriegsaktivität gefunden würde und dass etwas an der Grenze schiefgehen würde. Aber ich habe versucht, ruhig zu bleiben. Da ich nicht viel in meinem Leben hatte, war es für mich ganz einfach, mich dafür bereit zu machen. Ich fühlte in mir immer weniger Kräfte, etwas Gemeinsames mit dem Staat zu haben".

"Angst. Dass die Grenze geschlossen wird, dass die Nachbarn uns denunzieren, dass die Vormundschaftsbehörden unseren Sohn wegnehmen. Angst, Angst, Angst".

"Ich hatte Angst vor der Einberufung. Dieses Gefühl erschien am 22. September. Ich erinnere mich daran, wie unsere Propagandist_innen gesagt haben, dass es keinen Krieg geben würde. Das war vor dem 24. Februar. Ich erinnere mich an Peskows Worte, dass es keine Mobilisierung geben würde. Und hier ist es... Wunder! Alles im Kopf ist an seinen Platz gefallen und mir wurde klar, dass ich fliehen musste".

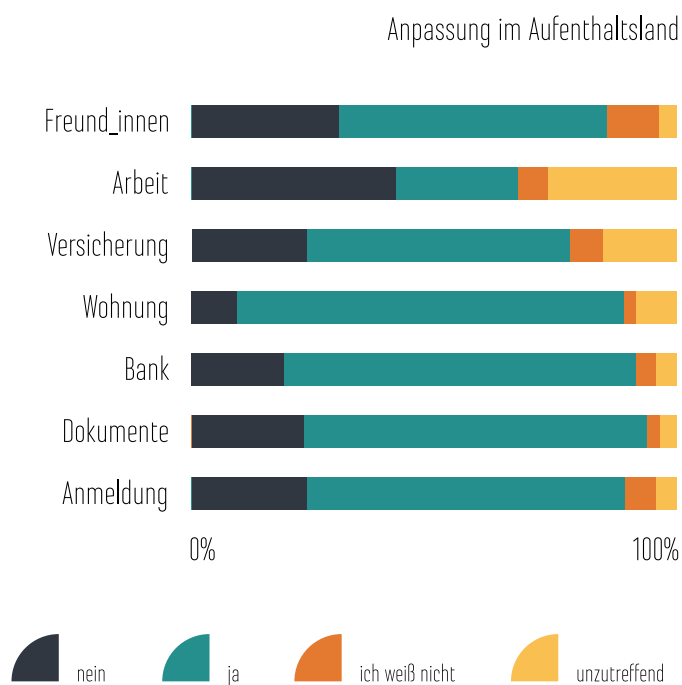
Diagramm/Bild X (fortlaufende Nummerierung). Eine Wolke der häufigsten Wörter, mit denen die Studienteilnehmenden auf die Frage nach ihrem emotionalen Zustand seit Februar 2022 antworteten ¹⁶⁷



¹⁶⁷ Die Wortwolke (word cloud) wurde im Programm MaxQDA anhand von über 230 Seiten mit Antworten auf die Frage zum emotionalen Zustand generiert. Die Wolke enthält die 30 am häufigsten genannten Wörter (Substantive, Adjektive, Adverbien).

AUFENTHALT IN EINEM NEUEN LAND, DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNG UND SICHERHEIT

Die Autor_innen der Studie interessierten sich auch für potenzielle Probleme neuer Einwanderer_innen in den Ländern, wo sie landeten. Daher wurden den Studienteilnehmenden eine Reihe von Fragen zu ihrem rechtlichen Status, der Wohnungssuche, dem Zugang zu Gesundheitsdiensten und ihren sozialen Umfeld gestellt¹⁶⁸. Die Antworten über den sozialen Status und die Legalisierung werden im folgenden Diagramm dargestellt:



Die meisten Umfrageteilnehmenden erlebten in ihrem neuen Land keine Diskriminierung (57,2%). Unter denjenigen, die Diskriminierung erlebt haben, werden als Gründe Staatsbürgerschaft/Nationalität (14,6%), sexuelle Orientierung (5,2%), Gender-Identität (2,48%), mindestens zwei Gründe (8,8%) und andere Gründe (2,7%) genannt. 9% der Befragten sind sich nicht sicher, ob sie in ihrem Aufenthaltsland Diskriminierung erlebt haben.

Diejenigen, die Diskriminierung erlebt haben, wurden auch gefragt, in welcher Form und an welchen Orten es passiert war. Vier Befragte gaben an, dass ihnen Dienstleistungen verweigert wurden, zwei wurden verbal diskriminiert (beleidigende Kommentare, Aussagen und Witze), eine Person wurde körperlicher Gewalt ausgesetzt/überlebte einen Angriff; keiner_keine der Befragten wurde mit verbalen Androhungen körperlicher Gewalt konfrontiert. Im Fragebogen wurden einige der häufigsten Situationen genannt, in denen es zu Diskriminierungen kommen kann: eine Person wurde bei der Wohnungssuche diskriminiert, zwei bei der Eröffnung eines Bankkontos, zwei – bei der Kontaktaufnahme mit Sozialdiensten, eine – bei der Einschreibung in eine Ausbildung, vier – bei staatlichen Einrichtungen, eine – in Cafés/Restaurants/Bars, vier – auf der Straße und im alltäglichen Umgang. Keiner_keine der Befragten gab Vorfälle von Diskriminierung bei Bewerbung um eine Stelle oder im beruflichen Umfeld sowie bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen an.

Das Fehlen einer subjektiv wahrgenommenen Diskriminierung mag verdächtig sein und macht das Bild der Migration zu „glatt“, deckt sich aber im Großen und Ganzen mit den Antworten auf andere Fragen im Fragebogen. Die meisten Befragten fühlen sich sicher im Land, in dem sie sich gerade aufhalten (81,2%).

¹⁶⁸ Die Frage wurde wie folgt formuliert: „Bitte ordnen Sie Ihre Erfahrungen mit dem Aufenthalt im neuen Land jedem dieser Punkte zu. In dem Land, wo ich jetzt bin...“

a – bin ich verpflichtet, mich an meinem Wohnort anzumelden,

b – muss ich Dokumente besorgen (Visum, Aufenthaltsgenehmigung, befristete/unbefristete Aufenthaltserlaubnis),

v – konnte ich ein Bankkonto eröffnen,

r – konnte ich eine Wohnung mieten,

d – konnte ich eine Krankenversicherung abschließen,

e – konnte ich eine Arbeit finden,

x – konnte ich neue Freund_innen, Bekannte, einen sozialen Umfeld finden...“.

Für jede der Aussagen gab es mehrere Antwortmöglichkeiten: ja, nein, ich weiß nicht, trifft auf mich nicht zu.

"Ich möchte nie zurückkehren und ich möchte leidenschaftlich zurückkehren".

„Neue“ Auswanderer_innen aus Russland adaptieren sich allmählich in den Ländern, in die sie umgezogen sind. Die meisten von ihnen haben mit dem Erlernen der Sprache des Aufenthaltslandes begonnen oder planen dies (70,5%) oder studieren, um in diesem Land zu bleiben (19,8%). Andererseits bekommen einige Studienteilnehmende eine Ausbildung, um in ein anderes Land zu ziehen (10,6%). Mehr als die Hälfte tritt dort, wo sie derzeit leben, nicht in den Arbeitsmarkt ein (vielleicht, weil sie remote arbeiten oder andere Beschäftigungsmöglichkeiten in Betracht ziehen).

Auf die Frage nach ihren Plänen gaben 29,5% der Befragten an, dass sie sich vorübergehend im aktuellen Land aufhalten und einen Umzug planen, 14% gaben an, dass sie vorhaben, dauerhaft im Land zu bleiben. Fast ein Viertel der Befragten ist sich nicht sicher, ob sie zurückkehren werden, oder möchte nicht zurückkehren (23,4%). Diejenigen, die zurückkehren möchten, würden dies nur tun, wenn sich die politische Situation ändert und der Krieg endet (12,6%), die Diskriminierung von LGBTQ-Personen in Russland abnimmt (11%) oder sich die wirtschaftliche Situation ändert (0,23%). Nur 1,58% planen, in naher Zukunft zurückzukehren. Unter den Antworten „Sonstiges“ (7,7%) sind besonders diejenigen hervorzuheben, welche die Unmöglichkeit solcher Pläne zeigen: vor dem Hintergrund von Krieg, Instabilität, Verschärfung des Regimes und der Unterdrückung, Verfolgung von LGBTQ-Menschen scheint eine Rückkehr nach Russland für die meisten Befragten unangemessen, unmöglich und unsicher zu sein:

ZUHAUSE

"Ich möchte es, dort ist mein Zuhause... war mein Zuhause, es gibt noch Menschen, viele wunderbaren Menschen, aber ich schätze solche Chancen als äußerst unwahrscheinlich ein, da ich keine Möglichkeiten sehe, die Situation schnell zu verbessern, und um Jahrzehnte abzuwarten, ist ein Leben ist nicht genug. Für eine Rückkehr sehe ich es als zwingend an: die Umwandlung der Diktatur in eine Demokratie, die Zerstörung des Imperiums, die Umstrukturierung des Staates, die Einhaltung der Menschenrechte, die Erweiterung der Vollmächte und der Möglichkeit der Regionen, und in all dem, ich weiß, wird sich niemand um queere Leute kümmern".

Viele der Befragten würden gerne die Möglichkeit haben, Russland zu besuchen und/oder sich mit der Familie und ihren Mitmenschen in Drittländern zu treffen.

Einige Umfrageteilnehmende sehen eine Rückkehr nach Russland bei einer aussichtslosen Situation als mögliches Szenario – wenn sie in einem neuen Ort keine Arbeit finden, ihren Job verlieren oder kein Geld mehr haben. Für die anderen ist eine Reise nach Russland eine Notwendigkeit, die mit bürokratischen oder rechtlichen Verfahren zusammenhängt.

PSYCHOLOGISCHER ZUSTAND DER LGBTQ-PERSONEN IN RUSSLAND

In diesem Kapitel werden, basierend auf den Ergebnissen der Umfrage und Experteninterviews, die Nuancen des psychologischen Zustands von LGBTQ-Personen behandelt, die zum Zeitpunkt der Umfrage in Russland gelebt haben. Neben depressiven, ängstlichen und suizidalen Tendenzen werden Coping-Strategien der LGBTQ-Gemeinschaft sowie Probleme und Risiken beschrieben, die helfende Spezialist_innen erleben.

" Ich fühlte mich wie bei der Inquisition,
dass man gleich zu mir kommt
und auf dem Scheiterhaufen verbrennt " .

MERKMALE DES PSYCHISCHEN ZUSTANDS VON LGBTQ-PERSONEN

Der psychologische Zustand von LGBTQ-Personen wurde insbesondere durch den groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 sowie durch das neue Gesetz „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ beeinträchtigt. Basierend auf den Ergebnissen der Umfrage, der Interviews und Tests lassen sich folgende Trends feststellen:

INTENSITÄT DEPRESSIVER ZUSTÄNDE

Zu den depressiven Zuständen zählen Hoffnungslosigkeit, Apathie, Aussichtslosigkeit, Bedrücktheit, Depression selbst oder die Verschlechterung einer bestehenden Depression. Die Befragten beschreiben ihren Zustand wie folgt:

"Ich habe in den ersten zwei Monaten [nach dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022] jeden Tag geweint. Ich war sehr wütend und habe mit meinen Arbeitskolleg_innen gestritten. Ich habe offen gesagt, dass ich gegen den Krieg bin. Jetzt wächst das Gefühl der Hilflosigkeit, Müdigkeit und Hoffnungslosigkeit. Ich mache mir große Sorgen um die Menschen in der Ukraine und um meine Zukunft".

"Depressionen, Trübsinn und häufige Hysterie aufgrund von Gesetzen über Propaganda und dem Verbot queerer Literatur".

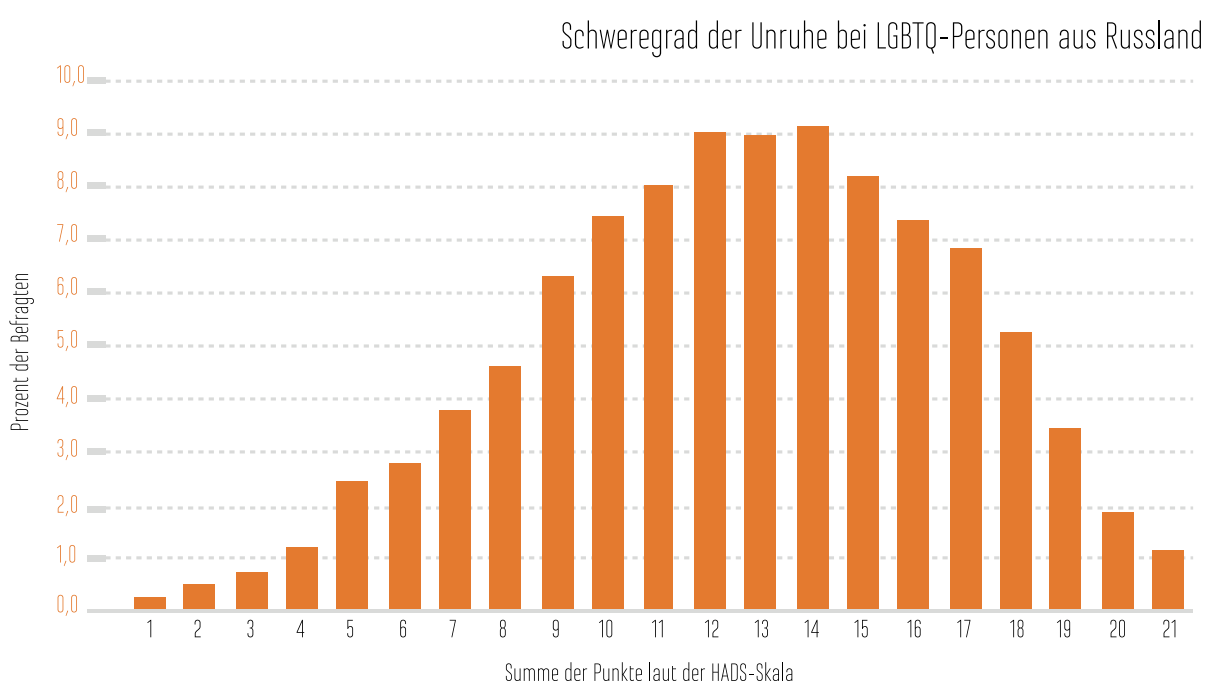
"Mein psychischer Zustand hat sich verschlechtert, ein paar Monate später hat der Psychiater eine Depression diagnostiziert, ich habe mit der Einnahme von Antidepressiva begonnen, dieser Zustand hält bis heute an".

"...Verleugnung, Trughaftigkeit, Steifheit, Apathie, fehlendes Verlangen nach irgendetwas".

"Ich hatte eine sehr schwere depressive Episode, aus der ich bis heute nicht herausgekommen bin".

Wie eine der Experten-Psychologinnen in einem Interview, basierend auf ihren Erfahrungen mit Unterstützung von LGBTQ-Klient_innen nach dem groß angelegter Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022, erklärt: „... eine enorme Welle verschiedener Arten psychosomatischer, emotionaler Reaktionen. Also para-posttraumatischer. <...> Im Ganzen hat es einen sehr unter Druck gesetzt, es stellte die Aufgaben auf der Ebene des Überlebens dar, so eines tiefen Überlebens, körperlichen <...> das heißt, es gibt da solche Verschlimmerungen chronischer Krankheiten, dass es schon problematisch wird, einfach am Leben zu bleiben, weil es zum Beispiel sehr weh tut, oder weil man nicht laufen kann, oder weil man nicht essen kann, so etwas“.

Laut der HADS-Skala, die von professionellen Psycholog_innen zur Diagnose depressiver Zustände verwendet wird, liegt der durchschnittliche Grad der Depression für die gesamte Stichprobe bei 8,32 Punkten, was in den Bereich der subklinisch ausgeprägten Depression fällt. Das folgende Diagramm zeigt die Verteilung der Depressionsschweregrade, wobei bei 8 bis 10 ein subklinisches Depressionsniveau und bei 11 und höher ein klinisches Depressionsniveau diagnostiziert wird.



Der Großteil der Stichprobe weist Anzeichen einer subklinisch oder klinisch ausgeprägten Depression auf, welche die Lebensqualität und die Gesundheit von LGBTQ-Personen erheblich beeinträchtigt. In offenen Antworten erwähnen die Befragten oft direkt, dass die Depression eine Folge der Unfähigkeit war, dem Kriegsausbruch, der Mobilisierung und der Verabschiedung homophober und transphober Gesetze zu widerstehen. Da der Krieg und die Unterdrückung nicht aufhören, kann sich die Depression in die Länge ziehen. Depressionen beeinträchtigen die Funktion aller menschlichen Lebenssysteme und führen zu Störungen der autonomen Funktionen, somatischen Störungen, kognitiven Schwierigkeiten und der Unfähigkeit, einen normalen Lebensstil zu führen. Eine durch äußere Faktoren verursachte anhaltende Depression ist abnormal und muss gestoppt werden, den Menschen muss Hilfe geleistet werden.

CSUIZIDALE TENDENZEN

Zur Depression kommen auch suizidale Tendenzen hinzu. Ein extremes Maß an Verzweiflung und die Unfähigkeit, die Situation zu beeinflussen, führt bei LGBTQ-Personen zu Konsequenzen wie Lebensunlust, Selbstmordgedanken und Selbstmordversuchen. In einem Fall wurde der Selbstmord des Partners wegen der Situation im Land erwähnt:

"Ich hatte Selbstmordgedanken. Sie sind noch da. Deshalb nehme ich jetzt Tabletten".

"Die Situation in psychologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hat mich in eine Depression mit Selbstmordepisoden versetzt".

"Im ersten Jahr hatte ich Angst vor einem Atomkrieg, letzten Sommer bin ich durch den Tod meines Partners in eine Depression verfallen (er hat Selbstmord wegen der Situation im Land), im Moment habe ich schreckliche Angst (ich will nicht allein aufgrund meiner Existenz ins Gefängnis kommen), und ich sehe hier keine Zukunft, obwohl ich hier wirklich gerne eine hätte".

"Im Herbst 2022 bin ich auf einen Beitrag auf Twitter einer Oppositionsjournalistin gestoßen, die mit einem humanitären Visum nach Deutschland ausgereist war, und habe beschlossen, mich auch zu bewerben, weil ich schon früher darüber nachgedacht hatte, aber nicht daran geglaubt hatte, dass es überhaupt möglich wäre. Also habe ich an Quarteera geschrieben, und mein Antrag wurde angenommen und Ende November beim Auswärtigen Amt eingereicht. Seitdem lebe ich in völliger Unsicherheit, denn jeden Tag könnten sie schreiben, dass es Zeit ist, zur Botschaft zu gehen, einen Koffer zu kaufen und so weiter. In der Zwischenzeit wurde auch das Gesetz gegen umfassende LGBT-Propaganda verabschiedet. Jetzt bin ich am Verzweifeln, weil ich seit mehr als einem halben Jahr auf ein Visum warte und keine Ahnung habe, ob ich es erhalte, denn sie schicken keine offiziellen Ablehnungen, sondern ignorieren einfach. Mir ist kein Fall bekannt, in dem sie tatsächlich abgesagt hätten. Darum habe ich den Eindruck, dass ich am schlechtesten und dieses Visum nicht würdig bin. Deshalb denke ich über Selbstmord nach, wenn ich eine Absage bekomme".

Sehr oft erwähnen die Befragten einen Zustand der Hilflosigkeit, die Unfähigkeit, die politischen Verhältnisse zu beeinflussen (den Krieg zu beenden, repressive Gesetze aufzuheben usw.). Sogar diejenigen, die versucht haben, Widerstand zu leisten (sie gingen auf Proteste, äußerten ihre Meinung), haben das Gefühl, dass ihr Handeln keine Wirkung zeigt. Unter solchen Umständen können sich bei großen Gruppen der Menschen ein Gefühl vom Verlust ihrer Subjektivität und Fähigkeit entwickeln, die Verhältnisse ihres eigenen Lebens zu beeinflussen, ein Gefühl der Hilflosigkeit und Kraftlosigkeit kann sich verstärken, was in extremer Form zu einem Selbstmord als Ausweg aus dem unerträglichen Schmerz führen kann. Selbst ohne suizidales Verhalten sind Suizidgedanken ein äußerst belastender Faktor, der sich negativ auf die Lebensqualität auswirkt.

UNRUHE UND ANGSTZUSTÄNDE

Unruhe- und Angstzustände umfassen nicht nur Unruhe und Angst selbst, sondern auch Ausdrucksformen der Angst wie Entsetzen, Panik und Schock. Die Befragten beschreiben ihren Zustand folgendermaßen:

"Ich verspüre Unruhe bis zur Panik. Ich habe wirklich Angst".

"Im Februar selbst war ich am Boden zerstört und in einer Art Katatonie, voller Schock und Entsetzen".

"Mit jedem Tag wird das Leben immer beängstigender, die Gewohnheit, Staatsbehörden zu meiden, hat sich im Subkortex festgesetzt und die Abwesenheit der Mitmenschen in der Nähe und das Gefühl der Konfrontation mit der Welt sind gewohnt geworden".

"Ich bin im Februar 2022 moralisch gestorben. Mein Zustand hat sich kaum verändert und schwankt ständig von ständiger Unruhe bis hin zu panischem Entsetzen".

Es ist psychophysiologisch unmöglich, sich über einen längeren Zeitraum in einem Schockzustand zu befinden, daher wird oft der Übergang von Angst zur Apathie erwähnt: dies ist ein Übergang zur Grundebene der psychologischen Abwehr vom Typ des Erstarrens, die aktiviert wird, wenn Widerstand unmöglich oder unrealistisch ist. Tatsächlich geht es darum, dass Menschen gewaltsam in eine Depression stürzen, indem ihnen die Fähigkeit genommen wird, sich der Diktatur zu widersetzen:

"Totale Panik am Anfang, Schuldgefühl, Schamgefühl, Wut, Verständnislosigkeit, Angst. Irgendwann wurde ich zu einem Gemüse ohne Wünsche und Gedanken, ich konnte kaum noch arbeiten".

"Ständige Angst und Stress sind geblieben, das Entsetzen wird zur Apathie".

"Am 22. Februar haben Unruhe und Depression zugenommen. Der nächste

Höhepunkt ihrer Verstärkung ist während der Ankündigung der Mobilisierung passiert. Mit der Zeit werden diese Empfindungen abgestumpft (da ein Mensch körperlich nicht immer in einem Zustand der Unruhe sein kann, eine Angewöhnung kommt), aber nur bis zu einer neuen schrecklichen Nachricht. Das Gefühl, dass eine weitere schreckliche Nachricht bevorsteht, lässt mich seit dem 22. Februar nicht los".

Die Angst im Fall von LGBTQ-Personen ist berechtigt, weil das „Gesetz über Propaganda“ so formuliert ist, dass jede LGBTQ-Person automatisch als Person zweiter Klasse definiert wird und das Gesetz aufgrund der Unbestimmtheit des Wortlauts auf jede LGBTQ-Person anwendbar ist:

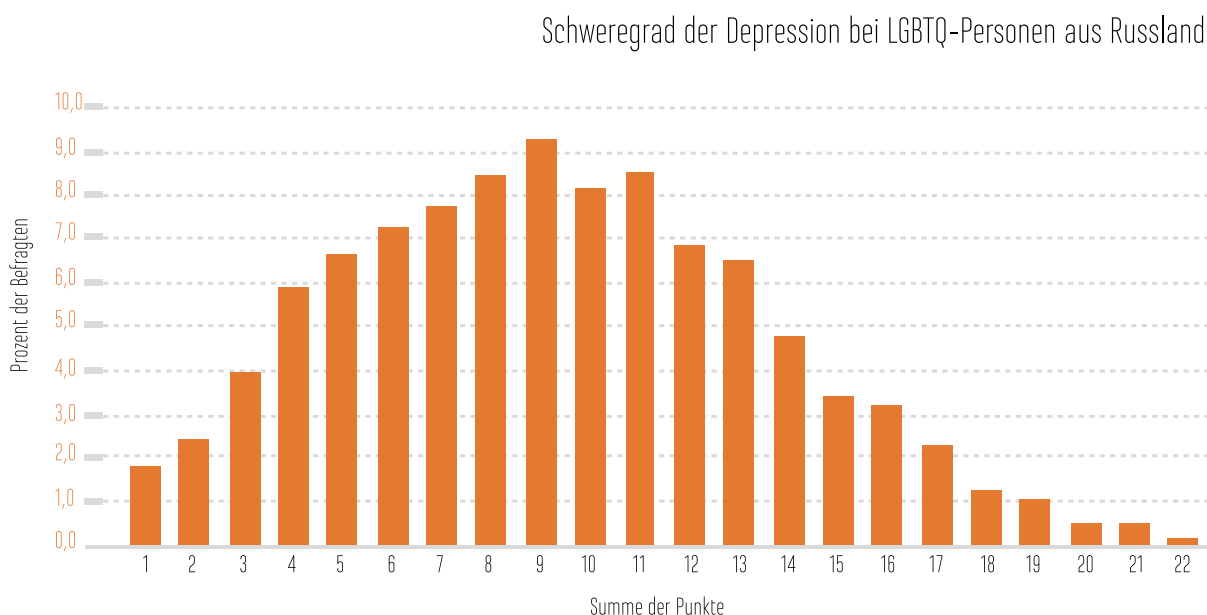
"... das Gesetz über Propaganda hat mich fertiggemacht. Jetzt kriege ich allein schon wegen meines Aussehens Angst, aber ich versuche, mich selbst und meine Werte nicht zu verraten. Ich bin derzeit nicht in einer Beziehung, aber wenn ich in einer wäre, wäre ich definitiv nicht in der Lage, mich an öffentlichen Orten offen zu verhalten. Die Angst hat mich überwältigt und vergeht nicht".

"Früher konnten mein Partner und ich auf der Straße zumindest Händchen halten, aber jetzt ist es beängstigend. Es übt psychologischen Druck aus. An neuen Orten, mit neuen Menschen weißt du nicht, wie sie auf die deine Orientierung reagieren werden, und man verbirgt es lieber für alle Fälle; das macht einen auch psychisch nicht besser. Und im Allgemeinen ist es sehr beängstigend zu begreifen, dass man dich in deinem Land buchstäblich verboten hat, dass es hier nicht mehr sicher ist, dass dies nicht mehr dein Zuhause ist".

"Als die Queer-Cancel-Politik begann, habe ich häufiger Panikattacken bekommen. Generell wurde die Angst um unsere Zukunft und die Zukunft von LGBTQ+ in unserem Land größer. Es ist beängstigender, Themen zu erwähnen, die indirekt mit Queer zu tun haben. Es wurde viel unruhiger".

" Ich habe Angst bekommen, auf der Straße zu reden, ich habe begonnen, Albträume zu haben, die mit der Politik und der Polizei zu tun haben".

Gemäß der HADS-Skala beträgt das durchschnittliche Angstniveau für die gesamte Stichprobe 12,46 Punkte, was in den Bereich klinisch ausgeprägter Angst fällt. Das folgende Diagramm zeigt die Verteilung der Angstschweregrade, wobei bei 8 bis 10 ein subklinisches und ab 11 ein klinisches Angstniveau diagnostiziert wird. Die Grafik zeigt, dass die meisten Befragten von starken Ängsten erfasst werden. Interessant ist der Unterschied zwischen den Befragten, die in Russland geblieben sind, und denen, die das Land verlassen haben: 12,6 und 11,7 Punkte; dieser Unterschied ist jedoch statistisch nicht bestätigt.



Ständiger Unruhezustand kann zur Entwicklung verschiedener Persönlichkeitsstörungen des Angstspektrums führen, autonome Störungen verursachen und sich negativ auf alle Bereiche des menschlichen Lebens auswirken. Anhaltende Unruhezustände erfordern Hilfe und müssen verhindert oder gestoppt werden.

DISSOZIATIVE VORGÄNGE

Dissoziative Vorgänge sind ein extremer Abwehrmechanismus, der die Fähigkeit der Psyche nutzt, einen Teil des unerträglichen traumatischen Erlebnisses „abzuspalten“. Oft wird ein „Nebel“ im Bewusstsein erwähnt. Die Befragten beschreiben ihren Zustand wie folgt:

"Ich erlebe Entsetzen und Derealisation. Doomscrolling. Ich versuche, nicht verrückt zu werden".

"Ein Gefühl völligen Surrealismus".

"Zuerst war es eine unkontrollierbare Wut, dann bin ich in eine Sonderhaftanstalt gekommen und habe mich ein wenig beruhigt, dann haben eine suizidale

Depression wegen des Schuldgefühls und eine ständige Dissoziation begonnen, die bis heute anhält".

"Alles war automatisch. Denn meine Freundin ist aus Mariupol".

Die Notwendigkeit, Dissoziation als psychophysiologischen Schutz langfristig einzusetzen, kann zu anhaltenden Persönlichkeitsstörungen mit dissoziativem Charakter führen. LGBTQ-Personen, die unter dem doppelten Druck aufgrund des Widerstands gegen den Krieg und der homophoben und transphoben Repressionen stehen, sind einem Risiko für dissoziative Störungen ausgesetzt.

VERSCHÄRFUNG FRÜHER DIAGNOSTIZIERTER PSYCHISCHER ERKRANKUNGEN

Es ist darauf besonders hinzuweisen, dass ein Teil der LGBTQ-Personen, die bereits vor Kriegsbeginn gegen bestimmte psychische Störungen zu kämpfen hatten, eine Verschlechterung ihrer Lage aufgrund der Verschlechterung der politischen Situation erlebt haben:

"Mehrere Verschlimmerungen psychischer Störungen auf dem Markt des starken Stresses und der panischen Zukunftsangst".

"Meine ÄVPS¹⁶⁹ hat sich verschlimmert".

"Meine Depression ist zurückgekommen, ich habe häufige Panikattacken bekommen, ich konnte einfach schwer leben und atmen".

ZERFALL SOZIALER BINDUNGEN, POLARISIERUNG

Seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben sich die Prozesse der Polarisierung für viele Leute in Russland verschärft. Da sich LGBTQ-Personen im Allgemeinen in einer verletzlichen Lage befinden und aufgrund ihrer Gender-/sexuellen Identität ständig dem Risiko vom Zerfall sozialer Störungen ausgesetzt sind, stehen sie unter doppeltem Druck. Leitmotiv ist auch die zunehmende Einsamkeit und das Gefühl der Isolation:

"Ich habe ein Hassgefühl zu „Vatniks“ [Hurrapatriot_innen] und diejenigen bekommen, die für die „Sonder-Operation“ sind".

"Zunehmender Hass gegenüber Z-Patriot_innen und dem Heimatstaat im Allgemeinen! Ich kann mich nicht daran erinnern, dass so viele idiotische Gesetze in einem Land so schnell verabschiedet wurden".

"Ich wurde aggressiver gegenüber Menschen, die das Putin-Regime und den Krieg verteidigen".

"Meine Familie und einige Freund_innen haben mir den Rücken gekehrt. Das Gefühl der Einsamkeit und Hilflosigkeit wurde stärker".

"... Einige meiner Freund_innen haben Russland verlassen, und es tut mir wirklich weh, dass wir uns jetzt nie wiedersehen werden".

"Notwendigkeit zu schweigen: man kann über nichts und mit niemandem reden – das ist sehr deprimierend".

REFLEXION VON DISKRIMINIERUNG

Die Umfrage enthält auch viele direkte Hinweise auf die Diskriminierungserfahrungen von LGBTQ-Personen angesichts des neuen Gesetzes „über Propaganda“ und der Repressionen:

"... aufgrund des mangelnden Erfolgs bei der Inbesitznahme fremder Territorien, um die Aufmerksamkeit der einfachen Menschen abzulenken, begann die russische Regierung mit der Erhöhung von Druck und Diskriminierung gegen die LGBTQIAP+Gemeinschaft, zu der ich mich zähle, wodurch das Leben in diesem Land für eine Person wie ich jeden Tag immer gefährlicher und schwieriger wird. Außerdem wächst jeden Tag die Angst, nicht aus diesem Land fliehen zu können, in dem ich mich wie eine Geisel und eine Gefangene fühle. Dennoch gebe ich die Hoffnung nicht auf und tue jeden Tag mein Bestes, um den Moment näher zu bringen, in dem ich mich aus dieser Gefangenschaft befreien und wieder mit vollen Zügen atmen kann".

"Außerdem ist es verletzend und beängstigend, dass die Propaganda aus LGBTQ-Personen interne Feinde macht, gegen die Putins Staat die gesamte russische Gesellschaft aufzubringen versucht".

"An öffentlichen Orten geben wir vor, Freunde zu sein, weil wir Angst vor Aggression haben. Auch am Arbeitsplatz müssen wir uns vortäuschen und verbergen, da wir regelmäßig Witze oder Aggression gegenüber LGBTQ hören".

"Als die Politik vom Cancelln queerer Menschen begonnen hat, habe ich immer häufiger Panikattacken bekommen".

"Abgesehen von der Politik ist es unmöglich, seinen bürgerlichen Standpunkt zu den Rechten von LGBTQ-Personen auszudrücken, ohne Schikanen zu riskieren, was

erschreckend ist und zum völligen Mangel an Sicherheit in der Meinungsäußerung führt".

Es ist wichtig zu bemerken, dass LGBTQ-Personen seit Anfang der 2000er Jahre dank der Arbeit von LGBTQ-Organisationen und der Entwicklung von LGBTQ-Gemeinschaften in Russland ein größeres Bewusstsein für ihre Rechte entwickelt haben, häufiger auf Diskriminierung aufmerksam werden und dagegen protestieren. Die im Bericht enthaltenen Aussagen bestätigen das. Es ist besonders wichtig, diese Errungenschaften nicht zu verlieren, indem LGBTQ-Personen in dieser schwierigen Zeit in ihrer Identität und ihren Rechten unterstützt werden.

KCOPING-STRATEGIEN VON LGBTQ-PERSONEN IN KRISENKONTEXTEN

Bei Analyse der Antworten der Befragten konnten mehrere Kategorien festgestellt werden, welche die wichtigsten Möglichkeiten zur Bewältigung (Coping) der aktuellen soziopolitischen Krise beschreiben. Trotz des Ernstes der Lage finden viele LGBTQ-Personen Wege zur Selbsthilfe und zur gegenseitigen Unterstützung.

INANSPRUCHNAHME PROFESSIONELLER PSYCHOLOGISCHER UND/ODER PSYCHIATRISCHER HILFE

In Russland gibt es für LGBTQ-Personen ein zusätzliches Hindernis: die Homophobie/Transphobie helfender Fachkräfte aufgrund des Mangels an notwendiger Vorbereitung auf die Arbeit mit LGBTQ-Personen und veralteter Normen in der Ausbildung von Psycholog_innen und Psychiatr_innen. Dennoch sehen viele LGBTQ-Personen professionelle Hilfe als eine Option und nehmen sie in Anspruch:

"Jetzt besuche ich einen Psychotherapeuten und nehme Antidepressiva ein, deshalb bin ich nicht mehr so ängstlich, aber manchmal überkommt mich ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit".

"Ich suchte Hilfe bei einer Psychotherapeutin; sie hat bei mir eine Borderline-Persönlichkeitsstörung diagnostiziert und mir zwei Arten von Antidepressiva verschrieben. Jetzt hat sich mein Zustand wieder verbessert".

"Die Unruhe hat zugenommen, mit der ich nicht mehr umgehen konnte, und ich musste Hilfe bei einem Psychotherapeuten suchen".

"Aufgrund der Verschlechterung meines Gesundheitszustands nach Ausbruch des Krieges musste ich einen Psychotherapeuten aufsuchen, die Behandlung hat schließlich geholfen, und ich hatte die Kraft, meine Ausreise zu planen".

"Eine schwere Depression und Angststörung, die eine medizinische und psychologische Behandlung erforderlich gemacht haben".

Dieser Trend wird in einem Experteninterview mit einer der Psychologinnen bestätigt: „...die Idee, dass ich einen_eine Psycholog_in aufsuchen möchte: viele Leute haben gesagt, dass sie innerhalb eines Monats oder einer Woche nach dem Kriegsbeginn gekommen ist“. Leider wird die Inanspruchnahme von Hilfe in Russland in den meisten Fällen aus dem Einkommen der Hilfesuchenden selbst bezahlt, da es keine staatliche finanzielle Unterstützung gibt, und daher haben nicht alle LGBTQ-Personen diese Möglichkeit. Außerdem gibt es zusätzliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Unzugänglichkeit von Medikamenten aufgrund der Störung der internationalen Beziehungen:

"Nach dem Kriegsausbruch musste ich die Therapie beim Psychiater unterbrechen, weil die notwendigen Medikamente aus den Apotheken verschwunden waren und dann auch das stabile Einkommen verloren wurde".

Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, dass die meisten bestehenden LGBTQ-Initiativen und Non-Profit-Organisationen weiterhin eine kostenlose psychologische Beratung für die Gemeinschaft anbieten, wobei sie in vielen Fällen in den Remote-Modus wechselten, aber zugänglich blieben.

AUSREISE ODER AUSREISEPLANUNG

"Schock – Hilflosigkeit – Depression – Burnout – erzwungene Emigration – Trauer".

Die Ausreise aus Russland ist eine besonders wichtige Möglichkeit, die politische Krise zu bewältigen und die eigene Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Kapitel beschreiben die Autor_innen der Studie den psychologischen Zustand von Menschen, die nach dem 24. Februar 2022 gezwungen waren, Russland zu verlassen.

Es ist zu betonen, dass es sich um erzwungene Migration aufgrund akuter Unsicherheit handelt, d. h. die Menschen haben ihr Heimatland verlassen oder sind bereit, es zu verlassen, weil es gefährlich ist, dort zu bleiben, tatsächlich geht es um eine Flucht. Die Wörter „entkommen“, „schaffen“ und „fliehen“ werden oft zur Beschreibung der Ausreise verwendet.

Ein Teil der Befragten hat Russland bereits verlassen und stellt im Allgemeinen einige Verbesserungen fest, auch wenn es andere erhebliche Schwierigkeiten gibt:

"In Russland haben sich alle Parameter verschlechtert. Nach dem Umzug durch mehrere Länder nach Europa hat sich eine Reihe von Parametern verbessert".

"Ich wurde bei der Kundgebung am 24. Februar festgenommen und habe 5 Tage in einer Sonderhaftanstalt verbracht. Dann vereinbarten wir, nur noch abwechselnd mit meiner Freundin auf die Straße zu gehen, damit es jemanden gibt, der unsere Haustiere füttert. Dann wurde der Besuch bei Gericht immer anstrengender. Dann ist meine Freundin beruflich in ein anderes Land gegangen, und ich bin in der RF geblieben, um Dokumente zu sammeln, und habe meinen Arbeitsplatz zu einem Remote-Job gewechselt. Jetzt bin ich in demselben Land wie meine Freundin, aber mit einem Remote-Job in der RF. Ich bin sicher, dass ich wegen meiner Orientierung oder meiner politischen Einstellung nicht verprügelt werde, aber ich bin nicht sicher, dass ich aus demselben Grund mein Einkommen nicht verliere".

"Nach der Ausreise aus der RF (Januar 2023) wurde es viel einfacher. Jetzt erlebe ich Stress und Unruhe aufgrund von Müdigkeit und Anpassungsschwierigkeiten im neuen Land, aber ich fühle mich trotzdem viel besser als in Russland".

"Das gesamte Jahr 22 vor der Ausreise – Apathie. Nach der Ausreise – Erleichterung".

Aus der Umfrage unter LGBTQ-Befragten, die nach dem Kriegsbeginn ausgewandert sind, ist ersichtlich, dass Unruhe und alle Arten von Angst die Hauptantriebskraft waren:

"... in Schrecken versetzt, ich habe Minuten bis zur Ausreise aus diesem faschistische Land gezählt".

"Ich hatte Angst auszureisen, aber noch mehr Angst zu bleiben".

"Der Inlandsgeheimdienst FSB ist zu mir für eine Durchsuchung gekommen, hat meine Sachen beschlagnahmt Ich habe mich gefühlt, als würde ich russisches Roulette spielen. Denn ich wusste nicht, ob ich jemals wieder ausreisen könnte".

Ein Teil der Befragten bereitet sich auf die Ausreise vor:

"Ich versuche mein Bestes, um von hier wegzugehen, sobald ich solche Gelegenheit dazu habe".

"Ich suche nach einer Möglichkeit, auszureisen, aber es stellt sich heraus, dass mein russischer Pass toxisch ist, ich wurde in Russland nie für einen Menschen gehalten, und jetzt bin ich für die ganze Welt ein Russe („Rusnja“, die Putin nicht gestürzt hat). Ich schäme mich für all das Grauen, das mein Land anrichtet".

"Ich habe kein Vertrauen in die Zukunft, ich wollte in Russland bleiben, aber jetzt plane ich, in der Zukunft zu auszureisen".

Die Notwendigkeit der Notauswanderung schafft zusätzliche Krisen:

"Ich bin hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch auszureisen und dem Wunsch zu bleiben, denn ich habe Angst um mein Kind".

Eine Experten-Psychologin weist in ihrem Interview darauf hin, dass die Mehrheit ihrer LGBTQ-Klient_innen nicht an die Möglichkeit glaubt, auszureisen: „...Die meisten dieser Menschen glauben nicht, dass es überhaupt möglich ist, Russland zu verlassen. Es handelt sich eher um einzelne, sehr anschauliche Fälle: Fälle von Menschen, die ausgereist sind. Hier erfahre ich, dass eine Person, die zweimal ausgereist ist, und ich bin sehr froh darüber“. Eine andere Expertin weist darauf hin, dass die entgegengesetzte Strategie zur Migration das „Untertauchen“ ist. Diese Strategie ist LGBTQ-Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer verletzlichen Gruppe vertraut, aber sie ist diskriminierend, unfair und schädlich für die Entwicklung einer gesunden sexuellen/Gender-Identität.

Leider ist es derzeit für LGBTQ-Personen objektiv unsicher, in Russland zu bleiben. Bestimmte Gruppen von LGBTQ-Personen sind einer zusätzlichen Bedrohung ausgesetzt: insbesondere Transgender-Personen, LGBTQ-Personen mit Kindern, LGBTQ-Personen im Nordkaukasus, LGBTQ-Jugendliche und andere. Die Experten geben die folgenden Kommentare:

"Für mich bleiben Trans-Personen die verletzlichste Gruppe".

"In Anbetracht der Tatsache, dass es noch T-Jugendliche von niemanden gecancelt wurden, prognostizieren wir, dass [die Zahl der] Selbstmorde zunehmen wird".

UNTERSTÜTZUNG VON ANDEREN MENSCHEN

Trotz des schwierigen politischen Kontextes und der zunehmenden internen Repressionen stützen sich einige LGBTQ-Personen auf die Notwendigkeit, anderen zu helfen, sowie auf eine Form der Vereinigung:

"Meine Freunde und ich und meine Familie versuchen, aufeinander aufzupassen und Initiativen zu unterstützen, die nicht illegal und sicher zu unterstützen sind, aber das ist im Moment sehr schwierig".

"Als eine Person, die LGBTQ+ Menschen innerhalb Russlands hilft, kann ich nicht riskieren und als Anti-Kriegs-Aktivist_in aktiv zu sein, weil ich dann die Möglichkeit verlieren würde, zu helfen. Aber wir versuchen trotzdem, dem Krieg im Verborgenen entgegenzuwirken – wir stellen Treffpunkte für Antikriegsaktivist_innen zur Verfügung, helfen Personen aus der Ukraine. Das unterstützt ein bisschen".

"Der Stress durch den Kriegsausbruch hat meine Reflexion in Bezug auf die Transition ausgelöst. Es wurde unmöglich, die Maske einer „Frau des Mannes“ zu tragen, wenn man sich in eine Handvoll nuklearer Asche verwandeln könnte. Ich bin wohl schon verrückt. Die alte Welt ist zusammengebrochen, und in der neuen bin ich nun so: ein wütender und furchterregender Trans-Kerl, der bereit ist, für die gleichen Stigmatisierten zu kämpfen".

"Im Augenblick tue ich alles, um mein Leben, das Leben meiner Verwandten in Russland und das einer Freundin aus der Ukraine zu verbessern, und obwohl ich nicht an eine lichtvolle Zukunft glaube, versuche ich, im Moment etwas Gutes zu tun".

"Geholfen haben mir die Arbeit, die Erhöhung meines Einkommens, die ehrenamtliche Tätigkeit bei einer Autismus-Stiftung und die Arbeit in einem Zentrum für Kinder mit Entwicklungsstörungen, und die Vorbereitung auf den Umzug hat mir ein Gefühl der Sinnhaftigkeit gegeben".

Der Kommentar der Experten-Psychologin deutet darauf hin, dass auch Menschen, die zuvor nicht in den Aktivismus involviert waren, sich zu vereinen begannen: „Selbstorganisation kommt von irgendwoher, und es gibt Leute, die beginnen, sie zu produzieren, und sie sind außerhalb des aktivistischen Umfelds, sie tun es aus Instinkt, sie nutzen ihr Wissen. Jemand hat Kenntnisse aus der Wirtschaft, aus dem Marketing und so weiter, aus der Logistik, der Programmierung. Sie alle kommen zusammen, und etwas Unglaubliches passiert“.

Es ist wichtig, dass die Erfahrung des Aktivismus im LGBTQ-Bereich auch für den Antikriegsaktivismus genutzt wird. In der LGBTQ-Gemeinschaft in Russland sind in den letzten 20 Jahren verschiedene Formen von Vereinigungen und Gruppen gewachsen und stärker geworden. Dies ist ein Beweis für die Entwicklung der LGBTQ-Bewegung. Damit diese Errungenschaften nicht verloren gehen, ist es besonders wichtig, die LGBTQ-Bewegung innerhalb Russlands zu unterstützen sowie Initiativen und Organisationen außerhalb Russlands zu fördern, die mit LGBTQ-Personen im Land arbeiten.

SUCHTVERHALTEN

Einige Befragte berichten, dass sie zu psychoaktiven Substanzen gegriffen haben, vor allem diejenigen, die schon früher konsumiert wurden:

"Ich habe nach 5 Jahren ohne Nikotin wieder angefangen zu rauchen, habe viel geraucht und konnte über sechs Monate lang nichts dagegen tun".

"Nach dem Umzug hat sich der mentale Zustand verschlechtert; es ist zu einem Rückfall in selbstschädigendes Verhalten und Drogenkonsum nach der Ankündigung der Teilmobilisierung gekommen".

"Wegen Stresses bin ich nach einer Remission zum Drogenkonsum wiedergekommen".

"Mich retten Arbeitsprojekte, Nachrichten, dass einer meiner Freunde „entkommen“ ist, und Alkohol (ja, es ist, als würde es mehr davon geben)".

VERLEUGNUNG

Diese Coping-Strategie kommt in den Antworten der Befragten nicht häufig zum Ausdruck, aber sie ist es wert, gesondert kommentiert zu werden. Sie kommt in der folgenden Antwort gut zum Ausdruck:

"ehrlich gesagt, tauche ich in dieses Thema überhaupt nicht ein, und ich werde auch von nichts gestört".

Interessanterweise hat die Person, die sich von der Situation „nicht gestört“ fühlt, dennoch die gesamte Umfrage ausgefüllt. Es ist wichtig zu wissen, dass die Verleugnung eine Schutzfunktion hat, und dass dieselbe Person eine andere Meinung haben könnte, wenn sich die Bedingungen zu sichereren ändern würden. Diese Tatsache ist wichtig, um die Situation in Russland zu bewerten: manche Menschen schützen sich vor Angst und Hilflosigkeit durch Verleugnung, aber dies spiegelt nicht unbedingt das vollständige Bild ihres Bewusstseins wider.

MEINUNGEN VON EXPERT_INNEN: DIE MÖGLICHKEIT, LGBTQ-PERSONEN IN RUSSLAND UND IN DER EMIGRATION PSYCHOLOGISCHE UNTERSTÜTZUNG ZU BIETEN

Im Rahmen der Experteninterviews wurden drei Experten-Psychologinnen mit langjähriger Erfahrung in der Betreuung von LGBTQ-Personen befragt, die Erfahrung in der Arbeit mit LGBTQ-Organisationen haben oder zum Zeitpunkt der Teilnahme an der Studie weiter mit ihnen arbeiteten. Aus den Ergebnissen der Interviews wurde eine Liste von Risiken für Psycholog_innen erstellt, die mit LGBTQ-Klient_innen in Russland arbeiten.

Risiken bei der Arbeit mit LGBTQ-Klient_innen in Russland:

Gefahr der Provokationen, insbesondere bei Beratung von LGBTQ-Jugendlichen, Notwendigkeit zur Überwachung der Möglichkeit einer Provokation, zunehmende Selbstzensur, unklarer Gesetzesrahmen zur psychologischen Hilfe für Jugendliche.;
 Angst der Fachleute vor der Arbeit mit LGBTQ-Personen aufgrund des Gesetzes „zum Verbot von Gay-Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“, unklarer rechtlicher Status der Bereitstellung von psychologischer Hilfe für LGBTQ-Personen;
 Verfolgungen an staatlichen Arbeitsplätzen, Denunziation, Inspektionen;
 Anerkennung von Psychologen der LGBTQ-Organisationen als ausländische Agenten, Arbeit in Organisationen – ausländischen Agenten;
 Befürchtungen von Partner_innen, zu kooperieren (z. B. bei Organisation von Bildungsveranstaltungen zu LGBTQ-Themen), Unfähigkeit, die Adresse von Veranstaltungen zu veröffentlichen, Gefahr der Verwendung der Abkürzung LGBTQ in Ankündigungen;
 Unmöglichkeit, soziale Netzwerke zur Verbreitung von Informationen zu nutzen: aufgrund ihrer Unzugänglichkeit ohne VPN (Facebook, Instagram) oder ihrer Unsicherheit (VKontakte);
 Verhinderungen, Unterbrechungen, Ausfälle, Schließungen von Fachkonferenzen und Aufklärungs-Veranstaltungen, Angriffe auf Ehrenamtliche und Teilnehmende;
 Erfahrungen von Psycholog_innen, die aufgrund ihrer Arbeit und/oder ihrer sexuellen/Gender-Identität angegriffen wurden;
 Offenlegung der persönlichen Daten von Psycholog_innen durch homophobe Personen;
 Gefahren bei der Arbeit mit LGBTQ-Jugendlichen aufgrund der fehlenden elterlichen Erlaubnis;
 Homophobie in staatlichen Positionen, insbesondere beim Ombudsmann für Menschenrechte in der Region;
 Gefahren bei der Arbeit in LGBTQ-Organisationen: Durchsuchungen, Befragungen, sonstige Aufmerksamkeit der Strafverfolgungsbehörden;
 Unmöglichkeit, ihre eigene Familie, ihre Kinder zu legalisieren, andere allgemeine Gefahren im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit von Psycholog_innen zur LGBTQ-Gemeinschaft.

Zusätzliche Herausforderungen bei der Arbeit von Psycholog_innen mit der LGBTQ-Gemeinschaft nach dem Kriegsausbruch:

- ich musste mit meinen eigenen Gefühlen über den Kriegsausbruch zurechtkommen und gleichzeitig Klient_innen helfen, bei denen die Gewalt in diesem Ausmaß all ihre vergangenen traumatischen Erfahrungen aktualisiert hatten: "es war in gewisser Weise wie eine Art emotionaler Atomkrieg";
- persönliche depressive Reaktionen der in Russland lebenden Fachleute: "Jetzt besteht ein Gefühl, dass wir <...> wenn wir uns bewegen, dann in eine hoffnungslose Geschichte. Ich meine, so wie es jetzt ist, wächst die Chthonie. Diese Chthonie, von der wir irgendwie weggekommen sind, wie es mir vorgekommen ist. Ja, und das ist natürlich frustrierend für mich. Es macht mich depressiv und manchmal auch wütend.";
- ein Großteil der Arbeit dreht sich um das Thema Auswanderung: Begleitung bei der Entscheidung zur Auswanderung, zum Umzug, Korrespondenz mit Verweisen von LGBTQ-Klient_innen für Informationen über Auswanderungsmöglichkeiten: "Es war eine enorme Arbeit. Das Ergebnis war, dass alle, mit denen ich in Kontakt gekommen bin, Sicherheit erfahren haben";
- Verlust des Kontakts zu den Klient_innen, wenn sie umziehen: "ein Teil der Praxis verschwindet, geht online, oder die Leute verschwinden, weil sie in Flüchtlingslagern sind, es gibt da keine Kommunikation, und es war auch etwas ganz Ungewohntes in Bezug auf den Zustand, in Bezug auf die Erlebnisse";
- Unterstützung der ausgeisten Klient_innen bei ihren internen Konflikten rund um das Thema Rückkehr nach Russland: "es ist eine sehr schwierig erlebte Auswanderung, eine erzwungene Auswanderung. Denn "Was mache ich hier?", <...> es gibt keine Arbeit, das ganze Leben ist dort geblieben, die Freunde dort geblieben, die Mitmenschen sind dort geblieben";
- Anstieg der Zahl von Anfragen der Transgender-Personen aufgrund der zunehmenden Repression gegen diese Gruppe: "Ich weiß sicher von meinen Kolleg_innen, dass die Zahl der Anfragen zugenommen hat"; "die Zahl der Anfragen von T-Personen hat nun sicherlich zugenommen, meiner Meinung nach jetzt drei (mal)";
- Brüche in den beruflichen Beziehungen, Abwanderung von Fachleuten aus Russland: "Der größte Teil <...> der kollegialen Unterstützung ist aus dem Offline-Raum verschwunden <...> diese Leute sind irgendwo, und es ist schwierig für sie auf ihre eigene Weise, sie versuchen sich anzupassen";
- Angst, einer „LGBT-Propaganda“ beschuldigt zu werden: "Wenn ein_e Spezialist_in Angst hat, kann seine_ihre Arbeit nicht effektiv sein". Eine Reihe von Psycholog_innen schreiben nicht mehr "LGBTQ-freundlich" über sich selbst, aber andere schreiben es weiter, weil sie es für wichtig halten;
- Arbeit mit LGBTQ-Klienten aus einem Konfliktherd: "wenn ein Mensch 24 Stunden hat, nachdem auf ihn geschossen wurde, versuchen wir, es ihm ein bisschen zu erleichtern".

Empfehlungen von Spezialist_innen zur Relocation von LGBTQ-Personen:

- Verfügbarkeit von Anweisungen, Leitlinien und Algorithmen zur Orientierung in allen Phasen der erzwungenen Auswanderung;
- die Möglichkeit, Hilfe zu erhalten und Kontakte zu Menschen zu haben, die Russisch sprechen (insbesondere für diejenigen, die keine Fremdsprache kennen);
- Zugang zu dringender Beratung durch einen_eine Psycholog_in, einschließlich Online-Beratung;
- Notwendigkeit zusätzlicher Unterstützung für Transgender-Klient_innen.

Berufliche Anfragen:

- Berufliche Vernetzung im Kontext des veränderten Systems, Unterstützung von beruflichen Verbindungen, Interventionsgruppen und anderen Aktivitäten für Fachleute, die mit russischsprachigen LGBTQ-Personen arbeiten, die in Russland bleiben oder in der Emigration sind;
- Unterstützung russischsprachiger LGBTQ-Projekte in Umzugsgebieten, insbesondere in Deutschland.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die durchgeführte Studie zeigt deutlich, dass die russischen Behörden unter der Führung von Wladimir Putin den Druck auf LGBTQ-Personen und die Einschränkung ihrer Rechte in Russland auf ein neues Niveau gebracht haben, indem sie die staatliche Homo-, Bi- und Trans-Phobie zum Eckpfeiler ihrer Politik erklärt haben. Seit dem Beginn des groß angelegten Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 haben die russischen Behörden durch zwei Gesetze – „zum Verbot von Gay- Propaganda gegenüber allen Altersgruppen“ und „zum Verbot der Transition“ – den Fortschritt annulliert, den Russland bei Anerkennung der Rechte von homosexuellen, bisexuellen und Transgender-Personen gemacht hatte.

Anstatt eine Politik der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung umzusetzen, haben die russischen Behörden eine totale LGBTQ-Zensur eingeführt. Die derzeitige russische Gesetzgebung unterstützt und bestärkt zuvor entstandene homophobe und transphobe Narrative und verstößt gegen die von den russischen Behörden eingegangenen Verpflichtungen, Menschenrechte einzuhalten.

Die derzeitige Situation der LGBTQ-Gemeinschaft in Russland ist eine Situation der kritischen Gefahr. Es handelt sich um Zehntausende von privaten Tragödien von Menschen, die ihrer Grundrechte beraubt wurden, insbesondere Transgender-Personen, LGBTQ-Familien mit Kindern, Aktivist_innen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen, und LGBTQ-Personen im Nordkaukasus, wo die von der Staatsmacht sanktionierte Gesetzlosigkeit ihren Höhepunkt erreicht.

Die Folge daraus ist eine extreme Bedrücktheit der LGBTQ-Gemeinschaft, die sich im Durchschnitt in subklinischen Depressionen in Verbindung mit Selbstmordgedanken und klinischen Angstzuständen äußert. Die Repressionen versperren der Gemeinschaft auch den Zugang zu professioneller Hilfe und schränken die Arbeit von LGBTQ-Organisationen ein.

Heute brauchen LGBTQ-Personen in Russland mehr denn je Unterstützung, damit sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden, weil sie dafür vom Staat und von der Gesellschaft unter Druck gesetzt werden, wer sie sind. Es ist wichtig, die LGBTQ-Gemeinschaft in Russland zu unterstützen, und zwar durch Aktivitäten, die LGBTQ-Organisationen sicherer durchführen können (online oder offline), basierend auf einer Bewertung der Situation durch LGBTQ-Initiativen selbst, auf ihren Bedürfnissen und auf den Bedürfnissen von LGBTQ-Personen in Russland.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die LGBTQ-Gemeinschaft in Russland die Antikriegswerte und -stimmungen teilt und die Ukraine womöglich aktiv unterstützt, selbst wenn sie sich in einer besonders verletzlichen Lage befindet. Das Antikriegspotenzial der LGBTQ-Personen und -Organisationen kann genutzt werden, indem sie in Antikriegs-Koalitionen und -Gruppen eingebunden werden.

EMPFEHLUNGEN

Mit Rücksicht auf das Dargelegte, ruft EQUAL PostOst zu Regierungen von Ländern auf, die für LGBTQ-Personen sicher sind

sich an die russischen Behörden zu wenden und sie aufzufordern, die Repressionen gegen LGBTQ-Personen innerhalb des Landes zu beenden und homophobe und transphobe Gesetze aufzuheben;

Programme zur Bereitstellung von Schutz- und humanitären Visa für verfolgte LGBTQ-Aktivist_innen aus Russland, LGBTQ-Familien mit Kindern, Trans-Personen, insbesondere solche, die mobilisiert werden können, LGBTQ-Personen aus dem Nordkaukasus sowie LGBTQ-Personen aus den besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich der Krim, die – aus welchen Gründen auch immer – keine ukrainischen Dokumente erhalten konnten, zu entwickeln;

in die Entwicklung von Unterstützungsprogrammen LGBTQ-Organisationen einzubeziehen, die mit der LGBTQ-Gemeinschaft in Russland und in der Emigration arbeiten;

gefährdeten LGBTQ-Personen eine Asyl-Beantragung in sicheren Ländern zugänglich zu machen, sowie ihnen einen zusätzlichen Schutz in Flüchtlingslagern zu gewährleisten;

die Ausstellung von Visa jeglicher Art für gefährdete und verfolgte LGBTQ-Personen zu beschleunigen;

ein verständliches Verfahren zur Anerkennung von Partnerschaften für LGBTQ-Familien zu entwickeln, die in Russland nicht die Möglichkeit hatten, zu heiraten;

die Rechte von LGBTQ-Familien mit heterosexuellen Familien gleichzustellen, insbesondere im Hinblick auf das Verfahren der Familienzusammenführung;

die Arbeit von LGBTQ-Organisationen in Russland und in der Emigration zu unterstützen, um ihre Expertise zu bewahren und weiterzuentwickeln;

LGBTQ-Aktivist_innen und Flüchtlingen in der gesamten Europäischen Union Zugang zu psychiatrischer Versorgung in ihrer Muttersprache zu gewährleisten.

ANHANG 1.

LISTE DER BERICHTE.

Annual review of the human rights situation of lesbian, gay, bisexual, trans and intersex people in Europe and Central Asia. – ILGA EUROPE; Brüssel, 2023. – 158 pp.

LGBT+ People in Russia: 2022 Full Report. – Coming Out, Sphere, 2023. – 53 pp.

Report On Incidents of Discrimination and Violence on Grounds of Sexual Orientation and Gender Identity in 2015 in Saint Petersburg, Russia. – Coming Out; 2016. – 89 pp.

Russia's war on Ukraine: The situation of LGBTI people. – EPRS | European Parliamentary Research Service: David de Groot, Micaela Del Monte, Members' Research Service PE 729.412 – May 2022.

Fall von Kinderentzug. Wie staatliche Behörden LGBT+Familien verfolgen. – Vykhod, 2019. URL: <http://law.comingoutspb.com/courts/13> (Abrufdatum: 23.10.2023).

Diskriminierung von LGBT: was, wie und warum? – Kirichenko K.A., Sabunayeva M.L. – SPb.: Vykhod, 2012. – 104 S.

Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Gender-Identität in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Erwerbstätigkeit und Sozialhilfe in der Russischen Föderation. – Russisches LGBT-Netzwerk, 2011. – 29 S.

Bericht über die Situation der LGBT*-Gemeinschaft in St. Petersburg im Jahr 2019. – SPb.: Vykhod, 2020. – 171 S.

Bericht über die Situation der LGBT*-Personen in St. Petersburg im Jahr 2020. – SPb.: Vykhod, 2021. – 56 S.

Bericht über die Situation der LGBT*-Personen in St. Petersburg im Jahr 2021. – SPb.: Vykhod, 2022. – 45 S.

Bericht über die Situation der LGBT*-Gemeinschaft in St. Petersburg im Jahr 2018. – SPb.: Vykhod, 2019. – 152 S.

Bericht über Tatsachen der Verfolgung von LGBT-Menschen in der Nordkaukasus-Region. – Russisches LGBT-Netzwerk in Zusammenarbeit mit der Sonderkorrespondentin von "Novaja Gaseta" Elena Milashina. St. Petersburg, 2017. – 28 S.

Bericht über die Ergebnisse der Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung, Gender-Identität und Geschlechtsausdruck in St. Petersburg 2017. – Vykhod, SPb., 2018. – 108 S.

Bericht über die Ergebnisse der Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung, Gender-Identität und Geschlechtsausdruck in St. Petersburg 2016. – SPb.: Vykhod, 2017. – 76 S.

Bericht über die Ergebnisse der Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Gender-Identität für das Jahr 2014. – SPb.: Vykhod, 2015. – 43 c.

Forschung zur Diskriminierung von LGBT+ Menschen in Russland: qualitative Daten. Russisches LGBT-Netzwerk, 2021. URL: <https://lgbtnet.org/upload/iblock/09d/Diskriminatsiya.-Kachestvennyy-analiz.docx.pdf> (Abrufdatum: 23.10.2023).

Untersuchung der am meisten gefährdeten Segmente der LGBT*-Gemeinschaften in St. Petersburg: Armut und Zugang zu humanitärer Hilfe. – SPb.: Vykhod, 2021. – 33 S.

LGBT* Personen, die nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine aus Russland ausgewandert sind: Ergebnisse einer Vorstudie. – Vykhod, 2022. – 8 S.

Überwachung von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Gender-Identität in Russland 2016-2017. – Russisches LGBT-Netzwerk, 2017. – 40 S.

Bericht. Quantitative Überwachungsdaten zur Diskriminierung von LGBTQ+ Menschen. – Russisches LGBT-Netzwerk, 2020. – 16 S.

Die Situation der LGBT+ Personen in Russland im Jahr 2022: Bericht. – Vykhod; Sfera, 2023. – 64 S.

Die Bedürfnisse der LGBT* Gemeinschaften in St. Petersburg und die Bewertung der Dienstleistungen von "Vykhod". – SPb.: Vykhod, 2021. – 67 S.

Überlebensstrategien von homosexuellen, bisexuellen Frauen und Transgender-Personen im Nordkaukasus: Bericht. Initiative Unterstützungsgruppe von queeren Frauen aus Nordkaukasus. Moskau, 2020. – 161 S.

Transleben nach 2024. Wie sich die "Sonderoperation", Sanktionen und Anti-Sanktionen auf Russlands Trans-Menschen ausgewirkt haben: Umfrageergebnisse. T-Deystviye, 2022. URL: <https://telega.ph/Transzhizn-posle-24-go-06-21> (Abrufdatum: 23.10.2023)

ANHANG 2.

ARTIKEL 6.21 DES GESETZES DER RUSSISCHEN FÖDERATION ÜBER DIE VERWALTUNGSSTRAFTATEN.

Propaganda von nicht traditionellen sexuellen Beziehungen und (oder) Präferenzen, Geschlechtsumwandlung

[idF des Föderalen Gesetzes vom 05.12.2022 N 479-Ø3]

1. Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen und (oder) Präferenzen oder Geschlechtsumwandlung, ausgedrückt durch Verbreitung von Informationen und (oder) Durchführung von öffentlichen Aktionen, die auf die Bildung von nicht-traditionellen sexuellen Einstellungen, Attraktivität von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen und (oder) Präferenzen oder Geschlechtsumwandlung oder einer verzerrten Vorstellung von der sozialen Gleichwertigkeit von traditionellen und nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen und (oder) Präferenzen abzielen, oder Aufdrängen von Informationen über nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen oder Geschlechtsumwandlung, die das Interesse an solchen Beziehungen und (oder) Präferenzen oder Geschlechtsumwandlung wecken, mit Ausnahme der in Artikel 6.21.1 dieses Gesetzbuchs vorgesehenen Fälle, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten – hat die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe für Bürger_innen in Höhe von fünfzigtausend bis hunderttausend Rubel; für Beamte – von hunderttausend bis zweihunderttausend Rubel; für juristische Personen – von achthunderttausend bis zu einer Million Rubel oder eine administrative Sperrung der Tätigkeit für einen Zeitraum von bis zu neunzig Tagen zur Folge.
2. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die gegenüber Minderjährigen begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe für Bürger_innen in Höhe von einhunderttausend bis zweihunderttausend Rubel; für Beamte – von zweihunderttausend bis vierhunderttausend Rubel; für juristische Personen – von einer Million bis zwei Millionen Rubel oder eine administrative Sperrung der Tätigkeit für einen Zeitraum von bis zu neunzig Tagen zur Folge.
3. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die unter Verwendung von Massenmedien und (oder) Informations- und Telekommunikationsnetzen [einschließlich des Internets] begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe für Bürger_innen in Höhe von einhunderttausend bis zweihunderttausend Rubel; für Beamte – von zweihunderttausend bis vierhunderttausend Rubel; für juristische Personen – von einer Million bis vier Millionen Rubel oder eine administrative Sperrung der Tätigkeit für einen Zeitraum von bis zu neunzig Tagen zur Folge.
4. Die in Teil 2 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die unter Verwendung von Massenmedien und (oder) Informations- und Telekommunikationsnetzen [einschließlich des Internets] begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe für Bürger_innen in Höhe von zweihunderttausend bis vierhunderttausend Rubel; für Beamte – von vierhunderttausend bis achthunderttausend Rubel; für juristische Personen – von zwei Millionen bis fünf Millionen Rubel oder eine administrative Sperrung der Tätigkeit für einen Zeitraum von bis zu neunzig Tagen zur Folge.
5. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die von einem ausländischen Staatsbürger oder Staatenlosen begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe in Höhe von fünfzigtausend bis hunderttausend Rubel mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation oder administrativen Arrest für die Dauer von bis zu fünfzehn Tagen mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation zur Folge.
6. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die von einem ausländischen Staatsbürger oder Staatenlosen begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, – haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe in Höhe von hunderttausend bis zweihunderttausend mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation oder administrativen Arrest für die Dauer von bis zu fünfzehn Tagen mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation zur Folge.

7. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die von einem ausländischen Staatsbürger oder Staatenlosen unter Verwendung von Massenmedien und (oder) Informations- und Telekommunikationsnetzen (einschließlich des Internets) begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, – haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe in Höhe von hunderttausend bis zweihunderttausend Rubel mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation oder administrativen Arrest für die Dauer von bis zu fünfzehn Tagen mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation zur Folge.

8. Die in Teil 2 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die von einem ausländischen Staatsbürger oder Staatenlosen unter Verwendung von Massenmedien und (oder) Informations- und Telekommunikationsnetzen (einschließlich des Internets) begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, – haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe in Höhe von zweihunderttausend bis viertausend Rubel mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation oder administrativen Arrest für die Dauer von bis zu fünfzehn Tagen mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation zur Folge.

ANHANG 3.

ARTIKEL 6.21.2 DES GESETZES DER RUSSISCHEN FÖDERATION ÜBER DIE VERWALTUNGSSTRAFTATEN.

Verbreitung von Informationen gegenüber Minderjährigen, die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen demonstrieren oder bei Minderjährigen den Wunsch nach einer Änderung des Geschlechts erwecken können

(eingeführt vom Föderalen Gesetz vom 05.12.2022 N 479-ФЗ)

1. Verbreitung von Informationen gegenüber Minderjährigen, die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen demonstrieren, einschließlich Beschreibungen, Bilder von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen und (oder) Präferenzen, oder bei Minderjährigen den Wunsch nach einer Änderung des Geschlechts, außer in den Fällen, mit Ausnahme der in Artikel 6.21. Absatz 1 dieses Gesetzbuchs vorgesehenen Fälle, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten – hat die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe für Bürger_innen in Höhe von fünfzigtausend bis hunderttausend Rubel; für Beamte – von hunderttausend bis zweihunderttausend Rubel; für juristische Personen – von achthunderttausend bis zu einer Million Rubel oder eine administrative Sperrung der Tätigkeit für einen Zeitraum von bis zu neunzig Tagen zur Folge.
2. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die unter Verwendung von Massenmedien und (oder) Informations- und Telekommunikationsnetzen (einschließlich des Internets) begangen wurden, mit Ausnahme der in Artikel 6.21. Absatz 4 dieses Gesetzbuchs vorgesehenen Fälle, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe für Bürger_innen in Höhe von einhunderttausend bis zweihunderttausend Rubel; für Beamte – von zweihunderttausend bis vierhunderttausend Rubel; für juristische Personen – von einer Million bis vier Millionen Rubel oder eine administrative Sperrung der Tätigkeit für einen Zeitraum von bis zu neunzig Tagen zur Folge.
3. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die von einem ausländischen Staatsbürger oder Staatenlosen begangen wurden, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, mit Ausnahme der in Artikel 6.21. Absatz 6 dieses Gesetzbuchs vorgesehenen Fälle, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, – haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe in Höhe von fünfzigtausend bis hunderttausend Rubel mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation oder administrativen Arrest für die Dauer von bis zu fünfzehn Tagen mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation zur Folge.
4. Die in Teil 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Handlungen, die von einem ausländischen Staatsbürger oder Staatenlosen unter Verwendung von Massenmedien und (oder) Informations- und Telekommunikationsnetzen (einschließlich des Internets) begangen wurden, mit Ausnahme der in Artikel 6.21. Absatz 8 dieses Gesetzbuchs vorgesehenen Fälle, wenn diese Handlungen keine Anzeichen einer strafbaren Handlung enthalten, – haben die Auferlegung einer Verwaltungsgeldstrafe in Höhe von hunderttausend bis zweihunderttausend Rubel mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation oder administrativen Arrest für die Dauer von bis zu fünfzehn Tagen mit administrativer Ausweisung aus der Russischen Föderation zur Folge.



Ich wurde verboten

Wie sich die Situation russischer LGBTQ-Personen und -Organisationen nach dem vollständigen Angriff Russlands auf die Ukraine verändert hat
Ergebnisse der Studie

Autor*innen: Maxim Olenichev, Maria Sabunaeva, Evelina Chayka, anonymer Soziologe

Interviewer*innen: Maria Bonin, anonyme Interviewer*innen

Chefredakteurin: Polina Neguliaeva

Layout: Olga Golovina

Übersetzung ins Englische: anonymer Übersetzer

Übersetzung ins Deutsche: Aleksandr Ananev

Projektkoordination: Evelina Chayka, Polina Neguliaeva

EQUAL PostOst möchte allen danken, die an dieser Studie mitgearbeitet haben. Einige Mitglieder*innen des Teams möchten aus Sicherheitsgründen anonym bleiben, aber die Beiträge jedes Einzelnen sind unermesslich wichtig.

2023 r.

EQUAL PostOst (European Queer Alliance of PostOst Community) Community ist eine europäische Menschenrechtsorganisation, die LGBTQ-Personen aus den PostOst-Ländern auf dem Gebiet der Europäischen Union unterstützt. EQUAL PostOst setzt sich für eine gerechte Welt ein, die auf Vielfalt, Offenheit und Respekt vor den Menschenrechten beruht. Die Mission der Organisation besteht darin, die Stimme von LGBTQ- Personen aus PostOst-Ländern in Europa zu sein, ihre Vereinigung zu fördern und ihre Interessen zu verteidigen.